DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

124 12. JAHRGANG Januar '95 8,00 DM

AUS DEM INHALT:

BUNTE SEITEN & ANDALUSIEN

Die umfangreichen Änderungen an den nun schon mehrfach verschobenen BUNTEN SEITEN 1995 sind der Anlaß dafür, daß die Heidelberger Redaktion während des wohlverdienten Urlaubes weiterarbeitet. 4.000 Anschriften (der bisherige Bestand der BUNTEN SEITEN) sind bisher bearbeitet worden, weitere 4.000 sollen noch eingearbeitet werden. Die Heidelberger Redaktion ist mit Erscheinen dieser Ausgabe zu einem Arbeitsurlaub nach Andalusien aufgebrochen und bis zum 16. Januar 1995 nicht zu erreichen. Am Strand wollen wir ungestört vom Redaktionsalltag die weitere Adressenüberarbeitung der BUNTEN SEITEN vornehmen, um dann mit Volldampf in die Produktion gehen zu können. Neuer Termin zur Drucklegung ist dann Anfang/Mitte März 1995. Wir bitten Euch weiterhin um Geduld!

REPRESSION

Der Bundesgerichtshof wagt sich in einem politischen Verfahren wieder mal auf unangenehme Weise vor: Allein die Konstruktion, am Aufbau einer »Gegenmacht von unten« beteiligt zu sein, reicht offenbar aus, gegen eine politisch aktive Frau und CONTRASTE-Autorin ein Verfahren gestützt auf Paragraph 129a zu eröffnen und sie zwei Wochen zu verhaften. Was in diesem Staat demnach ohne konkrete Straftat bereits als Unterstützung einer terroristischen Vereinigung gilt ist nachzulesen auf Seite 3.

Von einem Kriminalisierungsversuch ähnlichen Kalibers ist aus Göttingen zu berichten. Einer groß angelegten Razzia bei Mitgliedern der Gruppe Antifa (M), im selbstverwalteten Buchladen Rote Straße und im Göttinger AStA folgte die Anklageschrift gegen die GeschäftsführerInnen des Buchladens. Was demnach bereits als »Werben für eine terroristische Vereinigung« (Paragraph 129a) angesehen wird, wie die Vorverurteilung in den Medien abläuft und wie die staatliche Verfolgung von »anderer Gesinnung« für die Betroffenen aussieht, verdeutlicht das Buchladen-Kollektiv auf Seite 4.

UTOPIEN

700 Menschen wollen mitten in der Stadt Zürich gemeinsam wohnen und arbeiten – und organisieren eine Veranstaltungsreihe, die ganz den Anschein erweckt, als wollten sie gleich in die nächste leerstehende Fabrikhalle einziehen. Wir stellen das Projekt »KraftWerk 1« vor mit ihren Erfahrungen nach dem ersten KraftWerkSommer, wonach nun »Suiten« gebildet werden sollenSeite 2

Als Fortsetzung der Streifzüge durchs Bewußtsein der Jahrhundertwende wenden wir uns ab von Easy Rider, Popper und ähnlichem – um uns einem Erfinder und seinem Polizeifahrrad mit Blaulicht aus dem Marmeladenglas und Luftballon-Martinshorn zuzuwenden. Die ungewöhnliche Einladung zur Utopien-Veranstaltungsreihe in Münster auf Seite 12.

MODELL WASSERBURG

In unserer Jubiläumsausgabe im Oktober haben sich verschiedene Gemeinschaftsprojekte vorgestellt. Diese Reihe ergänzen wir mit einem Einblick in das Modell Wasserburg am Bodensee, das mit den Stichworten Anthroposophie und Soziale Dreigliederung verbunden ist. Ein Rückblick, verwoben mit persönlichen Erfahrungen, unterschiedlichen Vorstellungen und den aktuellen Veränderungen im Kollektiv auf Seite 10.

SERVICE

Wer kennt sich schon mit den verschiedenen Formen von Lebensversicherungen aus, insbesondere wenn sie noch ökologischen Anforderungen genügen sollten. Ein aktuelle Übersicht inklusive ihrer Bewertungskriterien haben wir zusammengestellt auf auf Seite 13.

ÖKOLOGIE UND UNTERNEHMER

»Erhalt durch Veränderung«

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Gemunkelt wurde schon viel, was denn der junge Verband UnternehmensGrün sei: Ein Konglomerat von besonders pfiffigen Firmen, die sich ein ökologisches Deckmäntelchen geben, oder die unternehmerische Lobby von Joschka Fischers Gnaden? Die Realität ist praxisorientierter und auch attraktiver.

Von Waldemar Schindowski ● Im Sommer 1992 traf sich ein Kreis von baden-württembergischen UnternehmerInnen mit dem Ergebnis der Gründung des Verbandes »UnternehmensGrün«. Inhaltlicher Schwerpunkt ist, »daß die staatlichen Rahmenbedingungen so geändert werden, daß ökologisches und zukunftsorientiertes Wirtschaften gefördert und nicht behindert wird.«

Einerseits also eine Interessenvertretung von UnternehmerInnen, die versuchen, »umweltgerecht zu wirtschaften, Ressourcen zu schonen und sich für umweltverträgliche Produktions- und Distributionsverfahren einzusetzen,« andererseits politisch daran arbeiten, »tragfähige Konzepte für eine ökologisch angepaßte Wirtschaft zu entwickeln und an deren Umsetzung arbeiten«. Heute, drei Jahre später, sind etwa 150 Unternehmen bei »UnternehmensGrün« organisiert und die Spannbreite der meist klein- und mittelständischen Betriebe reicht von Brauerei (davon gleich mehrere), Maschinenbaubetrieb, Druckerei, Bauunternehmen, Dienstleistungen aller Art, bis hin zu einer Fahrschule. Auch wenn die Mitgliedschaft kurzfristig wenige Vorteile für die beteiligten Unternehmen bringt, so ist jedoch »UnternehmensGrün« Ausdruck einer Spezi von Betrieben, die nicht den »klassischen« Unternehmensverbänden das Feld überlassen wollen. Auch sind die Mitgliedsbetriebe keine »ökologischen Musterbetriebe«, da auch die Mitgliedsbetriebe von »UnternehmensGrün«, so im Grundsatzpapier des Verbandes, sich dem »Marktmechanismus« zu stellen haben und »Kompromisse« eingehen müssen.

Trotzdem versuchen die ökologischen UnternehmerInnen durch Tagungen, Informationsreisen und Seminare in die Öffentlichkeit zu wirken. Neben der direkten Kooperation der Mitglieder untereinander, ist der Verbandshöhepunkt die Jahrestagung. Im November letzten Jahres trafen sich in Frankfurt zum dritten Mal interessierte Öffentlichkeit und Mitglieder von »UnternehmensGrün« unter dem Motto: »Erhalt durch Veränderung«. Den etwa 200 TeilnehmerInnen bot sich ein dichtes Programm von Referaten, Podiumsdiskussion (Thema: »Wieviel Ökologie verträgt die Demokratie? – und umgekehrt«) und Arbeitsgruppen.

Ausgehend von dieser Jahrestagung möchten wir hier Einblick in die Arbeit von »UnternehmensGrün« geben:

- ein Interview mit dem Vorstandsmitglied und Management-Trainer Elmar Sing zur Geschichte des Verbandes;
- das Referat von Johann Tikart zum vieldiskutierten Thema Gruppenarbeit: »selbstbestimmte Arbeitszeiten und absatzorientierte Produktion«;
- die Dokumentation des Grundsatzpapiers von »UnternehmensGrün« als konstruktive Antwort auf die Rezession: »Jammern hilft nicht!«
- sowie eine Einschätzung zur Rolle von »UnternehmensGrün« im Vergleich zu Alternativbetrieben mit dem Titel »Wenn Unternehmer was unternehmen«.

Auftakt unseres Schwerpunkt-Themas auf Seite 6 ist ein Beitrag von Hermann Fischer zur Begriffsinflation auf dem Öko-Markt, den wir der ersten Ausgabe der neuen Reihe »CONTRASTE-Spezial« zum Thema Holz entnommen haben. Eine Vorstellung dieses Heftes mit dem Titel »Holz-Spezial« findet Ihr gleichfalls auf Seite 6. ●

Unser Schwerpunkt-Thema auf den Seiten 6-9.

P 8008 E

»ASSOZIATION LINKER VERLAGE« GEGRÜNDET

ALIVE – gemeinsam überleben

Ab und an spielt sich auf der Frankfurter Buchmesse durchaus mehr ab, als in den großen Medien zu erfahren ist. Furore machen sicherlich die bestsellerverdächtigen Neuerscheinungen und die diversen Auszeichnungen, die bekannten Persönlichkeiten verehrt werden. Hinter der großen Kulisse der breiten Öffentlichkeit gibt es jedoch noch mehr zu bestaunen, so ein Projekt, das der publizistischen Arbeit der Linken wichtige neue Impulse und Möglichkeiten schaffen kann:

In diesem Jahr gründete sich auf der Frankfurter Buchmesse, von den meisten völlig übersehen, die Assoziation Linker Verlage (»aLiVe«), ein Zusammenschluß von bisher neun Kleinverlagen aus dem gesamten Bundesgebiet (siehe Anmerkung).

Bedeutsam ist diese Kooperation für die linke Gegenöffentlichkeit, weil damit unterschiedliche politische Richtungen nun gemeinsam ein neues Diskussions- und Betätigungsfeld eröffnen, das die vielen unterschiedlichen Ansätze politischer und publizistischer Arbeit vereint und somit die Möglichkeit schafft, mehr Menschen zu erreichen und gemeinsam Themen zu bearbeiten und zugänglich zu machen. Dementsprechend macht sich auch die Zielsetzung von »aLiVe« aus.

Nach dem Wegfall der Gegenbuchmesse Mitte der 80er Jahre fehlten bislang ein Diskussionszusammenhang im größeren Rahmen ebenso wie die Möglichkeit zum Austausch zwischen den einzelnen linken Kleinstverlagen. Dem soll nun durch verstärkte Kommunikation und gemeinsame Projektarbeit entgegengesteuert werden, um eine Bündelung der politischen Initiativen zu erreichen, was man als wichtiges Gegensteuern zu der weitgehenden Zersplitterung der linken Polit- und Kulturszene sehen kann.

Außerdem soll mit »aLiVe« der Versuch unternommen werden, Privatkunden verstärkt direkt an die linken Verlage zu binden, falls kein alternativer Buchhandel zur Verfügung steht. Neben diesem Anspruch an die praktische Solidarität zur publizistischen Arbeit der Linken können nun auch Werbung, Prospektversand und der Versand allgemein wesentlich effektiver und günstiger gestaltet werden. Dies ist angesichts der finanziellen Situation vieler linker Gegenöffentlichkeitsprojekte ein wesentlicher Aspekt der Arbeit der Assoziation Linker Verlage.

Obwohl die neun Verlage teilweise sehr unterschiedliche Ausrichtungen – sowohl politisch als auch themenbezogen – besitzen, ist ihnen jedoch eines gemeinsam: sämtlich sind sie nicht in Parteien und Verbänden aktiv bzw. eingebunden, sondern direkt an politische und soziale Initiativen angeschlossen. In diesem Sinne definiert sich »aLiVe« selbst auch als Sprachrohr der sozialen Bewegungen und unterscheidet sich dadurch sehr stark von größeren linken Verlagen oder solchen, die ab und an auch »linke« Bücher der Öffentlichkeit zugänglich machen. Hier geht es nicht darum, in der Öffentlichkeit aktuell werdende Themen möglichst umsatzstark in die deutschen Buchläden zu pushen und durch hohe Auflagen und starken Umsatz opportunistisch in das System des Buchhandels einzugreifen. Diese neue Verlagsgemeinschaft zeichnet sich vielmehr dadurch aus, daß die einzelnen Verlage bereits seit langem an bestimmten Themen und Projekten arbeiten und somit eine deutliche politische Kontinuität besitzen.

Dabei beschränkt sich die Arbeit der Assoziation jedoch nicht nur auf politische Sachbücher. Man hat sich statt dessen dafür entschieden, ein möglichst vollständiges Bild linker Gesamtkultur wiederzugeben, also auch für Belletristik und sonstige schriftstellerische und publizistische Möglichkeiten offen zu sein. Dies zeigt sich dadurch, daß einzelne Verlage ohnehin bereits Veröffentlichungen außerhalb der politischen Sachbuchlandschaft vorweisen können und sich zum Teil auch dadurch finanzieren.

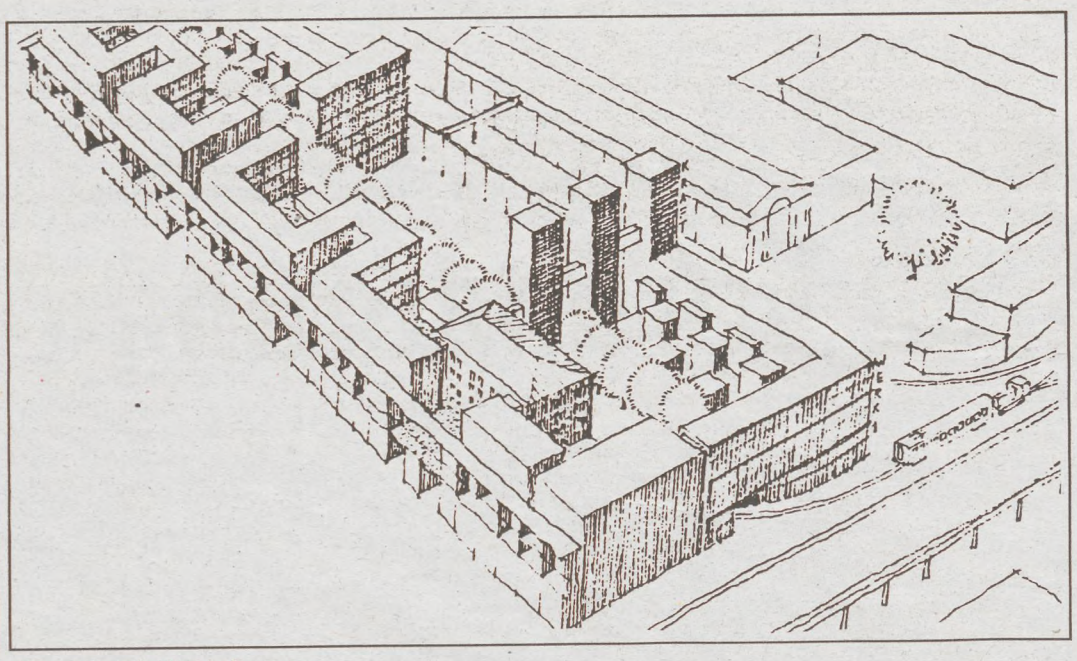
Neben Büchern umfaßt »aLiVe« außerdem drei politische Zeitschriften, deren Zukunft zumindest teilweise jedoch noch ungekärt ist – auch hier machen sich die finanziellen Probleme stark bemerkbar. (...)

Fortsetzung auf Seite 3

ZÜRICH: WOHN- UND LEBENSPROJEKT KRAFTWERK 1

Utopien im Industrie-Areal

Wohnen, Arbeiten und Leben an einem Ort zusammenbringen: Diese Vorstellung hat im Verlauf der Zeit als Projekt, Initiative, Kommunegründung usw. schon viele Formen angenommen. »KraftWerk 1« im schweizerischen Zureich (alias Zürich) fasziniert mit einer ungewöhnlichen Mischung von gesellschaftlichem Neuanfang, konkreten Planungsansätzen, viel Idealismus und pragmatischem Vorgehen. Ein Rückblick auf den ersten KraftWerk-Sommer.



»Etwa so« könnte KraftWerk 1 z.B. aussehen

Von Peter Streiff ● Die Idee der Großhaushalte von ungefähr 700 Menschen, die mitten in einer Stadt leben, existiert – gerade in Zureich – schon lange. Verfaßt vom Schriftsteller P.M., wurden seine »bolos« (1) in manchen WGs nächtelang mit eigenen Inhalten gefüllt. Vor etwas mehr als einem Jahr haben sich mehrere Menschen zum Verein »KraftWerk 1« zusammengefunden, um an eine konkrete Umsetzung in der städtischen Planungsrealität (zentrale Industrieareale werden leer) heranzugehen. Die Idee in Kürze:

»KraftWerk 1 ist der Name eines Projekts für ein freiwerdendes Industrie-Areal im Kreis 5 in Zürich. 700 Menschen sollen dort wohnen, arbeiten und ihre kulturelle Eigenart leben können. KraftWerk 1 wird in direktem Austausch mit Bauernhöfen der Region den größten Teil der Nahrungsmittel selbst beschaffen. Gemeinschaftseinrichtungen wie Restaurants, Bäder, Werkstätten sollen allen zur Verfügung stehen. Die BewohnerInnen werden sich gleichberechtigt selbst verwalten.«

ETWAS TUN

Nachdem in der Schweiz im Verlauf der letzten Jahre die großen Industriekonzerne in mehreren Städten ihre zentralen Standorte verlassen oder massiv verkleinern wollen, wird die Diskussion um deren neue Nutzung in verschiedenen Kreisen geführt. Dazu KraftWerk 1 in ihrer umfangreichen und attraktiven Projektbeschreibung (2): »Wir finden, daß der Moment günstig ist, um einen solchen Vorschlag zu machen:

- es stehen genügend große Areale zur Verfügung;
- angesichts der Rezession herrscht eine gewisse Ratlosigkeit über deren künftige Nutzung;
- es gibt viele Menschen, die wieder **etwas tun** möchten, sei es aus Lust oder Zwang (Arbeitslosigkeit).

Es gibt also Räume, produktive Energien und Ideen. Wir möchten unseren Vorschlag darum jetzt zur Diskussion stellen, weil die bisherigen Projekte zur Umnutzung ehemaliger Industrieareale uns nicht überzeugen. Statt die letzten verfügbaren Areale in der Stadt als Chance für eine grundsätzliche Umgestaltung unserer Arbeits- und Lebensformen zu nutzen, wird nur ein fader Mix von Dienstleistungen, Produktion und etwas Wohnen vorgeschlagen. Was bisher gescheitert ist, wird also neu gemischt fortgesetzt. Dabei ginge es doch darum, Auswege aus der heutigen ökonomischen, ökologischen und sozialen Sackgasse auszuprobieren.«

Nein, daß sie mit ihren gesellschaftlichen Veränderungsansprüchen hinter dem Berg halten würden, kann den KraftWerk-Leuten beim besten Willen nicht vorgeworfen werden. Die globale Perspektive im Auge behaltend, wollen sie auf lokaler Ebene »Lebensweisen aufbauen, die nicht auf Ausbeutung und Naturzerstörung basieren«.

Doch was ist denn das Andere an KraftWerk im Vergleich zu den verschiedenen Kommune-Projekten:

»Wir betrachten unser größenwahnsinniges Projekt als Herausforderung an junge und alte Menschen, etwas Spannendes zu tun. Es gibt in unserer verplanten Stadt nur noch wenige Abenteuer – KraftWerk 1 könnte eines werden. Wenn wir es wollen, kann im westlichen Kreis 5 ein neuer Stadtteil entstehen, ein **wilder Westen** mit einem bisher für unmöglich gehaltenen, pulsierenden Leben.

Wir hoffen, daß auch Ihr dem spröden Charme eines Areals zwischen Gleisen, Autobahnen und Fabrikationshallen erliegen werdet. Jenseits von billigen Idyllen kann dort mit neuer Kraft ein ganz eigenartiges Werk entstehen. Es genügt schon lange nicht mehr, nur gegen die Monsterprojekte der **andern** zu protestieren – wir müssen unsere eigenen Vorstellungen entwickeln.«

ETWA IM SOMMER

Um diese Vorstellungen nicht nur schöne Worte auf geduldigem Papier bleiben zu lassen, ging letztes Jahr ein »KraftWerk-Sommer« mit 60 unterschiedlichen Veranstaltungen durch die Halle des Schöller-Areals – auch so eine leerstehende Halle im besagten Stadtteil, die zwischenzeitlich »umgenutzt« werden konnte. An den Veranstaltungen – zu Utopien (vgl. letzte CONTRASTE), Ökonomie, Verkehr, ein urbanistischer Zyklus zu Stadtperspektiven, Stadtrundgänge, Discos, Feste, Bilder, Konzerte, etc. – haben Hunderte von Menschen direkt oder indirekt am Faden KraftWerk 1 weitergesponnen. Unter anderem haben 320 ArchitekturStudentInnen Roh-Entwürfe ausgearbeitet, etwa 80 HelferInnen trugen den Hallenbetrieb (u.a. mit Bar) und gewannen ca. 150 NeuInteressentInnen.

In intensiven Diskussionen in kleinerem Kreis kristallisierte sich Handfestes zu Form und Funktionieren von KraftWerk 1 heraus (aus und neben einer Fülle von Vorschlägen, Skizzen und Modellen von abstrus-utopisch bis genial-banal) – sowohl architektonisch/städtebaulich wie auch sozial/haushaltlich. Wohl wegen dem brütend heißen Sommer waren die kulturellen Teile (teilweise Perlen und Raritäten in Sachen Film und Konzert) schlecht besucht, was ein saftiges Defizit in die Kasse riß. Dem soll jetzt abgeholfen werden, indem ein Starthilfe-Zertifikat an diejenigen abgegeben wird, die sich schon rechtzeitig ihren Platz im realisierten KraftWerk 1 reservieren wollen – ganz un-utopisch gegen Geld: mit 333 (jetzt noch gültigen Außen-)Franken.

Der neu Dreh dieses Sommers, sozusagen das Scharnier und die Schnittstelle zwischen der KraftWerk 1-Gestaltung und den individuellen Eigenheiten und Präferenzen seiner BewohnerInnen ist die »Suite«. Mit der Suiten-Idee begann sich alles zusammenzufügen und überblickbar zu werden. Was soll das nun konkret bedeuten?

»Der ganze Wohnbereich von KraftWerk 1 wird unterteilt in physische Suiten von je 450-600 m2 Fläche, die von jeweils 15-30 Personen belebt werden. KraftWerk 1 umfaßt also 30-40 Suiten. Die Suiten bilden eine architektonische und **administrative**Grundeinheit, nicht aber (jedenfalls nicht zwingend) eine soziale. Die Suiten organisieren sich selbst (z.B. als Hausgenossenschaft), sie wählen ihre soziale Kombination und ihre konkreten Mitglieder selber, ebenso ihre interne Willensbildungs-Verfahren.

Nur die KraftWerk 1-Charta auferlegt den Suiten einige Pflichten und Schranken, wie z.B. die Höhe der Grundmiete, den Anteil an Gemeinschaftsarbeiten und die Minimal- und Maximal-Belegung. Die Suiten können also sehr verschieden zusammengesetzt sein: 20 Singles und Findelkinder, 4 Norm-Familien, 20 Paare, eine Kommune oder wildeste Mischungen von alledem. Mit Bedacht haben wir die Suiten-Größe so gewählt, daß sie stets aus mehr als einem der stadtüblichen Sozial-Atome wie Klein- und Rumpf-Familien oder Kleinst-WGs zusammenfindet.« (3)

Eine Fülle an neuen Impulsen ist während des Sommers zusammengekommen, umso mehr brauche es jetzt »Land, Geld, Werk, Mut«. Die Suche nach einem geeigneten Areal wollen die KraftwerkerInnen fortan professioneller vorantreiben. Ein zweiter KraftWerkSommer ist für 1995 in Diskussion in der Shedhalle (Teil der Roten Fabrik in Zürich). ●

(1) »bolo'bolo« von P.M. und »Olten – alles aussteigen« von P.M. und Freunden; Utopie, Überlegungen und Berechnungen zu Großhaushalten, Zürich 1982 resp. 1990. Paranoia City Verlag, Anwandstr. 28, CH-8004 Zürich, Tel. und Fax 0041-1/ 241 37 05.

(2) »KraftWerk 1«, Projekt für das Sulzer-Escher Wyss Areal, 92 Seiten ill., Fr. 20, Bezug: Verein KraftWerk 1, Wuhrstr. 11, CH8003 Zürich oder Paranoia City Verlag (s.o.).

(3) aus: Faltblatt »Etwa so...könnte KraftWerk 1 aussehen«, Okt. 94, Verein KraftWerk 1 (Adresse s.o.), Starthilfe-Zertifikat: an PC 80-36848-8, KraftWerkSommer 94, CH-8003 Zürich.

HESSEN:

Mitglieder diskutieren Förderprogramme

Ende November versammelten sich ungewöhnlich viele Menschen aus zwölf Betrieben in Kassel zur Mitgliederversammlung von netz Hessen, dem Verband der selbstverwalteten Betriebe in Hessen. Einerseits stellten sich die drei neuen Mitgliedsbetriebe vor: das Energieberatungsbüro Sun-Trieb aus Kassel, die in Creventive Management zusammengeschlossenen BeraterInnen im Non-Profit-Bereich und die Kommune Niederkaufungen.

Auf besonderes Interesse stieß natürlich die Frage, wie denn zugunsten von selbstverwalteten Betrieben noch Einfluß genommen werden kann auf die Wirtschaftspolitik in Hessen, die nach den Wahlen im Februar vermutlich durch grüne PolitikerInnen weiterhin mitgestaltet wird. Einigkeit bestand darin, daß die bisherigen Programme für Beratungsangebote und Kreditbürgschaften weitergeführt werden sollen.

Insbesondere Beratungen seien im vergangenen Jahr stark in Anspruch genommen, so der netz Hessen-Geschäftsführer Uwe Weppler, und mit einer Ausnahme auch alle gefördert worden. Von 30 Beratungen insgesamt konnten allein 20 Existenzgründungsberatungen erfolgreich abgerechnet werden, was für die Betriebe oder Projekte heißt, daß sie lediglich 10 % der Beratungskosten tragen müssen. Dieses Programm soll um die Förderung von Energiesparberatungen erweitert werden. Neu geben soll es, wenn es nach dem netz Hessen ginge:

- einen Zugang über die Eigenkapital-Finanzierung über die Beteiligungsgesellschaft Hessen,
- die Förderung der Vermarktung der Waren von genossenschaftlichen Betrieben aus der "3.Welt",
- innerbetriebliche, betriebsbegleitende Qualifizierung,
- ein Existenzgründungsprogramm Hessen für Darlehensbedarf, der unter 30.000 DM liegt. Dank einem vergleichbaren Programm in Niedersachsen konnten ungefähr doppelt so viele Darlehen an neu gegründete Betrieb und Projekte – vor allem an Frauenprojekte – vergeben werden.

Zu Diskussionen Anlaß gab der früher auch schon eingebrachte Ansatz, daß Ausbildung und Qualifikation in Arbeitsförderbetrieben zu unterstützen sei. Ziel dabei ist, daß sich ein Betrieb real gründen wird oder eine Ausgründung stattfindet, die ertragsorientiert arbeiten. Arbeitsförderbetriebe sollten auch an bestehende Betriebe angegliedert werden können. ●

NORWEGEN:

Ein lokales Entwicklungsprojekt

Tauschhandel kann wohl nichts Abstraktes sein, sondern hat direkt mit Geben und Nehmen und damit den Beteiligten zu tun. Statt große Handelssysteme planen also besser ganz praktisch mit tauschen beginnen – wie z.B. Walter Kraus in Norwegen.

Von Tonio Keller, Berlin ● Wenn man Bäume in einer bestimmten Weise anritzt, dann harzen sie. Wenn man diese Bäume drei Jahre später fällt und verarbeitet, erhält man hochwertiges Bauholz, das sich selbst imprägniert hat. Es hat beinahe die Qualität von Glas. Dieses traditionelle Verfahren hat Walter Kraus in seiner Wahlheimat in Südnorwegen zusammen mit seinen Nachbarn wiederaufleben lassen. Nach vier Jahren Forschung und Vorbereitung wird nun in der Gemeinde Marnadal das erste schlüsselfertige Holzhaus in dieser Weise produziert. Über dieses Beispiel lokaler Ökonomieentwicklung berichtete Walter Kraus am 21. November in den Räumen des »Kommunalen Forum Wedding eV« in Berlin.

EINE IDEE VERÄNDERT SICH

Walter Kraus lebt seit 12 Jahren mit Familie in Südnorwegen. Seit vielen Jahren ist er, inspiriert durch persönlichen Kontakt mit Dieter Suhr und Margrit Kennedy, von dem Prinzip zinsfreier Geldkreisläufe und Tauschringe fasziniert und wollte dies in die Praxis umsetzen. (Zum Thema Tauschring siehe vorherige Berichte in CONTRASTE.) »Meine Idee war, einen Computer anzuschaffen und Annoncen aufzugeben, und dann wird getauscht«.

Doch so ging es nicht. Das Gedankengut war schwer zu vermitteln, die Menschen hatten andere Probleme. In den dortigen ländlichen Gebieten herrscht hohe Arbeitslosigkeit, die Bevölkerung wandert ab in die Städte oder an die Küste. Örtliche Industrie kommt zum erliegen oder produziert nurmehr für die weiter entfernten Ballungszentren. Und: »Ich mußte erfahren, daß mit der Zerstörung der ökonomischen Strukturen auch die Zerstörung der menschlichen Strukturen einhergeht.«

Kraus: »Meine naive Annahme, daß ein Abrechnungssystem für den Tauschhandel ausreicht, um eine positive Veränderung in der Gesellschaft zu erreichen, mußte ich sehr schnell fallenlassen. Ich war also erst gezwungen, die Strukturen von lokaler Produktion und Angebot zu schaffen, damit überhaupt etwas zu tauschen vorhanden war.«

ALTE WURZELN, NEUE TRIEBE

Die Geschichte begann, als er für seine Familie ein giftfreies ökologisches Haus bauen wollte. Geeignetes Baumaterial war nicht aufzutreiben. Doch Kraus erfuhr noch weiteres: Eine örtliche Fensterfabrik bezog ihr Bauholz aus Schweden, weil nur dort die benötigten Maße gefertigt wurden. Das Rohholz dafür erhielt diese Firma wiederum aus Norwegen! Dieses Phänomen ist in wirtschaftlichen Krisengebieten häufig anzutreffen: Ressourcen werden exportiert, die Fertigprodukte wieder importiert, Geld und Arbeitsplätze bleiben im Ausland, oder, wenn innerhalb des Landes, in den Ballungszentren. So entstand die Idee, die traditionelle Holzwirtschaft der Region wieder aufzugreifen und sozusagen die Kirche im Dorf zu lassen. Als erstes wurde nachgeforscht, welche technologischen, menschlichen und materiellen Ressourcen vorhanden waren: »Wir gingen auch in die Altersheime und befragten die Leute«. Ein Verein zur Erforschung der lokalen Holzwirtschaft wurde gegründet, Strukturen geschaffen, um die Sachfragen langfristig angehen zu können. Die Entwicklungsarbeit wurde über zwei Jahre lang von staatlichen Fördergeldern bezahlt.

Hier zeigte sich die Identifikation der Bevölkerung mit ihren eigenen Orten und ihrer Tradition als wahres Lebenselexier für das Projekt. Die Gemeindeverwaltung stand bald hinter dem Vorhaben, war stolz darauf. Staatliche Fördergelder konnten sinnvoll eingesetzt werden.

»WIRTSCHAFT VON UNTEN«

Inzwischen ist in der 3000-Seelen-Gemeinde ein differenziertes, vielgestaltiges Projekt entstanden, an dem bis zu 100 Menschen beteiligt sind: Eine Teerbrennerei läuft an. Neben dem erwähnten Prototyp-Holzhaus, konstruiert aus austauschbaren und damit wiederverwendbaren Standardelementen, sollen im nächsten Jahr 10 Ferienhäuser zur Belebung des Tourismus erstellt werden. Möglichst viele Verarbeitungsschritte werden in kleinen Produktionseinheiten durchgeführt. »Wir müssen fast nur die Elektrik und die Installation für die Häuser dazukaufen.«

Ist die ursprüngliche Idee des Tauschringes dabei in weite Ferne gerückt? Man könnte sagen: Sie hat als Katalysator für eine humane Ökonomie gewirkt, ohne dabei zum Selbstzweck zu werden. Es entstanden nicht nur neue Betriebe, es kam auch eine Wechselwirkung der Betriebe untereinander zustande, die vorher nicht vorhanden war – das Grundprinzip einer sinnvollen Tauschwirtschaft. Der ursprüngliche Plan eines Tauschrings soll frühestens in einem Jahr verwirklicht werden. Schon jetzt aber wird einiges an Material und Arbeitszeit untereinander auf Gegenseitigkeit getauscht. So hat die Idee des Tauschringes auf Umwegen unvorhergesehene Wirkungen gezeitigt, um sich möglicherweise doch noch im eigentlichen Sinn zu verwirklichen.

SMALL IS BEAUTIFUL

Durch die dezentrale Produktion entfallen bedeutende Kosten für Transportwege und Zwischenhändler. Die gezielte Produktion relativ kleiner Stückzahlen in Handwerksbetrieben erweist sich in diesem Fall als effektiver und flexibler als eine Fließbandproduktion in rationalisierten Großbetrieben. »Wir sind etwas teurer als die Konkurrenz, aber nicht so, daß es erschreckend ist.«

Das Projekt hat große Aufmerksamkeit der Medien erregt, und Marnadal wurde zu einer Art lokalökonomischer Vorzeige-Kommune, was leider überzogene Erwartungen geweckt hat. Auch dieses Projekt hat seine natürliche obere Grenze: »Wir haben ausgerechnet, daß wir maximal 50 Häuser pro Jahr bauen können. Wenn es mehr werden, wächst der Wald nicht mehr nach.« ●

DACHZEILE

Staatsschutzangriff auf linke Opposition

»7.000 Guerilla KämpferInnen sind in den Bergen, sagt einer unserer Begleiter auf dem Weg nach Sirnak und zeigt auf die Berge vor uns. Ich wünsche Ihnen viel Glück. Auch allen Anderen, die versuchen mit legalen politischen Organisationen demokratische Verhältnisse zu erobern. Und uns hier wünsche ich mehr Mut und Erfolg in unserem Kampf gegen die Kriegspolitik unserer Regierung.« Diese Hoffnungen formulierte Ursel Quack aus Saarbrücken als Fazit ihrer Reise durch den türkischen Teil Kurdistans in einem Artikel in der CONTRASTE-Ausgabe vom November'93.

Ursel Quack Fotos: Roland Röder/Bildarchiv AKTION 3. WELT Saar

Von Roland Röder, Saarbrücken ● Ein Jahr später, im November'94, wurde Ursel Quack wegen Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (129a) festgenommen. Nach zwei Wochen Haft wurde sie vorläufig wieder entlassen, da keine Fluchtgefahr bestünde. Das Ermittlungsverfahren und den Haftbefehl hält der Bundesgerichtshof (BGH) Karlsruhe weiter aufrecht. In dem dreizehnseitigen Haftbefehl wird ihr Kontaktaufnahme zur nicht näher bezeichneten Kommandoebene der »Roten Armee Fraktion« (RAF) vorgeworfen.

Zum erstenmal im Zusammenhang mit politischen Verfahren verwendet der BGH die Konstruktion vom Aufbau einer »Gegenmacht von unten«. Ursel Quack aus Saarbrücken soll demzufolge im Auftrag der RAF in der Region Saarbrücken deren Konzept des Aufbaus einer »Gegenmacht von unten« umgesetzt haben. Vor diesem Hintergrund hätte sie in verschiedenen linken Organisationen wie dem »Antirassistischen, Antifaschistischen Notruftelefon«, der »Aktion Gelber Punkt« und der Stadtteilzeitung »Stoffwechsel« mitgearbeitet, sich außerdem an der Eingangs erwähnten Menschenrechtsdelegation in den türkischen Teil Kurdistans beteiligt und eine Demonstration gegen das PKK-Verbot organisiert. Der Haftbefehl erwähnt auch die Schlußsätze ihres CONTRASTE-Artikels.

Ein wesentliches Merkmal der sogenannten »Gegenmacht von unten«, ist laut Haftbefehl das Eingehen und die Beschäftigung mit den lokalen Problemen der Bevölkerung. Abstrakte ideologische Diskussionen stünden nicht mehr im Mittelpunkt. Auf diese Weise möchte die RAF ihre personelle wie thematische Basis verbreitern. Im Besonderen sollen im Rahmen solcher Diskussionen Personen auf ihre Zuverlässigkeit für eine Zusammenarbeit mit der RAF überprüft und gewonnen werden.

» ... nicht vorschreiben lassen, wer mit wem diskutiert.«

Der Haftbefehl – übrigens von dem gleichen Richter ausgestellt, der auch für die PKK-Verfahren zuständig ist – listet minutiös das Engagement von Ursel Quack in den vergangenen Jahren auf. Offiziell angegebener Ausgangspunkt für die Ermittlungen ist ein Brief, der im Rucksack von Birgit Hogefeld nach den Vorfällen in Bad Kleinen (Sommer 1993) gefunden worden ist. Der BGH ordnet den Brief, der keine Absenderangabe enthält, Ursel Quack zu. »Ich will jetzt nicht sagen, die Sachen sind von mir oder sie sind es nicht. Wir dürfen uns grundsätzlich vom Staat nicht vorschreiben lassen, wer mit wem diskutiert. Es handelt sich um eine staatliche Taktik, mit der verhindert werden soll, daß sich die Linke eine relevante Strategie erkämpft.«, so Ursel Quack in einem taz-Interview vom 14.12.1994.

Die im Haftbefehl angegebenen Momente der politischen Arbeit von Ursel Quack begannen jedoch zu großen Teilen schon lange vor dem Auffinden des Briefes. Im Klartext: Sie ist jahrelang observiert worden. Die dabei zusammengetragene Masse an Einzelinformationen wird jetzt neu geordnet, mit der RAF in Beziehung gesetzt und ist Grundlage für den Versuch, eine neue juristische Konstruktion zu schaffen: Aufbau einer »Gegenmacht von unten«.

Ach so: so banal es klingt, eine konkrete Straftat wird Ursel Quack in dem Haftbefehl nicht vorgeworfen. Auch bei mehrmaligem Lesen bleibt nur ihre Gesinnung als corpus delicti übrig.

Wie weiter ?

1. Die Verfasser des Haftbefehls formulieren streckenweise sehr vage und in Andeutungen. Im Klartext könnte dies eine Ausdehnung der staatlichen Repression gegen links im Raum Saarbrücken (aber nicht nur) bedeuten. Ob dies gelingt ist nicht nur von politischen Vorgaben staatlicher Stellen, sondern auch vom Widerstand gegen diesen pauschalen Kriminalisierungsversuch abhängig:

2. Der Begriff »Gegenmacht von unten« ist selbst juristisch so ungenau, daß damit jeder politisch aktive Mensch auf die Anklagebank gesetzt werden könnte. Er muß nur irgendwie in Zusammenhang mit der RAF gebracht werden. Die Betonung liegt auf »irgendwie«.

3. An einer einzigen Stelle erwähnt der Haftbefehl den Spitzel des Verfassungsschutzes, Klaus Steinmetz Auch hier könnte ein Einfallstor für weitere Verfahren bestehen. Ursel Quack hatte bereits im Sommer dieses Jahres vergeblich Auskunft von der Bundesanwaltschaft verlangt, ob gegen sie ein Ermittlungsverfahren läuft. Steinmetz hatte sich zehn Jahre lang bis zu den Vorfällen in Bad Kleinen als Agent des Verfassungsschutzes in linken Zusammenhängen bewegt.

Wie in solchen politischen Verfahren üblich soll es nach Meinung des BGH angeblich konspirative Treffen eines sogenannten »harten Kerns« bzw RAF-Unterstützerkreises gegeben haben.

4. Bisher haben sich aus den unterschiedlichsten politischen Zusammenhängen viele Menschen und politische Gruppen mit Ursel Quack solidarisiert und öffentlich gegen das Ermittlungsverfahren protestiert.(1) Wenn diese Solidarität über die unmittelbare Betroffenheit hinaus Bestand hat könnte verhindert werden, daß hier ein Einfallstor für die Aufmischung von beliebig vielen linken Gruppen und Zusammenhängen geschaffen wird. ●

Mit diesem Plakat wurde für die AKTION GELBER PUNKT geworben

Am 19. November demonstrierten 120 Menschen für die Freilassung von Ursel Quack vor dem Gefängnis im rheinland-pfälzischen Zweibrücken

Weitere Informationen gibt es bei folgender Kontaktadresse:
basis (Büro und Anlaufstelle für Selbstorganisation und soziale Emanzipation), Alte Feuerwache, Landwehrplatz 2, 66111 Saarbrücken, Tel 0681/399 990, Fax 341 45. Bitte bei Anfragen nach Informationsmaterial mindestens 5 DM für Porto und Kopien beilegen.

(1) Ein Aufruf »Auch wir sind die Gegenmacht von unten«, der von über 200 Menschen aus dem Saarland unterschrieben worden ist, sollte als bezahlte Anzeige in der »Saarbrücker Zeitung« abgedruckt werden, was diese ohne Begründung ablehnte. Wenige Tage zuvor hatte die gleiche Zeitung noch eine Todesanzeige für den am 26.10.1944(!) in einem sowjetischen Kriegsgefangenen-Lager gestorbenen Obergefreiten Otto Schmidt abgedruckt. In der Todesanzeige vom 26.10.94 heißt es »Er gab sein Leben für seine Heimat und für sein deutsches Vaterland; nicht für eine multikulturelle Gesellschaft«.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

(...) So erscheinen im Trotzdem-Verlag der anarchistische »Schwarze Faden«, im Palette-Verlag die gleichnamige »Palette« und im Aschaffenburger IBDK-Verlag die Zeitschrift »MIZ«. Auch hier soll eine verstärkte Zusammenarbeit sowohl das Überleben sichern als auch bessere publizistische Möglichkeiten und neue Leserkreise erschließen.

Mitte November ist zunächst der erste gemeinsame Prospekt mit einer Vorstellung der einzelnen Verlage und ihren Programmen erschienen, der unter anderem dazu gedacht ist, ein erstes Profil der noch jungen Assoziation Linker Verlage entstehen zu lassen. Zu beziehen ist dieser Prospekt unter anderem über den IBDK-Verlag, Würzburger Str. 18a, 63739 Aschaffenburg und den Neuen ISP-Verlag, c/o Ökohaus, Kasseler Str. 1a, 60486 Frankfurt/Main. Für das nächste Jahr ist bereits eine verstärkte Anzeigenkampagne geplant sowie eine Teilnahme an der Mainzer-Mini-Pressen-Messe. Ob das Ziel Frankfurter Buchmesse 1995 erreicht werden kann, ist dagegen noch nicht geklärt. Wie so oft bei Projekten der linken Gegenöffentlichkeit stellt sich auch hier die Frage, ob sich der personelle und vor allem finanzielle Aufwand eines derart großen Medien- und Massenspektakels lohnen.

Auf alle Fälle darf man gespannt sein, ob die Idee, die Zersplitterung und dementsprechend uneffektive Arbeit der Linken zu überwinden und ein Diskussions- und Projekteforum zu bilden, Erfolg haben und Früchte tragen wird. Zu wünschen ist es im jeden Fall, denn auf Dauer ist die derzeitige Kleinstarbeit sowohl personell wie auch finanziell nicht mehr durchzuhalten und, sollte das Publikum für die einzelnen Publikationen weiter abnehmen, auch völlig überflüssig – so traurig dies auch sein mag. ●

Björn Gallinge

Aus: »nhz« Nr. 86, Linke Zeitschrift für die Region, Postfach 901406, 63423 Hanau.

Anmerkung:
Die Assoziation Linker Verlage besteht derzeit aus folgenden neun Kleinverlagen:
AGIPA (aus Bremen, Schwerpunkt: internationale Politik / Nordamerika), AG SPAK (»Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise« aus München, Schwerpunkt: Sozialpolitik), Hitit (aus Berlin, Schwerpunkt: Migration, Integration, Multikulturelle Gesellschaft), IBDK (»Internationaler Bücherdienst der Konfessionslosen« aus Aschaffenburg, Schwerpunkt: Religionskritik), Neuer ISP-Verlag (aus Frankfurt, Schwerpunkt: intern. sozialistische Publikationen), Palette (aus Bamberg, Schwerpunkt: Sozialpolitik), Schmetterling (aus Stuttgart, Schwerpunkt: internationale Politik, alternative Sprachbücher), Trotzdem (aus Grafenau bei Stuttgart, Schwerpunkt: anarchistische Arbeit) und Unrast (aus Münster, Schwerpunkt: Migration). Interesse haben bereits der Verlag »Schwarze Risse« aus Berlin und die Libertäre Assoziation angemeldet. Das nächste Treffen wird voraussichtlich am 4./5. März in Aschaffenburg in den Räumen des IBDK-Verlages stattfinden.

Anzeige

Soeben erschienen:
"Integrationale Begegnungen"
Cartoons von Hayati Boyacıoğlu

Humor ist, wenn man trotzdem lacht.
O.J.Bierbaum

"In seinen Zeichnungen befreit Hayati seine Menschen von aufgezwungenen Identitätmuster und führt sie in ein 'Völkergemisch', das dem Rassismus jede Grundlage entziehen möchte. Damit karrikiert er über Kreuzberg hinaus eine ganze Gesellschaft mit ihren menschlichen und unmenschlichen Eigenschaften." DIE BRÜCKE

BESTELLUNGEN
mit deutlichem Absender einsenden an:
DIE BRÜCKE e.V.
Riottestraße 16 66123 Saarbrücken
Tel. 0681 / 390 58 50

ISBN 3-925134-09-3

DER SELBSTVERWALTETE BUCHLADEN ROTE STRASSE IN GÖTTINGEN INFORMIERT:

Erst Razzia – jetzt Anklage

Im Sommer 1994 fand in Göttingen eine groß angelegte Razzia durch Göttinger Polizei, LKA und BKA bei Mitgliedern der Gruppe Antifa (M), im selbstverwalteten Buchladen Rote Straße und im Göttinger AStA statt. Nun ist die erste Anklage erhoben worden: Am 28. November 1994 erhielten die Geschäftsführerin und der Geschäftsführer der Buchladen Rote Straße GmbH in Göttingen die Anklageschrift. In der Anklageschrift wird der Vorwurf des »Werbens für eine terroristische Vereinigung« nach Paragraph 129a erhoben, woraus in der Öffentlichkeit flugs wurde: »Göttinger Buchhändler als Terroristen angeklagt« (Hannoversche Allgemeine Zeitung v. 30.11.94). Im folgenden eine Stellungnahme des Buchladens (Zwischenüberschriften von der Redaktion:

Buchladen Rote Straße, Göttingen ● Zwei Frauen rauben Banken aus und verteilen die Kohle an die Armen und Bedürftigen in der Ex-DDR. Ihre Neuauflage des Robin-Hood-Mythos macht sie berühmt, wie der berühmtere Fisch im Wasser schwimmen sie in der Bevölkerung. Die örtlichen Bullen sind hilflos und eher »nett« und wollen die beiden kriegen, aber nicht bekämpfen. Dann der Auftritt des BKA. Ein Bulle aus dem Westen, mit schwarzer, verspiegelter Sonnenbrille und bald in Kampfstiefeln, bildet eine Sonderkomission. Er will die beiden Frauen haben, tot oder lebendig. Um effektiv arbeiten zu können, setzt er eine medienunterstützte Ringfahndung nach zwei gefährlichen, bewaffneten Terroristinnen in Gang. Auf die Frage eines der eher »netten« Bullen, was der ganze Quatsch denn solle, bekommt dieser die Antwort vom BKA, um Erfolg zu haben, müsse man den Bankräuberinnen die Basis in der Bevölkerung entziehen. Was auch prompt geschieht, die Blockwart-Mentalität überholt schnell den Romantizismus der Bevölkerung, während der eher »nette« Bulle seine Sachen packt und den Kram hinschmeißt.

Das ist Fiktion, in groben Zügen die Handlung des gerade laufenden Kinofilms »Burning Life«, der von diversen »Landesfilmförderungen« finanziell unterstützt wurde.

GETARNTER EINKAUF

Ende März 1994 betritt eine Kriminalobermeisterin, verkleidet natürlich, die Geschäftsräume des Buchladens Rote Straße in Göttingen. »Zufällig« kauft sie dort ein Diskussionspapier, in dem es um das Verhältnis der RAF zum Spitzel Klaus Steinmetz, um die Debatte mit und unter den politischen Gefangenen und um die Neubestimmung von Perspektiven revolutionärer Politik geht.

Anfang Juli dringt eine Gruppe von Männern in der Frühe in die Geschäftsräume des Buchladens ein, indem sie die Tür aufbrechen. Zwei Stunden sind sie allein im Laden, bevor Angehörige des Buchladen-Kollektivs dazukommen. Sie beschlagnahmen einen Haufen Papier: Flugblätter, alte Broschüren, Post an Gruppen, die ihre Postadresse im Buchladen haben. Gleichzeitig richtet sich die Durchsuchung – mit einem zweiten Durchsuchungsbefehl – gegen ein Mitglied der autonomen Antifa (M), die ebenfalls ihre Postadresse im Buchladen hat und gegen die zeitgleich eine groß angelegte Razzia läuft.

Ende November flattert eine Anklageschrift ins Haus, in der den GeschäftsführerInnen des Buchladens Rote Straße vorgeworfen wird, »durch zwei Straftaten gemeinschaftlich handelnd für eine Vereinigung geworben zu haben, deren Zwecke und Tätigkeiten darauf gerichtet sind, Mord, Totschlag, Straftaten gegen die persönliche Freiheit (...) zu begehen«. Kurz: sie sind der Werbung für eine »terroristische Vereinigung« angeklagt, weil sie eine »Erklärung der terroristischen Vereinigung 'Rote Armee Fraktion/RAF'« verkauft haben sollen und weil zwei Broschüren »Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte« (6. Auflage, 10-12.000!) bei der Durchsuchung des Buchladens beschlagnahmt wurden.

MEDIEN ZIEHEN MIT

Am 30.11.94 titelt das Göttinger Tageblatt auf der allerersten Seite: »Buchladen mit RAF-Lektüre«, ohne natürlich auch nur bei uns nachgefragt zu haben, während in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung gleich zu lesen ist: »Göttinger Buchhändler als Terroristen angeklagt«. Die Frankfurter Rundschau zitiert die Sprecherin der Staatsanwaltschaft Celle mit den Worten, die Anklage beruhe darauf, daß »mit Mitteln der Propaganda zur Stärkung der terroristischen Rote Armee Fraktion im Wege der Sympathisantenwerbung« aufgerufen werde.

Weder die einkaufende Kommissarin noch die jungen Männer, die in den Laden einbrachen, noch die Sprecherin der Staatsanwaltschaft trugen Springerstiefel und wahrscheinlich auch keine schwarzen Sonnenbrillen, obwohl die Art, wie Anfang Juli während der Razzia in andere Häuser eingestiegen wurde, durchaus daran erinnern mag.

Der Buchladen Rote Straße wird von einem Kollektiv betrieben. Es bemüht sich – so schrieben wir im November 1983 –, »durch gedrucktes Gegenöffentlichkeit in dieser Stadt herzustellen. Gegenöffentlichkeit – das heißt für uns Schwerpunktsetzung auf Literatur,

- die schwer zu bekommen ist,
- die verschwiegen wird,
- die wir wichtig finden, weil sie Diskussionsprozesse innerhalb der Linken initiiert, aufgreift und weitertreibt,
- mit der Büchertische zu den jeweiligen Themenschwerpunkten von uns versorgt werden.«

Dem haben wir heute nichts hinzuzufügen, außer vielleicht, daß dieser Anspruch noch wichtiger geworden ist.

So zitiert uns auch die Staatsanwaltschaft (Besuche verdeckter Ermittler gehören offensichtlich zum Geschäft) in der Anklageschrift. Sie interpretiert das allerdings so, daß wir uns auf »zeitkritische, revolutionäre, linksradikale und auch linksterroristische Literatur und politische Schriften spezialisiert« hätten, womit wir uns auch noch »weit über Göttingen hinaus einen Namen« gemacht hätten. Der Papierwust, der bei der Durchsuchung beschlagnahmt wurde, unterstütze diese Einschätzung nach der Meinung der Staatsanwaltschaft. Tatsächlich beschlagnahmt wurden: alte Zeitungen, alte Broschüren, Kopien aus unserem Keller, vielfältige Post aus den Postfächern der Gruppen, die ihre Postadresse bei uns haben, »1 Buch 'Kurz-Titel-Katalog', ausgehöhlt zum Verbergen von Gegenständen« (in dem verborgen eine befreundete Buchhandlung uns eine Flasche Wodka zu unserem 20jährigen Bestehen schenkte – ganz öffentlich) – und die beiden Broschüren, um die es in der Anklageschrift ebenfalls geht.

ANKLAGE MIT VORVERURTEILUNG

Unter dem Punkt »Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen« wird diese staatsanwaltliche Einschätzung – »Ermittlung« ist für diese Mischung aus Glauben und Lüge ein sehr hohes Wort – als Wahrheit vorgetragen, von dem die Anklage ausgeht und die unsere »Gesinnung« klar mache. Dieser Einschätzung folgt eine lange und ausführliche Beschreibung der »Postfächer« verschiedener Gruppen bei uns, als ob die Ermittler morgens dabei gewesen wären, wenn wir unsere tägliche Post bearbeiten. Es wird geschildert, wie wir als »Deckadresse« für Gruppen, die »nicht mit ihrer eigenen Anschrift in die Öffentlichkeit gehen wollen«, benutzt werden. Und richtig konspirativ hätten wir jeden Tag mit inneren und äußeren Briefumschlägen zu tun und dergleichen mehr Phantasien, die eher aus billigen Spionagefilmen stammen.

Diese propagandistische Mischung aus Lügen, blühenden Staatsanwalts-Phantasien und Bruchstücken unserer Selbstdarstellung dient nur einem: sie soll eine »Gesinnung« verdeutlichen und ein Klima schaffen, in dem eine Vorverurteilung mehr als sichergestellt ist. Die Sprache wird so »gewählt« – ob in der Anklageschrift oder in ihrer Verlängerung in diversen Zeitungsmeldungen –, daß sie die Vorverurteilung implizit transportiert. In ihrer Begrifflichkeit und der wahllosen Zusammenstellung aus dem Zusammenhang gerissener Bruchstükke wird der »gesunde Menschenverstand« angesprochen, für den alles, was irgendwie mit »revolutionär« oder mit der »Umwälzung des Bestehenden« zu tun hat, schon per se schuldig ist.

In und zwischen den Zeilen wird aber deutlich, worum es denn tatsächlich geht. Es geht darum, mit strafrechtlichen Mitteln eine Institution anzugreifen, die sich der allgemeinen medialen Gleichschaltung nicht unterwerfen mag und auch noch darauf beharrt, die sich nicht davon abbringen läßt, Gedrucktes der Öffentlichkeit nicht vorzuenthalten, und deren MitarbeiterInnen (alle, nicht nur die GeschäftsführerInnen) noch sich dem alten Aphorismus Adornos, es gäbe kein richtiges Leben im Falschen, verpflichtet fühlen, und etwas dafür tun, damit sich das Falsche ändert. In diesem Rahmen verstehen die Einzelnen auch ihre Arbeit als Buchladen-Kollektiv.

Die vielfältigen Gruppen, denen es in Göttingen um Ähnliches geht, sind zumeist nicht als Verein organisiert und haben deshalb auch kein Vereinslokal mit Briefkasten. Ihnen stellen wir ein Stück Infrastruktur, etwas für uns Selbstverständliches, ohne daß es bedeutete, mit ihnen immer einer Meinung zu sein.

Diese vielfältige linke »Kultur« in Göttingen, relativ außergewöhnlich in bundesweitem Maßstab, die sich auch praktisch äußert und in die Teile der Gewerkschaften und selbst Teile der SPD mit einbezogen sind, ist dem Staatsschutz schon seit langem ein Dorn im Auge. Kein Zufall ist es deshalb, daß die Anklageschrift am 17.11., dem 5. Jahrestag der Ermordung Conny Wessmanns durch einen Bulleneinsatz, abgeschickt wurde, da eben gerade am 17.11.89 eine ganze Menge Menschen in Göttingen merkten, wie es um die hiesigen Verhältnisse bestellt ist, und dadurch aufgerüttelt wurden. In dieser Atmosphäre werden diejenigen, die identifizierbar sind, zu StellvertreterInnen fürs Ganze gemacht – was nichts anderes heißt, als daß es der Zufall der Identifizierung ist, der eine Ermittlung oder Anklage nach sich zieht. Dem Staatsschutz sind in der Regel konkrete Einzelne egal, da es ihm vielmehr um die Zerschlagung und Durchleuchtung von Strukturen geht.

Der Buchladen Rote Straße ist ein ganz normales öffentliches Geschäft. Durch die herrschende Eigentumsordnung erzwungen, gibt es zwei GeschäftsführerInnen (einen Mann und eine Frau im übrigen, woraus im üblichen Sexismus der Medien »2 Männer« werden). Sie werden zu StellvertreterInnen des gesamten Kollektivs gemacht, und darüberhinaus wird an ihnen der »Unmut« der Staatsanwaltschaft über die gesamte »Szene« exekutiert. Denn alle Versuche, die »Szene« zu durchleuchten, scheitern in der Regel daran, daß sie kein strafrechtlich »relevantes« Material zu Tage bringen, mit dem die Szene mundtot gemacht werden könnte. (Und selbst bei Einzelnen scheitert das oft, da es eben um Politik und nicht um »kriminelle Handlungen« geht.)

ERMITTLUNGS-PARAGRAPH 129a

Das beliebteste Mittel des Staatsschutzes zur Durchleuchtung ihm unbekannter Strukturen ist der 129a. Seine Geschichte und Wirkungsweise brauchen nicht rekapituliert zu werden, sie sind hinlänglich bekannt. Der 129a ist ein Ermittlungsparagraph, da er dehnbar wie bestes Gummi ist. Gleichzeitig dient er eben deshalb der massiven Einschüchterung derer, gegen die ermittelt wird, und ihres Umfelds. Jede Ermittlung und erst recht jede Anklage nach 129a sind insofern politische, als sie sich gegen ein Bewußtsein richten, daß das, was wahr ist, auch äußert. Diese Äußerungen zu verhindern, ist Sinn und Zweck des 129a.

So auch in der Anklage gegen den Buchladen. Auf den Inhalt der beiden »Druckschriften«, auf denen die Anklageschrift beruht (von denen die eine schon ca. 11.000 mal verkauft wurde – was in der Logik der Staatsanwaltschaft und des LKA's 11.000 UnterstützerInnen und Werbende produziert. Also schnell mal im eigenen Bücherschrank nachsehen...), genauer einzugehen, widerspricht erstens dem Geist der Anklage, da es nicht um die Schriften, sondern um die Meinung der Lesenden geht, und würde zweitens eh nur hanebüchenen Unsinn zu Tage fördern, insofern es um die »strafrechtliche Relevanz« des Inhalts geht.

Jede Unterstellung des Staatsschutzes, »Druckschriften« und/oder ihre VerteilerInnen könnten für etwas werben, für »Mord und Totschlag« z.B., geht davon aus, daß die, die die Texte lesen, dumm sind. Der Schutz der Öffentlichkeit vor Schriften mit werbendem Charakter spricht der Öffentlichkeit genau die Denkfähigkeit ab, auf deren Fehlen jede Unterstellung des Staatsschutzes gerade beruht. Ob jemand aus dem Studium der gesellschaftlichen Verhältnisse den – vernünftigen – Schluß zieht, die auf Ungleichheit und Macht beruhende Gesellschaftsstruktur zu bekämpfen, hängt nicht davon ab, ob er oder sie »werbende« Schriften liest, sondern davon, ob und wie diese Struktur die Einzelnen an Glück und Entfaltung ihrer Freiheit hindert und ihnen stattdessen Schmerz zufügt, und davon, ob die herrschende Unterdrückung reflektiert werden kann. Es ist immer wieder sonderbar, daß jene Schriften in jeder Bibliothek stehen und überall frei verkäuflich sind, die tatsächlich dazu aufrufen, über die Gesellschaft, so wie sie ist, nachzudenken, und infolgedessen zu ihrer Umwälzung aufrufen. Selbstverständlich gibt es sie auch bei uns. Das macht um so deutlicher, daß es nie um Texte geht, sondern um das tatsächliche Bewußtsein von der Notwendigkeit der Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft. Konsequenterweise hat das LKA im Juli auch weder Bücher von Marx noch über feministische Theorie, weder welche von Bakunin noch von Adorno oder Rosa Luxemburg beschlagnahmt. (Was nicht heißt, daß frühere Staatsschutz-Behörden jeder Couleur das nicht wußten: zu ihren Lebzeiten wurden sowohl die AutorInnen als auch ihre Schriften regelmäßig verfolgt.)

STAATSSCHUTZ WILL MACHT SCHÜTZEN

Der Staatsschutz ist für den Schutz des Staates da und damit zum Schutz der bestehenden Ordnung der Gesellschaftsstruktur. Da die Linke nicht »kriminell« ist, sondern ein politischer Faktor, der den reibungslosen Ablauf der Dinge stört, sofern sie auf ihren Einsichten beharrt, wird sie »kriminell« gemacht, denn die theoretische und praktische Kritik am herrschenden Unrecht kann politisch-argumentativ nicht widerlegt werden. Immer und überall war das bisher so, und so ist es auch jetzt. Die, die sich dem Bann des Bestehenden nicht ergeben, können nur stumm gemacht werden, wenn der Staatsschutz auf die Idee kommt, ihre Theorie oder Praxis könne dem Staat bedrohlich werden. Im Übrigen war die Linke im Nachkriegsdeutschland noch nie eine wirkliche Bedrohung für die real existierende bürgerliche Gesellschaft.

Das Recht, auf das der Staatsschutz sich beruft – der 129a –, ist nichts anders als vergangenes Unrecht, zu Recht geronnene Gewalt der Sieger der Geschichte. Der Zynismus, der darin liegt, aufs Recht sich zu berufen, um das herrschende Unrecht zu rechtfertigen und zu schützen, war immer schon Privileg der Sieger. Mit Argumenten ist ihm nicht die Stirn zu bieten, da er diesen gar nicht zugänglich ist. Wer gibt schon aufgrund besserer Argumente seine Macht auf?

Und natürlich geht es dem Staatsschutz nicht um die RAF oder Sympathie oder Werbung für sie. Er hat die Vielfalt von Widerständigkeit im Auge, die von den Versuchen, Abschiebungen zu verhindern, bis zum tätlichen Rausschmiß von Nazis aus der Stadt und militantem Selbstschutz reicht. So blöde, daß der Staatsschutz »reale« Verbindungen vom Buchladen zur RAF annimmt, die über die »normalen«, die selbstverständliche Solidarität mit politisch Verfolgten und dem Öffentlich-Machen von »Druckschriften«, hinausgeht, ist er auch nicht, selbst wenn er so tut als ob.

Einzig und allein eine Kosten-Nutzen-Rechnung oder eine öffentliche Macht, die ihm Schranken setzt, werden die Pläne des Staatsschutzes durchkreuzen können. Die Reste liberaler und linker Öffentlichkeit, deren relative Stärke das Besondere an der Situation in Göttingen ausmacht, könnten dafür sorgen, daß die Differenz zwischen Staatsschutz-Fiktion und Realität erhalten bleibt, obwohl sie oft schon verschwamm. Und das tun sie, indem sie weiter machten mit der kritischen Theorie und Praxis, an der sie eh arbeiten – und darin das Wissen integriert, daß die Angeklagten jetzt nichts als StellvertreterInnen für sie sind.

Jede Verfolgung politisch Andersdenkender mit strafrechtlichen Mitteln ist eine Farce. Wir fordern die sofortige Einstellung der Anklage gegen die beiden GeschäftsführerInnen des Buchladens und die sofortige Einstellung aller Verfahren gegen Linke in Göttingen, die vom Staatsschutz in den letzten Jahren in Göttingen eingeleitet wurden. Und natürlich fordern wir die sofortige Abschaffung der Paragraphen 129 und 129a. ●

Da für die Verfahren eine Menge Geld gebraucht werden wird, brauchen wir dringend Spenden!!!
Spendenkonto: Konto-Nr. 101130169 (D. Vogelskamp), Sparkasse Göttingen, BLZ 26050001

SCHULDENBERG
SELBSTVERWALTETES PROJEKT
Thiergartener Str. 4
Plauen 08627
Tel. 03741/ 35130 (Infoladen)
03741/ 32131 (Volxwirtschaft)

Das selbstverwaltete Projekt »Schuldenberg« existiert seit einem Jahr. Aus diesem Grunde wollen wir mit vielen Leuten dieses Jubiläum gemeinsam feiern. Vom 6. bis 8.1.1995 steigt die große Party. Mit viel Musik, Volxküche ...

Parallel soll mit Menschen und Kollektiven, die in selbstverwalteten Projekten arbeiten, über ihre Erfahrungen, Einschätzungen und Perspektiven diskutiert werden.

Kein Workshop, kein Seminar - diesmal Party! ❑

Anzeige

Antiquariat
Schwarzer ★ Stern
Bitte Katalog anfordern!
Lessingstr. 18, 44147 Dortmund Tel.: 0231 827000.
Öffnungszeiten: Mo-Fr 10-16 Uhr

NICARAGUA-SERIE TEIL 14: ZUR SITUATION DER FSLN

Warten auf das Morgengrauen

Der kürzliche Parteiaustritt von Ernesto Cardenal als einer der ältesten sandinistischen Mitstreiter wirft ein grelles Licht auf die tiefe Zerrissenheit und den desolaten Zustand der FSLN zum Ausgang des Jahres 1994. Die in der CONTRASTE vom Juli/August dargestellten Meinungsverschiedenheiten haben mittlerweile tiefe Gräben in der Partei zwischen den Strömungen »Demokratische Linke« (Izquierda demokratica = ID) und »Für einen Sandinismus der wieder mehrheitsfähig wird« (= Erneuerer) aufgerissen.

Informationsbüro Nicaragua ● Offiziell geht es um inhaltliche Auseinandersetzungen: für die ID um die Parteiapparatsmehrheit mit ihrem Hauptprotagonisten Ortega muß die FSLN als Partei der armen Mehrheit (im orthodoxen Sinne) Transformationsprozesse anstreben, für die das soziale und kollektive Eigentum materielle und ideologische Ausgangsbasis sei. Der innerparteilichen Demokratie mißt die ID keine besondere Bedeutung bei. Die Erneuerer um die Fraktionsmehrheit und den Fraktionsvorsitzenden Ramirez fordern dagegen eine klare innerparteiliche Demokratisierung als Ausgangspunkt für die Formulierung neuer politischer Konzepte. Gesellschaftliche Transformationsprozesse seien nur aus der Regierungsmacht heraus durchsetzbar, deshalb sei Gewaltanwendung abzulehnen.

Bereits vor einem Jahr begann der Streit um die Haltung der FSLN zu den Privatisierungsinitiativen der Regierung, als die sandinistische Fraktion unter Sergio Ramirez in der Nationalversammlung einen Gesetzesentwurf für einen rechtlichen Rahmen zur Privatisierung vorlegte, in dem kollektives und privates Eigentum auf eine Stufe gestellt wurde.

Die Erklärung von Cardenal bei seinem Austritt: »Eine kleine Gruppe um Daniel Ortega hat die FSLN entführt«, macht noch einmal deutlicher, daß die Auseinandersetzungen weniger mit divergierenden inhaltlichen Positionen zu tun haben, als mit persönlichen Ambitionen, Machtpoker und Streben nach Posten insbesondere zwischen Ortega und Ramirez, welche beide die Präsidentschaft anstreben. Nach eigenen Aussagen nehmen nur 3-5% der Mitglieder an dieser Diskussion teil. Auch der Parteikongreß im Mai brachte weniger eine Klärung oder Konsensfindung über offene programmatische Fragen, sondern setzte für das zweite Halbjahr 1994 eine Säuberungsdampfwalze in Gang. Zuerst wurden bei den Wahlen zu den Parteigremien (Dirección Nacional, Sekretariate, Asamblea Sandinista) ausgewiesene Vertreter der Erneuerer herausgedrängt.

ZERSTRITTEN IM PARLAMENT

Der nächste Konflikt betraf die Parlamentsarbeit. Hier hatten die Parlamentsfraktionen unter Einschluß von FSLN und »Zentrums-UNO« (unter selbstgewähltem Ausschluß einiger UNO-Fraktionen) ein Paket von Verfassungsreformen erarbeitet. Ein Passus behandelte auch die Neuregelung der Präsidentschaftswahl. Danach kann der- oder diejenige nicht mehr kandidieren, der/die schon in der unmittelbar vorangegangenen Amtszeit dieses Amt innehatte. Eine Wiederwahl soll insgesamt nur höchstens ein Mal erfolgen können. Verwandte bis zum zweiten Grad und Blutsverwandte bis zum vierten Grad sollen ebenfalls nicht mehr kandidieren können.

Seit Juli begann erneut die Diskussion um diesen Paragraphen, wobei sich vor allem der Präsidialamtsminister Antonio Lacayo gegen seine Reformierung aussprach. Er erklärte offen seine Anwärterschaft auf das Präsidentenamt, von der er aber als Schwiegersohn der Präsidentin Chamorro ausgeschlossen würde.

In dieser Zeit ließ die Mehrheit der Izquierda Democratica (ID) um Daniel Ortega durchblicken, daß sie – trotz der Vereinbarung mit der UNO – ebenfalls gegen die parlamentarische Verabschiedung dieses Paragraphen sei. Es verstärkte sich das Gerücht, daß es eine Absprache zwischen Daniel Ortega und Lacayo gegeben habe, derzufolge Lacayo die rasche Verabschiedung eines neuen Eigentum-Gesetzes unterstützen sollte – worüber zugleich die sogenannte Piata (1) legalisiert worden wäre – und Ortega im Gegenzug die Verabschiedung des neuen Paragraphen verhindern sollte. Die Parlamentsfraktion war kompromißbereit und man einigte sich auf eine gemeinsame Sitzung zwischen der Parlamentsfraktion und der Asamblea Sandinista, um die Reformparagraphen zu erörtern.

Die ID-Mehrheit der Asamblea Sandinista beschloß jedoch trotz dieser Übereinkunft, das Einbringen der Reformen zu verhindern. Diejenigen, die die Reformen jetzt einbrächten, trügen mit dazu bei, daß die Verfassungsreform scheitere, da es ja nicht einmal innerhalb der FSLN einen Konsens gebe. Hierdurch werde die UNO »zum Zünglein an der Waage« und könne die Reform nach eigenem Gutdünken beeinflußen, da die Befürworter der Reform allein nicht genug Stimmen zusammenbekämen.

Von der sandinistischen Parlamentsfraktion und den »Erneuerern« wurde dieses Vorgehen einerseits als Manöver gewertet, um das Einbringen der Reformen doch noch zu verzögern, und andererseits als klarer Beweis einer Absprache zwischen Lacayo und Ortega angesehen.

Im September brachten 27 der 39 FSLN-Abgeordneten zusammen mit den Abgeordneten der UDC (Union Democratica Cristiana), APC (Alianza Popular Conservadora von Miriam Argüello) und MDN (Movimiento Democratico nicaraguense) die Reformen ins Parlament ein. Die Zentrumsgruppe und die PSD (Partido Socialdemocrata) enthielten sich, da sie dem politischen Projekt Antonio Lacayos nahestehen und sich daher gegen die Reformierung des Paragraphen zur Präsidentschaftswahl wenden. Auf einer anschließenden Sondersitzung der Asamblea Sandinista zur »Mißachtung der Beschlüsse durch die Mehrheit der Parlamentsfraktion« wurde festgelegt,

- daß Daniel Ortega seinen Sitz im Parlament und die Funktion des Fraktionschefs einnehmen solle (bisher hatte Sergio Ramirez als Stellvertreter von Ortega sowohl diesen Platz als auch den Posten als Fraktionschef besetzt),
- daß die Statuten der Fraktion den Statuten der Partei unterzuordnen seien, da die Fraktion keine Autonomie besitze, und
- daß alle Abgeordneten aufgefordert werden, sich von Gruppen zu distanzieren, die die Partei spalten wollen.

Die Mehrheit der Parlamentsfraktion denunzierte die Entscheidung der Asamblea Sandinista als autoritären Eingriff des Parteiapparates in die Arbeit der Fraktion, als Manöver der ID und Daniel Ortegas, um Sergio Ramirez kaltzustellen, nachdem er bereits auf dem Kongreß aus der nationalen Leitung rausgewählt worden war.

GESPALTEN UND SCHWÄCHER

Entgegen der Beschlüsse der Asamblea Sandinista wählte die sandinistische Parlamentsfraktion am 12.9. mit 29 gegen 8 Stimmen (bei einer Enthaltung) Dora Maria Tellez zur neuen Fraktionschefin. Tomas Borge und Daniel Ortega erklärten daraufhin öffentlich, daß nur die zur FSLN-Fraktion gehörten, die Ortega als neuen Fraktionsvorsitzenden akzeptierten und gemeinsam mit ihm die Parlamentsarbeit planten. Zudem betonten sie, daß die FSLN bereit sei, auch nur mit 5 oder 8 Abgeordneten weiterzuarbeiten.

Spektakulär nutzte Ortega die Einnahme seines Parlamentssitzes im Oktober dazu, zu verkünden, er plädiere für einen neuen »Nationalen Dialog«, vorgezogene Neuwahlen Ende 95 und dafür, die dann zu wählende Nationalversammlung zu einer verfassungsgebenden Versammlung zu machen. Seit 1990 war dies ein zentraler Konflikt in den Auseinandersetzungen zwischen der regierenden UNO und den Sandinisten, wobei die FSLN die Verfassung von '87 stets verteidigte und allenfalls kleinere Reformen zulassen wollte. Hinter der Kehrtwendung Ortegas und des hinter ihm stehenden Parteiapparates steht der Versuch, zu verhindern, daß jetzt in die Verfassungsreform der Artikel aufgenommen werden könnte, der die Präsidentschaftskandidaturen von Ortega und Lacayo ausschließt. Der Neubeginn des »Nationalen Dialogs«, der sich über Jahre hinziehen kann, verhindert genau dies. Gleichzeitig kann Ortega durch vorgezogene Neuwahlen verhindern, daß sich die Strömung der »Erneuerer« konsolidieren und ein neues Projekt jenseits der verkrusteten FSLN aufbauen kann. Außerdem setzte der Parteiapparat nach einer Überprüfung aller sandinistischen Medien auf ihre »Übereinstimmung mit der sandinistischen Politik« den Direktor von Barricada ab, weil er den »Erneuerern« mehr Platz eingeräumt haben soll als der Mehrheitslinie. Auf einer Pressekonferenz stellte sich der redaktionelle und technische Stab hinter den Direktor und forderte mehr Autonomie anstelle des Zurücks zur Parteizeitung wie vor 1991. Dabei erklärten die MitarbeiterInnen, daß sie sich einem Journalismus verpflichtet fühlten, der aus sandinistischer Grundorientierung für die Mehrheit der Bevölkerung schreibe und unterschiedlichen Positionen ausgewogen Raum geben wolle. Da der Direktor trotzdem abgesetzt wurde, trat der gesamte Redaktionsstab zurück. Seit November sind zwei Mitglieder der Dirección Nacional in die freigewordenen Leitungspositionen bei Barricada eingesetzt.

Im September kam es offiziell zur Gründung der »Bewegung der sandinistischen Erneuerung«. Gründungsmitglieder sind Sergio Ramirez, Dora Maria Tellez, Henry Ruiz, Luis Carrion und Mirna Cunningham. Sie erklärten, daß sie nicht beabsichtigten, eine neue Partei zu gründen, sondern daß sie für die Erneuerung der bestehenden kämpfen wollten. Doch angesichts des gesamten Panoramas stellt sich nun ernsthafter denn je die Frage der Spaltung.

Bislang hat sich keine der beiden Strömungen über Inhalte profilieren können oder aber Alternativen für die kommenden Jahre benannt. Beide Strömungen bewegen Menschen zu Versammlungen, aber nicht um Perspektiven zu diskutieren, sondern um Kräfte zu messen und zu demonstrieren. Auf beiden Seiten gibt es starke Fraktionen, die spalten wollen und diese Absicht auch öffentlich bekunden. Die »Erneuerer« begründen dies damit, daß ihnen die ID-Mehrheit keinen Spielraum mehr lasse und den Parteiapparat »wie eine Dampfwalze« gegen sie einsetze. Die ID begründet die Spaltung mit der Notwendigkeit der »Säuberung« der Partei von bürgerlichen und sozialdemokratischen Tendenzen.

Jede Gruppierung steht buchstäblich nur auf einem Bein: Die ID kontrolliert die Strukturen der Partei, verfügt über ein größeres Mobilisierungspotential und hat größeren Einfluß in der Bevölkerung, so zum Beispiel über die FNT-Gewerkschaften. Die »Erneuerer« haben mehr institutionellen Einfluß – so z. B. auf die Gesetzgebung – und einen direkteren Kontakt zum Staatsapparat.

STELLUNGNAHMEN

Der Comandante, Mitglied der Dirección Nacional, Victor Tirado, sieht nicht ideologische Differenzen als Grund der Auseinandersetzungen, sondern nur den Kampf um die Macht, um die Kontrolle der Partei: »Beide treten für eine Erneuerung ein, aber bei beiden habe ich noch nicht rausgefunden, was es bedeutet«, sagte er in einem Interview am 18.9., und weiter: »Erneuerung bedeutet Schluß machen mit dem klassischen Avantgarde-Konzept der KP's«.

»Das wichtigste einer Erneuerung ist die Flexibilisierung der Parteistruktur«, so Tirado, wobei er nicht mehr an das Schema glaube, daß sich die Minderheit der Mehrheit unterordnen müsse. Vielmehr bestehe Modernität darin, flexibel zu sein und keine Angst vor anderen Positionen zu haben. Für ihn sind die Differenzen überwindbar, »wenn sie nicht ideologisiert werden.« Er schlug vor, daß beide Gruppen ein Abkommen ähnlich dem der drei Tendenzen von 1979 schließen sollten. Für Henry Ruiz ist die Krise überwindbar, wenn die FSLN eindeutig gegen eine Wiederwahl des Präsidenten eintrete und »Schluß macht mit der Vetternwirtschaft, die den Samen für Dynastien bildet.« Über die Reformierung der Verfassung, in der der Militärdienst gestrichen werden soll, werde die FSLN neue Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung gewinnen, so Ruiz. Auch für ihn ist die Dirección Nacional eine Dampfwalze. Das Kräfteverhältnis sei klar – so werde abgestimmt – Diskussionen änderten keine Abstimmungsergebnisse. Aber auch Tirado und Ruiz beziehen sich nur auf die beiden bekannten Strömungen. Doch bereits im Vorfeld des Kongresses wurde deutlich, daß es auch noch eine »Strömung ohne Strömung« gibt, die den beiden bekannten Strömungen kritisch und mißtrauisch gegenübersteht.

Der linke Kritiker Silvio Prado charakterisiert sie als »verstreut und ohne nationale Leitfiguren; ihre Identität basiert auf der Ablehnung des offiziellen Sandinismus. Ihre Meinungen können manchmal mit der einen oder der anderen Strömung übereinstimmen«, aber sie äußerten auch Argumente, die eine radikale Lösung erforderten. Dies vor allem in Bezug auf Themen, die keine der beiden Strömungen ansprächen, wie z.B. das Thema der »Piata«, das der »Ehrlichkeit« oder aber die Absetzung der alten Mitglieder der nationalen Leitung etc.. Ihre numerische Stärke mache sie zu einer potentiellen Kraft der Veränderung. Daß sich dies nicht umsetze, so Prado, habe einen elementaren Grund: es fehle an Raum, an Möglichkeiten der Zusammenkunft, um sich kennenzulernen. Hierzu wird ein Workshop im Januar stattfinden.

Sogar europäische Solikomitees, sofern noch vorhanden, sollen sich an dem bevorzugten Dualismus der FSLN-Größen spalten. Wenig beachtet wird dabei, daß sich viele SandinistInnen vom Parteiapparat gar nicht mehr vertreten fühlen. Uns scheint, daß die einen wie die anderen im wesentlichen die eigene Besitzstandswahrung im Kopf haben. Die Besitzerlangung oder -wahrung der vielen tausend ArbeiterInnen und BäuerInnen ist zumindest der Izquierda Democratica ein Ziel. Allerdings teilen wir mit den »Erneuerern« die Einschätzung, daß die alten vertikalen und hierarchischen »Demokratie«- und Organisationsformen kaum die notwendigen gesellschaftlichen Transformationsprozesse ermöglichen werden. Wichtig wäre, daß die FSLN wieder zu einem Hort meinungsbildender Diskussionsprozeße würde und ihre Basis darin einbezöge, was sie wegen ihrer hierarchischen Strukturen kaum noch kann. Von dieser Position aus werden wir die Vorgänge weiter beobachten. Unsere Solidarität haben diejenigen, die von der Basis her ihre Interessen zum Ausdruck bringen (2).●

(1) große Verteilungsaktion in den letzten sandinistischen Regierungstagen zur materiellen Absicherung revolutionärer Basissektoren, aber auch zur unkontrollierten Bereicherung mancher Funktionäre.

(2) Bei Erscheinen dieses Artikels sind wir auf einer Erkundungsreise in Nicaragua; über die Ergebnisse werden wir in den letzten beiden Folgen dieser Serie berichten.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Anzeige

Solidarisch handeln –
Cuba unterstützen

Wir beschaffen Ersatzteile für die cubanische Basisindustrie, z. B.:

- **Druckindustrie**
- **Textil**
- **Ernährung**
- **Industriegase**
- **Landwirtschaft**

Taller de la solidaridad

Infos bei:
Solidaritätswerkstatt e.V.
Ludwigshöhstraße 42
64285 Darmstadt
Telefon und Fax: (0 61 51) 6 40 66
Spendenkonto: Postgiro Frankfurt
BLZ 500 100 60 Kto 48 78 02-6 03
Bitte angeben, ob Spendenbescheinigung erwünscht

DIE BEGRIFFSINFLATION AUF DEM ÖKO-MARKT

ÖKOLOGISCHES WIRTSCHAFTEN

Ökologie konsequent

Ökologie als Unternehmensstrategie
Auf dem Weg ins Ökologische Jahrhundert?

Ein Essay von Hermann Fischer

Inflation entwertet nicht nur Währungen, sondern auch Begriffe. In dieser Hinsicht erleiden Worte wie »ökologisch«, »umweltfreundlich« und »biologisch« im Zusammenhang mit so gekennzeichneten Alltagsprodukten seit einigen Jahren das gleiche Schicksal wie Dinar, Cruzeiro und Rubel. Die Notenpresse der Ökoinflationisten läuft auf Hochtouren und produziert auf diese Weise zunehmend leblos raschelndes Papier ohne Wert. Hier ein knappes Plädoyer für eine Währungsreform der Umwelt-Begriffe.

Natürlich stehen »Sachzwänge« hinter solchem sich selbst erdrosselnden Überfluß an Biovokabeln: die Notwendigkeit der Reaktion auf Kundenerwartungen, der Zwang zur Unterscheidung der eigenen Produkte von denen des Wettbewerbs, die unausweichliche Anpassung an den vorgeblich herrschenden Zeitgeist. All dies sind ehrenwerte Motive, in deren Umsetzung sich die Flexibilität eines marktorientierten Wirtschaftsunternehmens erweist.

UND DOCH BLEIBEN FRAGEN

Erwarten die Kunden wirklich nur Vokabeln statt Inhalte? Wodurch unterscheidet sich das einzelne Öko-Produkt, das in einer Flutwelle von Öko-Produkten mitschwimmt? Ist der Zeitgeist dort, wo der letzte Trittbrettfahrer auf den Trendzug springt? Die Inflation hat noch immer ihre Kinder gefressen. Am Ende stehen Verluste, Enttäuschungen, ohnmächtige Wut. Die Menschen wenden sich fluchtartig von einer entwerteten Währung ab. Und da endet die Analogie auch schon.

Melancholie hilft nicht gegen Inflation, Bemühen um Aufklärung schon eher. Beim Versuch, einen durch massenhaften, unbedachten Gebrauch abstoßend gewordenen Begriff zu reinigen, wirkt gelegentlich eine späte Rückführung auf den Wortsinn.

WAS HEISST DENN EIGENTLICH »ÖKOLOGIE«?

Es enthält die griechischen Worte »Oikos«: das Haus, und »Logos«: Wort, Sinn, Lehre, Kunde. Ökologie heißt folglich: Haushaltungskunde. Das ist beruhigend, bedeutet es doch Zugangschancen für alle Menschen, nicht nur für die Elite derer, die wissenschaftlich, professionell, beamtet oder gar ministeriell damit umgehen. Von den Grundregeln einer Haushaltung versteht jeder etwas.

Ungeachtet der verschiedenen individuellen Stilformen ist allen funktionierenden Haushaltungen ein Prinzip gemeinsam: Balance. Ein Haushalt, in dem ständig mehr ausgegeben wird als eingenommen, ist nicht von Dauer. Ein Haushalt, bei dem nur der Einkauf klappt, aber nie jemand Reste und Umwandlungsprodukte des Erworbenen entfernt, erstickt bald an seinem eigenen Stoff-Wechsel. Erst die ausgeglichene Bilanz, das Gleichgewicht zwischen Herein und Heraus, macht einen Haushalt auf Dauer lebensfähig.

Ökologisches Handeln überträgt diesen Grundsatz der stofflichen Balance vom Individuellen ins Globale. Die wesentlichen regionalen und weltweiten Umweltprobeme sind Folge eines gestörten stofflichen Gleichgewichts.

EIN BLICK AUF DEN STOFFLICHEN ALLTAG

Nehmen wir als Beispiel Erdöl, das zur nahezu ausschließlichen Grundlage unseres Bedarfs an organischen Stoffen geworden ist (um hier von den erdölabhängigen Energierohstoffen einmal ganz abzusehen).

Das Leben der Menschen in den entwickelten Gesellschaften ist von der mit Synthesefasertextilien gepolsterten Wiege bis zum mit Kunstharzlacken behandelten Sarg vollkommen eingesponnen in Produkte auf der Basis der Petro-Chemie; auch der Tageslauf eines modernen Menschen beginnt mit dem auf Erdöltensiden basierenden Duschgel und endet mit dem Hineinsinken in die Matratze aus Synthesekautschuk.

Es gibt scheinbar kein Entrinnen, außer durch Verzicht, und wer will schon verzichten ohne Aussicht darauf, das so Versäumte dereinst nachholen zu können?

Es geht hier nicht um eine nostalgische, gar asketische Kritik der Moderne – im Gegenteil. Es geht um die Erkenntnis: Erdölprodukte sind unmodern, sie haben nämlich, schon mangels Masse, keine Zukunft. Die globale petrochemische Speisekammer, aus der wir heute schlemmen, ist in Kürze leer – und niemand ist da, der sie wieder auffüllen könnte.

APROPOS ASKESE

Was wäre wohl schlechter erträglich als der unfreiwillige Verzicht? Wachsenden Legionen von Neurodermitikern, Asthmatikern, Allergikern, denen die Myriaden synthetischer Schadstoffe auf Erdölbasis ein lustvolles Leben schon längst vergällt haben, ist dieser Verzicht bereits zur erwungenen, da lebenserhaltenden Gewohnheit geworden. Sie sehnen sich nicht nach Änderung der Fußnoten im Roman unseres Konsumrausches, sondern nach einer radikalen Umformulierung des Haupttextes.

Von all diesen Folgen abgesehen: Erdöl als Rohstoff für Alltagsprodukte provoziert den perpetuierenden Bankrott. Wir verbrauchen in einem Jahr die Erdölmenge, die in 3 Millionen Jahren entstanden ist. Hier ist mit noch so viel pseudoökologischer Bilanzfälschung kein »Ausgleich« mehr zu schaffen. Und auch alle wohlgemeinten Bestrebungen zum »stofflichen Recycling« (Grüner Punkt et cetera) der erdölbasierten Kunststoffverpakkungen laufen gegen die Wand der physikalischen Zwänge: der Energieaufwand für Sammlung, Transport, Trennung, Neuformung der Stoffe ist enorm, entropisch gesehen das Ganze ein Unding. Die Natur hat sich – jeder laubbedeckte Waldboden zeigt es im Jahresrhythmus – für andere Recyclingstrategien entschieden: dezentral, energieautark, entropieneutral, selbstregulierend, perfekt – seit Jahrmillionen in störfallfreier Funktion.

Erdölprodukte sind, wie alle Materialien aus fossilen und nicht erneuerbaren Rohstoffen, gründlich ungeeignet für den Haushalt dieser Erde und damit unökologisch. Alternativen müssen her – so rasch als möglich, denn es bleibt uns für die Entwicklung einer »sanften« Chemie auf Basis regenerativer Rohstoffe nur noch wenig Zeit. Es reicht auch nicht, der Landwirtschaft rasch ein paar »nachwachsende Rohstoffe« in die Fruchtfolge zu streuen. Zahlreiche klimatische, botanische, ökonomische, logistische, auch soziale Fragen sind zu erforschen und im Sinne optimaler Nachhaltigkeit umzusetzen.

FOSSILE WACHSEN NICHT NACH

Dieser Prozeß der Wiedererrichtung geschlossener Stoffkreisläufe auf der Basis regenerativer statt fossiler Rohstoffe ist mühevoll, entsagungsreich und erfordert die Bereitschaft, das Brett an der dicken Stelle zu bohren.

Das Wiedererlernen der Sprache einer nachhaltigen Stoffwirtschaft beginnt damit, die uns umgebenden Stoffe aus der unheilvoll sinistren Anonymität heraufzuholen an das Licht des Bewußtseins. Was wissen wir denn schon von der Herkunft unserer Kleidung, Farben, Lacke, Kleber, Waschmittel, Haushaltswaren, Baustoffe, Bodenbeläge? Was weiß der betreffende Händler vom Hersteller? Was weiß der Hersteller vom Lieferanten der Vorprodukte? Was weiß dieser von Lieferanten der Rohstoffe? Was weiß der Rohstofflieferant von den realen Entstehungsbedingungen dieser Substanzen? Und was wissen all diese vom Verbleib jedes anfallenden Reststoffs in der Umwelt?

Die informationelle Abschottung zwischen den extrem arbeitsteiligen Stadien der Entstehung eines modernen Produktes führt dazu, daß selbst Fachleute ins Staunen kommen, wenn ihnen einmal die gesamte Produkt-Biographie von der Wiege bis zur Bahre vorgeführt wird – inklusive aller Neben- und Abfallprodukte, Energieaufwendungen und Störfallrisiken.

Ökologisches Wirtschaften verlangt zuvorderst die lückenlose Kenntnis aller Stationen, die ein Produkt auf dem Weg vom primären Rohstoff bis zum Verbraucher und schließlich bis zu den letzten Abbauprodukten durchläuft. Die Sammlung all dieser bislang verschleierten Informationen ist nicht bequem – es gibt keine Datenbank für Produktlinien – aber ungeheuer spannend, aufschlußreich und zu Konsequenzen anregend.

DAS WISSEN WIRKT NACHHALTIG

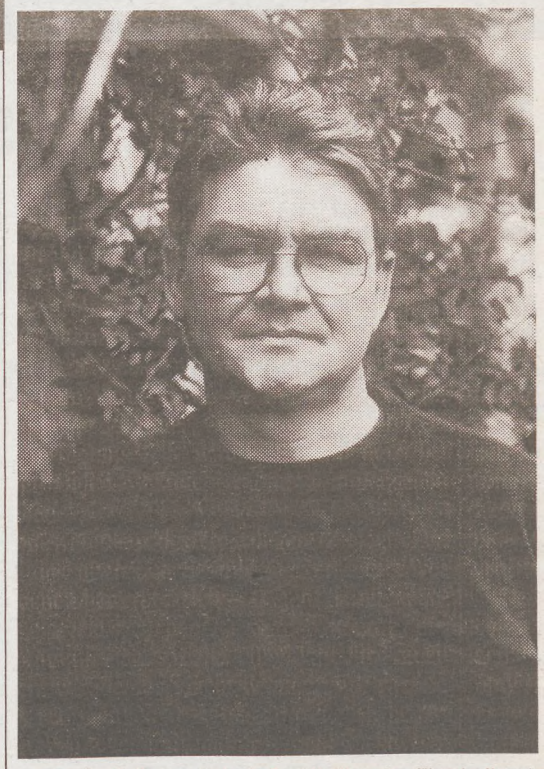
Das Erfahren der Stoffströme eines Produktes ist auch unabdingbare Voraussetzung für das konkrete Wahrnehmen der ökologischen und sozialen Verantwortung eines Unternehmers. Kann ich mich denn damit beruhigen, daß mein Betrieb emissionsarm arbeitet, wo doch der Vorlieferant womöglich eine ganze Region verpestet? Kann es mir als Unternehmer wirklich gleichgültig sein, wenn mein Produkt zwar garantiert ungiftig ist, aufgrund seiner Zusammensetzung aber kaum biologisch abgebaut wird und sich folglich in Umweltmedien anreichert? Ökologische Verantwortung ist unteilbar – und allein in dieser Thesesteckt als unerbittliche Konsequenz die Notwendigkeit zu einem radikalen Umdenken aller Produzenten.

Beflügelt von einem neugewonnenen Wissen um die Wurzeln der Stoffe werden Unternehmer zu den wirklichen Alter-Nativen: sie suchen nach allen Möglichkeiten, ihre Produkte »anders geboren« werden zu lassen. Daraus erwächst die Erkenntnis, daß auf einem nicht räumlich erweiterbaren Globus nur diejenigen Produkte ein langfristig stabiles, nachhaltiges Wirtschaften erlauben, die in einem kurzfristig ausbalancierten Rhythmus von Produktion, Konsumtion und Destruktion stehen.

Um diese Balance zu erreichen, müssen wir keine völlig neuen Strategien erfinden: die Welt pflanzlichen Wachstums, Stoffwechsels und biologischen Abbaus um uns herum liefert uns Vorbilder genug. Wir müssen sie nur ernst nehmen und uns von unserem Hochmut, alles besser zu können als die Natur (die immerhin einige Millionen Jahre Zeit zum Üben hatte), befreien. Dies allerdings gleicht angesichts unser aller wissenschaftlich-technischer Präformation einem Umzug in ein anderes Universum.

Ökologisch konsequentes Unternehmertum ist nicht beheimatet im geometrischen Mittelpunkt des real existierenden, inflationären Öko-Marketing.Je radikaler Stoffströme analysiert und gewandelt werden, um so eher ist ein Unternehmen wieder dort, wo es Spaß macht, Marktanteile bringt und langfristigen Erfolg sichert: bei der Avant-Garde, die weder in der Mitte noch am Ende des Trends mitschwimmt, sondern diesen selbst aktiv gestaltet. Eine solche Avantgarde allein ist in der Lage, sich von der galoppierenden Werte-Schwindsucht umweltrelevanter Begriffe zu emanzipieren und wieder stabile und zukunftssichere ökologische Hartwährung zu prägen. ●

(Ungekürzte Originaltextfassung: Ökologie als Unternehmensstrategie. Essay für das Schwerpunktthema in LIVING 3/93: Ökologie & Ökonomie. Auf dem Weg ins Ökologische Jahrhundert? Von Dipl.-Chemiker Dr. Hermann Fischer, AURO Naturfarben, Braunschweig)



Der Chemiker Dr. Hermann Fischer ist Geschäftsführer eines führenden Herstellers von Farben aus natürlichen Rohstoffen. In dieser Eigenschaft war er 1992 Träger des vom WWF und der Zeitschrift Capital verliehenen Preises »Ökomanager des Jahres«.

DER ANFANG: NEUE SPEZIAL-REIHE IM CONTRASTE-VERLAG

Ökologische Kriterien für die Holzverarbeitung

Rechtzeitig zur Internationalen Möbelmesse vom 17. bis 22. Januar 1995 in Köln präsentieren kleine und mittlere Handwerksbetriebe ihre Kriterien einer ökologischen Möbelproduktion. Werden auf der Kölner Messe von der Industrie nach immer noch sehr schwammigen Kriterien sogenannte »Bio-Möbel« angeboten, schaffen gerade die Handwerksbetriebe nachvollziehbare Fakten. In einer 36-seitigen Broschüre werden die über 15-jährigen Erfahrungen mit ökologischer Möbelproduktion zusammengefaßt. Angesichts des Inkrafttretens der europäischen »Öko-Audit-Verordnung« im April 1995, die ein schriftliches Festlegen auf nachvollziehbare Prüfkriterien fordert, ist dieser Broschüre eine besondere Bedeutung beizumessen. Während sich Industrie und Handwerkskammern noch um die Durchführung dieser Verordnung streiten, geht das ökologische Handwerk mit der Deklaration seiner Produkte in Vorleistung.

Andreas Küstermann/Peter Tejkl, Red. Handwerk ● »Holz – vom ökologischen Umgang mit einem natürlichen Rohstoff« heißt die seit kurzem erhältliche Broschüre der neuen Reihe »CONTRASTE-spezial«. Gegen eine geringe Schutzgebühr kann die übersichtlich gestaltete Broschüre bei den umweltbewußt arbeitenden Betrieben der Holzbranche gekauft werden. Den Leserinnen und Lesern wird in kurzer Form ein umfassender Überblick über ökologische Qualitätskriterien gegeben. Denn »die Diskussion über Tropenholz, ökologische Baustoffe, »Bioküchen«, Möbelrestaurierung, Oberflächenbehandlung spielt in der holzverarbeitenden Branche eine immer wichtigere Rolle«.

Die zunehmende Materialvielfalt bei Möbeln und das steigende Angebot an Billigimporten erschweren es gerade den umweltbewußt arbeitenden Handwerksbetrieben, ihre Produkte eindeutig abzugrenzen. Dementsprechend groß ist die Verunsicherung bei der Kundschaft. »Ökologisch oder nicht?«, ist eine Frage, die immer häufiger gestellt wird. Fachlich versiert werden in der Broschüre ökologische Qualitätsmerkmale von Produkten benannt und damit auch beim Einkauf überprüfbar gemacht. Eine Hilfe, die sich für die Kundschaft auszahlt.

Daß diese Neuerscheinung dennoch nicht zu einer reinen Marketingbroschüre wurde, ist das Verdienst der Autoren. Anschaulich vermitteln sie fundiertes Fachwissen und bewahren sich dadurch ihre redaktionelle Unabhängigkeit. Hierin liegt das Ziel dieser neuen Reihe. Denn nach Aussage der Autoren signalisieren die Betriebe, die diese Broschüre zum Thema Holz in ihren Geschäftsräumen der Kundschaft anbieten, daß sie sich mit der geforderten, ökologischen Überprüfung ihrer Materialien und ihres Betriebsablaufes beschäftigen und dies auch transparent machen.

Darüber hinaus vermittelt die Broschüre praxisnah und in kompakter Form einen Überblick über das ökologische Arbeiten mit Holz. Die klare Gliederung und ansprechende Präsentation, unterstützt durch farblich hervorgehobene Fachinformation, ermöglichte es, umfassendes Wissen auf den Punkt zu bringen. Vom Baum zum fertigen Möbel bis hin zu Baustoffen wird ein breites Spektrum der holzverarbeitenden Branche behandelt. Das umweltbewußte Entlacken alter Möbel bietet dabei einen interessanten und in diesem Zusammenhang noch unbekannten Aspekt. Die Oberflächenbehandlung von Holz wird genauso angesprochen wie die Materialien, die sich unter Furnieren verstecken. Der Blick auf tropische Hölzer erweitert sich um die Diskussion über die Urwälder auf der nördlichen Erdhalbkugel. Von prominenter Seite wird Ökologie als inflationärer Marketingbegriff der Sprache entlarvt (siehe nebenstehenden Beitrag). Aber auch für's Auge ist etwas geboten. Aus der Ausstellung »Natur als Design« sind einige besondere Exponate abgebildet, die sogenannte Holzfehler als individuelles Gestaltungsmerkmal verwenden.

Die Broschüre »holz-spezial« im DIN A4-Überformat ist gegen eine Schutzgebühr von fünf Mark bei ökologisch arbeitenden Betrieben zu erhalten. Betriebe, die die Broschüre noch nicht führen, können diese unter der Verlagsadresse bestellen: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 104520, 69035 Heidelberg. Die Mindestabnahme beträgt 20 Exemplare. Ein Einzelversand ist leider nicht möglich. ●

INTERVIEW

ÖKOLOGISCHES WIRTSCHAFTEN

»Wir wollen die Rahmenbedingungen verbessern«

Ökologische Wirtschaftspolitik ist in aller Munde. Anläßlich einer Veranstaltung in Heidelberg im Sommer 1994 entstand folgendes Interview mit Elmar Sing, Mannheim, der Vorstandsmitglied von UnternehmensGrün ist.

CONTRASTE: Elmar, wenn ich dir so zuhöre, frage ich mich, warum du solche Tätigkeiten bei UnternehmensGrün (U-Grün) und nicht mit ähnlicher Zielsetzung in der alternativen Ökonomie (Aö) übernommen hast?

Elmar Sing: Ich bin jemand, der sich im Bereich der traditionellen und alternativen Unternehmen bewegt. Das tun nicht sehr viele und das sollte man nutzen. Im »Aö«-Bereich gibt es das »netz« in Dortmund, das als Verband diese Bereiche hervorragend abdeckt. Da ich mich aber eher in einem grünliberalen Umfeld bewege, das mit Ökologie mehr am Hut hat als mit Alternativökonomie, sehe ich meine Aufgaben mehr dort.

UnternehmensGrün-Vorstand Elmar Sing

Ist das der Grund, warum U-Grün von 1992 bis heute auf 120 Unternehmen emporgeschnellt ist?

Genau! Es bestand ein Vacuum in der Wirtschaft. Traditionelle Unternehmen haben mit Ökologie erstmal Schwierigkeiten, wenn sie es ernst meinen. Auch die »Aö« hat Berührungsängste mit Leuten, die nicht selbstverwaltet sind. Dieses Vacuum füllen wir. Schließlich, wenn man sich die Ziele anschaut, hat U-Grün auch den Anspruch, neben Ökologie, sozial innovative Themen aufzugreifen.

Bedeutet das, U-Grün trägt auch zu einer Identitätsbildung in der ökologisch interessierten Wirtschaft bei?

Jaaah..., wobei das schon sehr stark getragen wird von einem dezidiert politischen Anspruch jenseits der Betriebswirtschaft.

Gibt es außer Lobbyarbeit für die Betriebe auch konkrete Ergebnisse?

Wir wollen die Rahmenbedingungen für ökologisches Wirtschaften verändern. Stimmen die nicht, hilft auch die betriebswirtschaftliche Ausrichtung auf Ökologie nichts. Da gibt es z.B die Firma Angele Maschinenbau im Oberschwäbischen, wo der Chef einerseits auf ökologische Innovationen setzt, sich persönlich aber auch konsequent verhält. Er fährt z.B. kein dickes Auto, beteiligt die Belegschaft am Gewinn, – oder wie Auro Naturfarben, die mittlerweile ihr Leinöl in Betriebsnähe ökologisch anbauen lassen. Das ist die eine Sache.

Andererseits mischen wir uns auch ein: Z.B. beim Kampf zwischen DIHT und BDI, die versuchen, die Öko-Audit-Zulassungsstelle unter ihre Fuchtel zu kriegen, wo es dann unsere Initiative war, zusammen mit DGB, GREENPEACE, BUND und anderen Verbänden eine Gegenlobby zu schaffen, die sagt: Nein! Das Bundesumweltamt muß die Zulassungsstelle werden.

Öko-Audit..?..

Die EU verlangt von Unternehmen, die eine ökologische Zertifikation für ein Produkt führen, ein sogenanntes Öko-Audit-Verfahren. Dabei wird das Unternehmen inclusive der Spitze durchleutet. Das Management kann sich nicht fein raushalten und eine/n Umweltbeauftragte/n als Allheilmittel einsetzen. Es muß Ziele setzen und die Beratung krempelt Stück für Stück das Unternehmen ökologisch um. Mehr als »nur« eine Ökobilanz.

U-Grün will sich also erstmalig richtig mit in eine Institution reinsetzen?

Ja – das versuchen derzeit aber sehr viele, denn damit kann man ein Schweinegeld verdienen. Überall wird »Öko-Audit« angeboten und wer das unter seine Fuchtel bekommt, wird Einfluß haben. Nur die Zulassungsstelle bestimmt, wer GutachterIn sein darf und wo der Hase hinläuft. Da mischen wir natürlich ganz massiv mit, vor allem, weil viele aus unseren Reihen das schon lange professionell betreiben. Im Augenblick entsteht die Dokumentation von »Öko-Audit« bei Isofloc in Buchform, weil es noch wenig Beispiele darüber gibt. Das Know-how wird nämlich aus besagten finanziellen Gründen sehr geheim gehalten.

Wird sich U-Grün von BaWü aus auch in den anderen Bundesländern etablieren?

Aber sicher! In Hessen sind sie schon sehr aktiv. In NRW läuft es langsam an. Sachsen und Bayern sind auch ganz rührig. In Norddeutschland, wo es bisher eher mager aussah, werden wir vermutlich mit einem Verband fusionieren, der nahezu identische Ziele hat und sich witzigerweise fast parallel entwickelte. Dann bliebe die Bundesgeschäftsstelle im Süden, es käme aber eine im Norden dazu.

Eure Jahrestagung wird dieses Jahr im Römer in Frankfurt stattfinden. Wann genau unter welchem Thema?

Arbeitstitel ist das Unternehmen der Zukunft. Was kommt nach der Krise und wo geht es hin? Ein Podium heißt: »Das gibt's doch nicht! Betriebe stellen vor.« Zum Beispiel Führungskräfte in Teilzeitarbeit, neue Arbeitsorganisationsformen, oder eine Maschinenbaufirma, die das praktizieren, was angeblich jetzt von den Japanern kommt: Gruppenproduktion mit großer Autonomie, bis hin zur exakt getimten Materialbestellung. Völlig absatzorientiert und freier in der Arbeitsorganisation. Das derzeit Spannendste in diesem Bereich. ●

Für das Interview bedankt sich Andreas Küstermann

KURZBIOGRAPHIE

Elmar Sing
- ○ Abitur
- ○ Bundeswehr, »für die Revolution«
- ○ Jusopolitik in Oberschwaben, »enttäuschend, da zu wenig radikal«
- ○ Buchhandlung »Schwarze Geiß« statt alternativem Zentrum in Konstanz mitbegründet
- ○ Studium der Soziologie, Politik, Sprachwissenschaften, Psychologie..
- ○ Interesse an Unternehmenskultur und Konfliktbewältigung in »alternativer Ökonomie«
- ○ Basisarbeit in der Fachschaft
- ○ Erste Vernetzungsbestrebungen mit selbstverwalteten Betrieben u.a. durch Theoriearbeitskreis alternative Ökonomie (TAKAÖ)
- ○ Magisterarbeit
- ○ Unterricht für MeisterInnen und WirtschaftsingenieurInnen
- ○ Zieht aus Liebe nach Mannheim
- ○ Arbeitet als Managment-Trainer bei einer großen Beratungsfirma in Karlsruhe
- ○ Buchveröffentlichung mit Andrea Gerth: »Knatsch Zoff und Keilerei« im Verlag der AG SPAK, München
- ○ Vater dreier Kinder

UNTERNEHMENSGRÜN-ADRESSEN:

Geschäftsstelle:
UnternehmensGrün e.V.
Martina Schwendemann,
Geschäftsführung
Rieckestr. 26
70190 Stuttgart
☎ (07 11) 285 97 30
Fax 285 97 39

Kontaktanschriften:

Gabriele Danner
Unternehmensberatung
Alsterdorfer Str. 274
22297 Hamburg
☎ (0 40) 514 18 14
Fax 513 35 71

Stephan Baldin
Martini-Sommer GmbH & Co KG
Adenauerstr. 10
52146 Würselen
☎ (0 24 05) 44 50-23
Fax 2 16 67

Matthias Friebel
Gesellschaft für
Wirtschaftsökologie
Rother Weingartenweg 38b
65812 Bad Soden
☎ (0 61 96) 2 44 48
Fax 2 82 94

Elmar Sing
KONTRA
Löwenstr. 8
68259 Mannheim
☎ (06 21) 79 10 26

Thomas Schneider
Kottkamp & Schneider
Senefelder Str. 19a
70178 Stuttgart
☎ (07 11) 61 24 44
Fax 62 09 72

Rainer Zeltwanger
Fahrschule Drive
Landhausstr. 45
70190 Stuttgart
☎ (07 11) 262 58 20
Fax 262 58 26

Ulrich Martin Drescher
rat & moderation
Postfach 1245
Keltenring 37
79196 Kirchzarten
☎ (0 76 61) 33 54
Fax 6 16 84

Nikolaus Huss
Morawitzkystr. 2
80803 München
☎ (0 89) 54 43 70-70
Fax 54 43 70 14

Eugen Schlachtner
Bankvorstand
Haldenweg 24
88437 Maselheim
☎ (0 73 51) 60 36
Fax 1 76 54

Gottfried Härle
Brauerei C. Härle
Furtenbachstr. 9
88299 Leutkirch
☎ (0 75 61) 40 51
Fax 40 16

ZUM ÖKO-AUDIT:

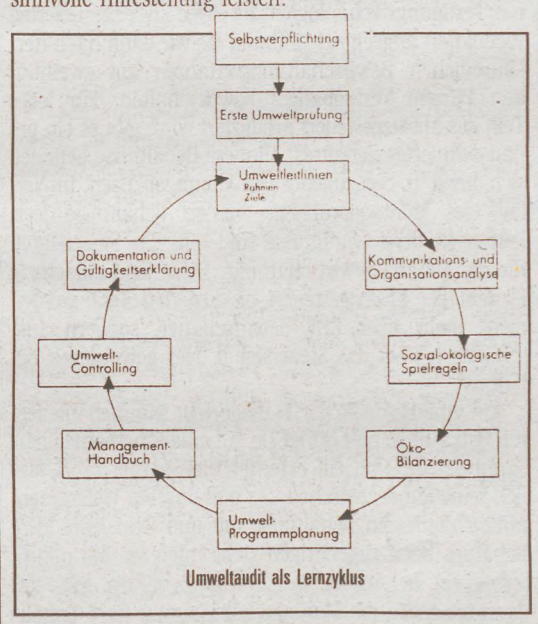
Öko-Audit – ein Maß für Zukunftsfähigkeit?

Die EU-Verordnung zum Öko-Audit beschäftigt die Gemüter in der Wirtschaft. UnternehmensberaterInnen lauern auf mögliche Aufträge, die Industrie wartet unruhig ab und setzt selbstbewußt auf eine neue Möglichkeit der Profilierung, die Verbände wissen noch nicht genau, ob sie es gut oder schlecht finden sollen. Auf jeden Fall existiert eine neue Möglichkeit umweltgerechtes und damit zukunftsfähiges Wirtschaften weiter zu thematisieren und durchzusetzen.

Von Gustav Bergmann, Köln ● Meines Erachtens bietet das Umweltauditsystem sehr gute Möglichkeiten für die Unternehmen. Wichtig ist allerdings, daß das Audit von möglichst unabhängigen Stellen durchgeführt wird. Die Wirtschaft würde, wenn zum Beispiel die IHK die Zertifizierung übernimmt, wahrscheinlich ein Eigentor schießen. Die Kammern gelten als nicht gerade neutral, und damit könnte das neue Audit sofort unglaubwürdig werden.

Wichtige Ergänzungen für das Audit wären: Es muß eingebettet werden in einen umfassenden Erneuerungsprozeß. Die gesamte Organisation, die Kultur und die Produkte sollen in diesen Auditprozeß miteinbezogen werden. Es ergibt sich eine sehr gute Chance für ganzheitliche Innovationen. Damit erhält der Auditprozeß eine enorme Dynamik und höhere Akzeptanz. Zugleich hat die jeweilige Unternehmung die Chance, ihre Organisation zukunftsfähiger zu gestalten.

Es erscheint wichtig, die interne Kommunikation und Teamprozesse zu verbessern. Unternehmen haben die Chance, ihre MitarbeiterInnen an den Entscheidungsprozessen zu beteiligen, sie einzubinden und damit sehr viel Verständigung und erweiterte Erkenntnisse zu ernten. Zudem müssen sowieso TechnikerInnen, Marketeers, OrganisatorInnen, JuristInnen, UmweltexpertInnen u.v.m. zusammenarbeiten. Ein willkommener Anlaß, Verständigung, Toleranz und Empathie zu üben. Audits dürfen auch nicht als Checklisten mißverstanden werden, die lediglich zeit- und kostengünstig abgehakt werden. Audits sollten als permanenter Prozeß organisational verankert werden, um damit Lern- und Entwicklungsprozesse zu ermöglichen. Die Erfolgsspielregeln und Persönlichkeitstypologien können dabei sinnvolle Hilfestellung leisten.



Umweltaudit als Lernzyklus

Wir haben dazu den Auditprozeß um die sozial-ökologischen Spielregeln erweitert zu einem Umweltlernzyklus. Ausgehend von der Umwelterklärung mit der Selbstverpflichtung und den Umweltzielen werden die Organisation und die Kommunikation einer Chancen- und Risiko-Analyse unterzogen und die Organisation auf ihre Übereinstimmung mit den Erfolgsspielregeln überprüft. Erst dann werden die in der Verordnung vorgeschriebenen Schritte der Umweltbetriebsprüfung durchlaufen.

Die Vorteile im einzelnen: Selbstverständlich können Unternehmen die Umweltaudits in ihre Kommunikation aufnehmen, ihr Image verbessern und sich werblich hervortun. Tue Gutes und sprich darüber.

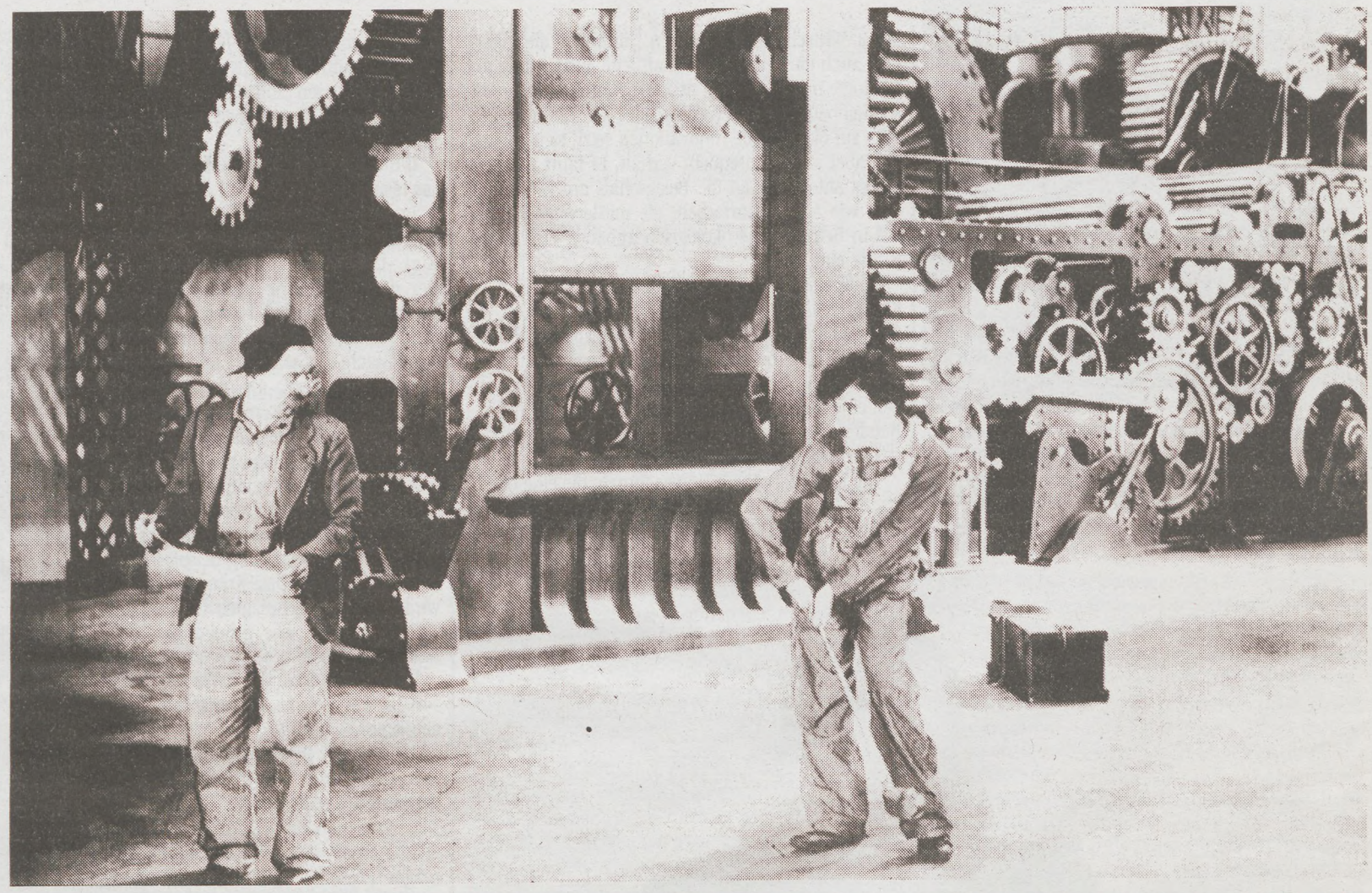
Das Wichtigste erscheint mir, daß ein Innovationswettbewerb im Unternehmen ausgelöst wird, viele Kosteneinsparungsmöglichkeiten entdeckt werden, das Engagement und die Motivation der MitarbeiterInnen steigen, eine gewisse Identität gestiftet wird, das Unternehmen rechtliche und technische Risiken absichert und in jeder Form kompetenter wird. Mindestziel ist es, eine rechtskonforme Organisation zu schaffen und die technischen Risiken zu mindern. Darüber hinaus können aber auch Produkt- und Verfahrensinnovationen aus den Umweltteams angeregt werden und sich die gesamte Organisation und Kommunikation verbessern. Audits sollten insofern in ganzheitliche und permanente Evolutionsprozesse (Busines Rerengeneering, Controlling, Qualitätszirkel) eingebettet werden. In der Regel erzeugen die Auditingprozesse wesentliche Vorteile. In der Praxis erlebe ich nur Unternehmen, die erheblich mehr Kosten einsparen und Potentiale hinzugewinnen, als Kosten aus dem Audit entstehen. Öko Audits können somit ein willkommener Anlaß sein, Gewohntes zu überdenken, Veränderungen einzuleiten und damit das Unternehmen zukunftsfähiger zu gestalten. ●

Dr. Gustav Bergmann ist Professor für Kommunikation und Marketing und Berater für Unternehmensentwicklung in Köln.

Aus: Kristall – Das Mitweltmagazin Nr. 4, Dezember 1994

SELBSTBESTIMMTE ARBEITSZEITEN & ABSATZORIENTIERTE PRODUKTION: ÖKOLOGISCHES WIRTSCHAFTEN

»Die Liefertermine sind heilig«



Von Waldemar Schindowski ● In einem Forum der Jahrestagung von »UnternehmensGrün« stellte Johann Tikart von Mettler-Toledo in Albstadt das Konzept dieses Betriebes zu selbstbestimmten Arbeitszeiten und absatzorientierten Produktions-Erfahrungen vor. Ausgehend von der Prämisse, daß das erste Ziel eines Unternehmens die Steigerung des Umsatzes ist, wurde schrittweise »absatzgesteuerte Produktion, synchrone Produktentwicklung und Total Quality Management« bei diesem schwäbischen Unternehmen eingeführt. Im nachfolgenden Referat wird konkret, was »schlanke Produktion« auch bedeuten kann.

Angesichts der Strukturkrise in vielen Branchen wird heute des öfteren mit Begriffen wie »Lean Produktion« hantiert und auf Arbeitszeit- und Produktionsmodelle japanischer oder US-amerikanischer Herkunft verwiesen. Obwohl es schon seit Jahrzehnten sogenannte »Modell-Betriebe« gibt und versucht wird, neue Arbeitsformen und Hierarchieabbau zu praktizieren, ist dies jedoch der breiten Öffentlichkeit und insbesondere bei Unternehmern selbst, erst jetzt wahrgenommen worden, da die »alten« Konzepte der Betriebsführung nicht mehr greifen. Daher teilweise auch die hektische Suche nach »neuen« Antworten auf einem »alten«, schwierig werdenden Markt.

Das hier vorgestellte Unternehmen ist seit 1971 Teil der Schweizer Mettler-Toledo Gruppe, entwickelt und produziert elektronische Waagen und Wägesysteme für Industrie und Handel. Präzision und anwendergerechte Lösungen kennzeichnen die breite Produktpalette. Insgesamt sind bei der Mettler-Toledo GmbH in Albstadt 200 MitarbeiterInnen beschäftigt. Das Unternehmen erzielt einen jährlichen Umsatz von 100 Millionen DM. ●

ANFANGS DAS ZU GROSSE LAGER

Johann Tikart ● Wir haben Mitte der achtziger Jahre begonnen, das Unternehmen neu zu gestalten. Auslöser waren unsere Schwierigkeiten in der Produktion, vornehmlich die Kapitalkosten in Folge hoher Lagerbestände. Zu diesem Zeitpunkt hatten wir eine programmgesteuerte Produktion, die auf dem neuesten Stand der Technik war. Eine fließende Fertigung mit starker EDV-Unterstützung für die Logistik der Materialbewirtschaftung.

Was wir erlebten war, daß unser Markt immer dynamischer, immer fragmentierter und die Kundenbedürfnisse immer differenzierter wurden. Dies hatte zur Folge, daß letztlich unser Produktionsprogramm immer breiter wurde. Immer mehr Modelle kamen in die Produktion, so daß die Vorhersagegenauigkeit des Produktionsplans immer schlechter wurde, das heißt, der Absatz der einzelnen Modelle fand nicht so statt, wie wir ihn bei der Aufstellung des Produktionsplanes unterstellt hatten. Alle Modelle, deren Absatz schwächer war, als ursprünglich angenommen, sammelten sich im Lager. So füllte sich zunächst das Fertiggerätelager, etwas später das Baugruppenlager und dann auch noch das Teilelager.

Alle Modelle, deren Nachfrage größer war als angenommen, waren nicht in ausreichender Menge lieferbar. Und da wir dann unter dem Druck des Marktes bereit waren, Geräte zu produzieren, für die kein Material bewirtschaftet war, hatten wir gleichzeitig permanent mit Fehlteilen zu kämpfen. Und so waren wir in der unglücklichen Situation, bei hohen Lagerbeständen eine schlechte Lieferfähigkeit zu haben und ständig mit Fehlteilen geplagt zu sein. Hohe Lagerbestände, ein hohes Wertberichtigungsvolumen und ein schlechtes Betriebsklima waren die Folgen. In dieser Situation begriffen wir, daß zwischen den Produktionsbedürfnissen und den Marktbedürfnissen ein Interessenkonflikt besteht.

DIFFERENZIERTE KUNDENWÜNSCHE ....

Wir hatten eine Produktion, die nach Produktionsbedürfnissen optimiert war. Der Markt jedoch war nicht bereit, unseren Produktionsbedürfnissen zu folgen, und wir erkannten, daß wir eine Produktion benötigten, die in der Lage war, sich ganz den Marktbedürfnissen anzupassen. Daraus entstand das, was wir absatzgesteuerte Produktion (ASP) nannten. Die Entwicklung der ASP wurde eingeleitet durch die Vision: Wie schön wäre es denn, wenn wir eine Produktion hätten, die ganz ohne Lagerbestände genau das produzieren würde, was unsere Marktorganisation bereits verkauft hat – unabhängig davon, welches Modell und welche Stückzahl – und wir in der Lage wären, dies innerhalb von vereinbarten, festen Lieferfristen auszuliefern, und systemimmanent gar keine Fehlteile auftreten könnten. Wie würden unsere betriebswirtschaftlichen Daten dann plötzlich gut werden, und wie würde unser Betriebsklima, das Miteinander-arbeiten, das Miteinander-leben, auf ein ganz anderes Niveau kommen.

Diese Idee begeisterte uns so sehr, daß wir am 1. Januar 1986 die gesamte Produktion auf ASP umstellten. Seitdem sind wir in der Lage, ohne Lagerbestände genau das zu produzieren, was unsere Marktorganisation bereits verkauft hat – einerlei, welche Modelle, einerlei, welche Stückzahl – und dies garantiert in fünf Arbeitstagen zur Auslieferung zu bringen. Die ASP kann systemimmanent keine Fehlteile haben.

.... STEUERN DIREKT DIE PRODUKTION

Achtzig Prozent unseres Einkaufsvolumens werden heute absatzgesteuert bewirtschaftet. Der Rest sind entweder Teile, die wir als Massenteile halten, oder Teile, deren Fertigungstechnologien zu einer absatzgesteuerten Produktion ungeeignet sind und die wir dann nach herkömmlichen Bewirschaftungsverfahren auf zweihundert Prozent Verfügbarkeit bewirtschaften. Für jedes Teil, das absatzgesteuert produziert wird, gibt es ein genau definiertes Behältnis. All diese Behältnisse befinden sich direkt an den zugehörigen Montageplätzen. Im Verlauf des Montageprozesses werden Behältnisse leer. Leer gewordene Behältnisse sind nun das Steuersignal für die Materialbewirtschaftung. Diese achtundachtzig Prozent der absatzgesteuert produzierten Teile werden nicht mehr über EDV bewirtschaftet, sondern ausschließlich über das Steuersignal 'leer gewordenes Behältnis'.

Ein innerbetrieblicher Transporteur sammelt alle leeren Behältnisse und bringt sie auf eine innerbetriebliche Sammelstelle. Und ein externer Dienstleister fährt täglich seine Runde zwischen uns und unseren Lieferanten, nimmt die leeren Behältnisse mit und stellt jedes leere Behältnis beim zugehörigen Lieferanten ab und nimmt sofort ein bereitstehendes, volles Behältnis mit, das dann wieder in die Montage kommt. Das leere Behältnis beim Lieferanten ist sein Produktionsauftrag zur Nachproduktion innerhalb von vereinbarten Fristen. Jeder ASP-Lieferant ist Lieferant für alle Teile einer bestimmten Fertigungstechnologie. So haben wir die Anzahl der ASP-Lieferanten auf zehn reduziert und legen Wert darauf, daß diese sich im näheren Umfeld des Unternehmens befinden. Unsere Absatzschwankungen liegen zwischen fünfzig und zweihundert Prozent von Modell zu Modell zu einem jährlichen Durchschnittswert. Diese Absatzschwankungen werden in Bezug auf die Materialversorgung durch die Austauschfrequenz der Behältnisse geregelt.

NEUE QUALITÄT DER AUSBILDUNG

Um die nötige Flexibilität auch in Bezug auf die Montagekapazität zu erhalten, haben wir uns drei Instrumente geschaffen.

Das erste Instrument:
Wir haben alle Monteure so ausgebildet, daß sie mindestens zwei Drittel des Sortiments vollständig beherrschen, das heißt: Jeder Monteur ist nicht nur so ausgebildet, daß er ein Gerät vollständig, nämlich vom Anlieferzustand der Teile bis zum Auslieferzustand des Gerätes, verpackt, mit Versandetikett versehen, vollständig alleine montiert, sondern darüber hinaus auch noch so, daß er mindestens zwei Drittel des Sortiments in dieser Form beherrscht. Dadurch erzielen wir eine Glättungswirkung, weil die Absatzschwankungen von Modell zu Modell nicht zeitlich erfolgen. Für den Monteur bedeutet dies, daß er eigentlich gar keinen festen Arbeitsplatz hat. Er hat zwar einen Stammplatz, an dem er jeden Morgen erscheint, weil immer eine Grundlast vorhanden ist, er kann aber an diesem Arbeitsplatz nur so lange tätig sein, als eben für diesen Arbeitsplatz Aufträge vorliegen. Liegen für seinen Stammplatz keine Aufträge mehr vor, verläßt er diesen und begibt sich zu einem anderen Montageplatz, für den Aufträge vorliegen. Folglich haben wir auch mehr Montageplätze, als Monteure.

Das zweite Instrument:
ist die generelle Bereitschaft eines größeren Teils der Belegschaft, auf Zuruf bei Montageengpässen in der Montage auszuhelfen. Dies sind Mitarbeiter aus dem Betriebsmittelbau, aus dem Montageengineering, aus der Qualitätssicherung und auch aus der Entwicklung.

FLEXIBILITÄT IST GEFRAGT

Das dritte Instrument:
ist unsere Gleitzeitregelung. Dieser Gleitzeitregelung geht eine Präambel voraus, die besagt: Dies ist ein Vertrag zwischen der Geschäftsleitung und der Belegschaft, und wie jeder gute Vertrag muß er beiden Seiten Vorteile bieten. Der Vorteil für den Mitarbeiter besteht darin, daß er seine individuelle Arbeitszeit seinen individuellen Lebensumständen anpassen kann, also eine hohes Maß an Zeitautonomie besitzt. Der Vorteil für das Unternehmen besteht darin, daß das aktuelle, konkrete Kapazitätsangebot der Mitarbeiter dem aktuellen, konkreten Kapazitätsbedarf des Unternehmenseigenverantwortlich angepaßt wird. In diesem Sinn verlangt unsere Gleitzeitregelung von unseren Mitarbeitern lediglich, daß sie in der Betriebsöffnungszeit von morgens 6.30 Uhr bis abends 19.00 Uhr mindestens vier Stunden im Hause sind. Diese vier Stunden kann jeder im Laufe des Tages legen, wie er will und er kann diese vier Stunden auch durch beliebig viele, beliebig lange Pausen unterbrechen, und er darf diese Pausen auch außer Haus verbringen. Für jeden Mitarbeiter wird über ein elektronisches Zeiterfassungssystem ein Zeitkonto geführt. Dieses Konto darf +/- 72 Stunden betragen. Wird dieses Konto überzogen, dann gibt das Zeiterfassungssystem dem Mitarbeiter den Hinweis, innerhalb eines halben Jahres in einen zulässigen Kanal zurückzufahren. Darüber hinaus hat jeder Mitarbeiter den Auftrag, einmal im Jahr einen Null-Durchgang zu machen.

EIGENVERANTWORTLICH ARBEITEN

Konkret ist der Ablauf folgender: In jedem Meisterbereich gibt es ein Regal mit Schubfächern. In diesen Fächern liegen alle vorhandenen Aufträge aus, nach Lieferterminen und nach Produktfamilien geordnet, mit einer Sichtweite von 5 bis 7 Arbeitstagen. Der Monteur geht an dieses Regal, unter Beachtung aller Liefertermine greift er nun in ein Fach, nimmt die darin liegenden Aufträge, begibt sich an den Montageplatz und arbeitet diese Aufträge ab. Ist er damit fertig, geht er erneut an das Regal, unter Beachtung der Liefertermine greift er nun in ein anderes Fach und begibt sich an einen anderen Montageplatz, an dem diese Aufträge abgearbeitet werden können. Und da der Monteur nun vor dem Regal stehend selber erkennen kann, wieviele Stunden er heute und morgen und übermorgen arbeiten muß, damit wir gesamthaft alle Aufträge termingerecht bedienen können, brauchen wir niemanden, der ihm dies sagt. Er kann dies eigenverantwortlich selbst bestimmen. Der Monteur hat für die Montage der einzelnen Geräte keine Zeitvorgaben. Wir führen auch keine Ist-Zeit-Erfassung durch. Wir haben zwar in der Standardkalkulation eine definierte Standardmontagezeit, um die notwendige Montagekapazität bereitstellen zu können, aber die konkret gebrauchte Ist-Zeit heute und morgen ist unerheblich. Der Auftrag des Monteurs ist, alle Aufträge, die wir haben, in bester Qualität termingerecht fertigzustellen. Die Liefertermine sind nun die Termine, die der Kunde nennt, und nicht irgendwelche Termine, die wir berechnet haben, wann wir fertig sein könnten, sondern ausschließlich der Termin des Kunden. Und diese Liefertermine sind heilig. Es ist nicht gestattet, einen Liefertermin nicht einzuhalten.

Grundsätzlich ist diese freizügige Gleitregelung eine Notwendigkeit, damit die absatzgesteuerte Produktion überhaupt funktionieren kann. Aber die Entwicklung der Eigenverantwortlichkeit der Mitarbeiter in einem jahrelangen Prozeß war die Voraussetzung, um eine solche Gleitzeitregelung überhaupt zu ermöglichen. Die Entwicklung der absatzgesteuerten Produktion und die Erfahrung, die wir dabei gesammelt haben, die positiven Ergebnisse, die wir damit erzielt haben, waren dann Anlaß, nach und nach das ganze Unternehmen neu zu gestalten. Eine Neugestaltung, bei der wir ganz auf die Ressource 'Mensch' bauen und ganz bewußt sagen: Der Mensch steht im Mittelpunkt. ●

(aus Vorbereitungsreader: UnternehmensGrün: Erhalt durch Veränderung. Jahrestagung 1994)

DOKUMENTATION EINES THESENPAPIERS

ÖKOLOGISCHES WIRTSCHAFTEN

Jammern hilft nicht! Für eine konstruktive Antwort auf die Rezession

Mit Sorge beobachten die in UnternehmensGrün zusammengeschlossenen Unternehmen, daß aus den Kreisen der Politik wie aus anderen Wirtschaftsverbänden – soweit sie sich äußern – zur gegenwärtigen Wirtschaftskrise Stellungnahmen veröffentlicht werden, die nicht mit wirtschaftlicher Vernunft, sondern allenfalls aus einer Wagenburgmentalität heraus erklärt werden können. Sollten die in diesen Erklärungen eingeforderten politischen Wege beschritten werden, wird unsere Gesellschaft, aber auch die Wirtschaft selbst, geschwächt aus dieser Krise hervorgehen. Wir wollen einige – uns wichtig erscheinende – Thesen zum Krisenmanagement zur Diskussion stellen:

1. Wir haben es nicht vorrangig mit einer »normalen« Konjunkturkrise zu tun. In allen hochtechnisierten Volkswirtschaften ist derzeit eines beobachtbar: Besonders große Schwierigkeiten haben vor allem die Bereiche, die noch vor kurzem als die Träger des wirtschaftlich/technischen Fortschritts galten – Informationsverarbeitungstechnik, Strassenfahrzeugbau und zugehörende oder zuliefernde Industrien, Maschinenbau. Noch vor kurzem vermeintlich krisensichere Branchen sind nicht Bollwerk gegen, sondern Verursacher des Einbruchs. Gleiches gilt für die Unternehmensgrößen. Vor gar nicht langer Zeit galten die großen Konzerne als besonders sicher. Wer vor zwei Jahren Daimler oder IBM wirtschaftliche Schwierigkeiten prophezeit hätte, hätte sich dem Spott ausgesetzt. Jetzt erweisen sich Klein- und Mittelbetriebe als flexibler und dadurch als robuster.

2. Neben der Krise der Ökonomie und ihren verheerenden sozialen Auswirkungen gerät in der öffentlichen Diskussion die ökologisch Krise aus dem Blickfeld. Dies ist fatal, weil es nicht länger zu verantworten ist, hier nicht energisch gegenzusteuern. Wer jetzt unter dem aktuellen wirtschaftlichen Druck glaubt, sich dieser Herausforderung entziehen zu können, wird dies in wenigen Jahren vielfach bezahlen müssen.

3. Krisenüberwindungsstrategien müssen deshalb innovativ sein, müssen den zukünftigen Bedarf der Volkswirtschaften antizipieren. Das Zurück zu den traditionellen Werten führt wirklich nur in die Vergangenheit.

4. Die deutsche Wirtschaft wird sich mit konkurrierenden Staaten, insbesondere Schwellenländern, nicht über die Lohnstückkosten auseinandersetzen. Es ist ein Unfug, daß die »hohen Lohnkosten« in besonderem Maße für Exporteinbrüche verantwortlich seien. Die Wechselkursschwankungen haben ungleich größere Auswirkungen.

5. Richtig ist aber, und auch dieses wird von den veröffentlichten Stellungnahmen ignoriert, daß die Lohnnebenkosten, die auf die Unternehmen sehr ungleich verteilt werden, dort in besonderem Maße wettbewerbs- und innovationshemmend wirken.

6. Nicht die Krise bringt die Finanzierung des Sozialstaates in Schwierigkeiten, sondern vor allem eine unangemessene Finanzierungsbasis der sozialen Sicherung.

7. Die öffentliche Hand verkündet – aufgrund fehlender Mittel – stückweise ihren Rückzug aus der wirtschaftlichen Tätigkeit. So sehr wir dies im Grundsatz für eine richtige Entwicklung halten, muß doch deutlich gemacht werden: wer jetzt, nach Jahrzehnten massiver Staatsintervention in wesentlichen Bereichen (Energie, Verkehr) nicht für staatliches Gegensteuern plädiert, will diesen künstlich geschaffenen Zustand von Nicht-Marktwirtschaft zementieren.

8. Dies meint natürlich nicht etwa, daß wir einer Subventionierung überlebter Wirtschaftsstrukturen das Wort reden würden. Wer Kohle, Stahl, Schiffbau – und vielleicht demnächst den Strassenfahrzeugbau – durch staatliche Unterstützung künstlich am Leben erhält, vergeudet nicht nur öffentliche Gelder, sondern verhindert den dringenden Umbau. Unter anderem hat dies die längerfristige Vernichtung von Arbeitsplätzen zur Folge. Daß damit auch Wettbewerbsverzerrung im Hinblick auf Unternehmensgrößen einhergeht – Klein- und Mittelbetriebe werden nicht an den Tropf gehängt – sei nur am Rande vermerkt.

Aus diesen Thesen leiten wir Forderungen an die Politik ab: Jetzt ist die Zeit, für eine Ökologisierung der Wirtschaft Rahmenbedingungen zu schaffen. Technisch heute machbare Müllund Emissionsvermeidung muß zwingend vorgeschrieben, dennoch verursachte Emission spürbar finanziell belastet werden. Unsere Wirtschaft braucht jetzt diesen Impuls, der auf einzelbetrieblicher Ebene nicht gegeben werden kann. Die gesamten Kosten der Produktion und Verteilung von Gütern müssen den Verursachern zugerechnet werden. Es ist nicht länger vertretbar, daß diese Kosten zeitlich und räumlich verlagert werden.

Insbesondere im Verkehrsbereich muß eine richtige und transparente Kostenkalkulation für die Unternehmen unumgänglich werden. Eine deutliche Anhebung der Treibstoffkosten bis zur Kostendeckung (inklusive Straßenbau, Folgekosten im Gesundheitswesen...) wird unter anderem auch eine Neuorientierung der Produkte und Produktionsmethoden (»just-in-time« ist nicht mehr zeitgemäß) verursachen. Ebenso, wie einzelne Unternehmen zukünftig nur noch mit einer ökologischen Firmenorientierung konkurrenzfähig sein werden, gilt dies auch für Volkswirtschaften. Eine verantwortungsbewußte Wirtschaftspolitik muß deshalb gerade jetzt den Innovationswettbewerb erzwingen.

Dem dient nicht zuletzt auch eine grundsätzliche Neuorientierung der Finanzierung der sozialen Sicherung. Es ist in hohem Maße wettbewerbsverzerrend, daß diese praktisch ausschließlich über Lohnnebenkosten geleistet werden muß. Das hat fatale Konsequenzen. Zunächst ist es wirtschaftlich unakzeptabel, daß diese Finanzierung völlig losgelöst von der einzelbetrieblichen Ertragslage erbracht werden muß. Je technisierter und menschenleerer ein Unternehmen produziert, desto geringer ist sein Beitrag zur sozialen Sicherung. Klein- und Mittelbetriebe haben in der Regel geringere Möglichkeiten, sich auf diese Art aus der Verantwortung zu stehlen. Aber auch die Umwelt zahlt einen hohen Preis, weil der Ersatz des Produktionsfaktors Arbeit durch Naturverbrauch verschiedener Art (Technisierung) so subventioniert wird. Wir meinen, daß die soziale Sicherung durch eine Abgabe auf die Wertschöpfung in allen Unternehmen finanziert werden muß.Von der öffentlichen Hand fordern wir, trotz der unbestrittenen finanziellen Schwierigkeiten, endlich entschieden in eine wirklich innovative Infrastruktur zu investieren.

Güterverkehr, der auch weiterhin auf die Straße gezwungen wird, wird zum Güterstillstand. Energie, die auch zukünftig aus zentralen Großanlagen (und für Großkunden) bereitgestellt wird, wird für Normalbetriebe unbezahlbar und für die Gesellschaft unverkraftbar.

Das Wirtschaftswunder, das vor allem durch den Verkauf und Verbrauch von zukünftigem Reichtum funktionierte, wird sich nicht wiederholen. Deshalb wird diese Krise nur überstehen, wer sie konstruktiv überwindet. Von Unternehmen und Unternehmern sollte die Gesellschaft in dieser Situation den Willen zu Erneuerung erwarten können. Bloßes Jammern hilft sicher nicht. ●

WENN UNTERNEHMEN WAS UNTERNEHMEN

Zu UnternehmensGrün und uns

Inhaltlicher Ausgangspunkt der Existenz von UnternehmensGrün ist folgende Einschätzung: »Die bestehenden Interessenverbände der Wirtschaft leisten die für eine wirtschaftlich und ökologisch effiziente Umsetzung notwendige Zusammenschau nicht, sondern behindern in vielen Fällen umweltorientierte und soziale Innovationen mit kurzfristigen Kostenargumenten, die den mittel- und längerfristigen Chancen und Problemlagen nicht gerecht werden.« (1)

Damit steht dieser junge Verband quer zu der Lobbypolitik der meisten Arbeitgeberverbände. Er hat seine Berechtigung daher, weil durch Veröffentlichungen, Tagungen und anderen Aktivitäten ein Unternehmerbild präsentiert wird, welches allein von Profimaximierung geprägt ist. Unternehmer in Deutschland waren meist in negativen Sinne Konservativ und oft auch Träger von reaktionären Ideologien, eher nach rückwärts als nach vorne gewandt. Aber noch ist es nicht so weit, daß zum Beispiel die Nachfolgekonzerne der IG Farben (Bayer, Hoechst, BASF) Mitglied bei UnternehmensGrün sind. Obwohl mittlerweile auch in den Konzernetagen langsam ein Umdenken stattfindet. So haben Vertreter der Deutschen Bank oder von Mercedes-Benz mittlerweile keine Berühungsangst mehr und treten bei Tagungen von UnternehmensGrün als Referenten und Podiumsteilnehmer auf. Alle spüren, daß sich etwas verändert.

Welche Tragfähigkeit dies hat – den ermordeten Deutschen Bank-Vorsitzenden Herrhausen wurde nachgesagt für eine radikale Lösung der »Schulden« der Dritten Welt einzutreten, Daimler-Benz arbeitet an einen 3-Liter-Auto – kann noch nicht festgestellt werden: Was »Streu« und was »Weizen« ist wird die Zukunft zeigen. UnternehmensGrün hat die Funktion des »Türöffners«. Dabei mit einer Konsequenz welche von erfrischender Wachheit ist, ohne das die Mitgliedsunternehmen gleich ökologische »Musterbetriebe« sind. Nun sind auch viele der CONTRASTE-AbonnentInnen in wahrsten Sinne des Wortes Unternehmer. Auch wenn UnternehmensGrün betont, daß es keine Lust habe »das grüne Feld den sogenannten Alternativen zu überlassen« so sind jedoch auch für alternative Betriebe, Kollektive, »neue« Genossenschaften inhaltliche Bezugspunkte zu diesen ökologischen Unternehmern. Die Legitimation der alternativen Betriebe bezieht sich darauf, daß versucht wird demokratische Verhältnisse untereinander zu schaffen. Ökologische Gesichtspunkte standen bei der Gründungsphase der Kollektive Mitte der siebziger Jahre nicht im Vordergrund. Ökologische Fragen sind erst in Laufe der Zeit im Mittelpunkt gerückt worden und sind heute fester Bestandteil der Arbeit in selbstverwalteten Betrieben. Selbstverwaltung plus Ökologie ist jetzt das Schlagwort dieses Typus von Betrieb.

Nach Eigeneinschätzung von UnternehmensGrün liegt der Schwerpunkt, wie der Name schon sagt, bei ökologischen Fragestellungen und Lösungsversuchen: »Wir sind Unternehmer und Unternehmerinnen und wir behaupten, daß sich unsere Wirtschaft ändern kann und muß, daß Ökonomie und Ökologie keine unvermeidbaren Gegensätze sind, daß wir umweltorientiert wirtschaften können und trotzdem Gewinne machen, wenn man uns nicht dauernd Knüppel zwischen die Beine wirft.« Weiter heißt es: »Nur müssen die Rahmenbedingungen stimmen, denn wenn der hirnlose Umweltverschmutzer immer noch billiger produzieren, verpakken, transportieren und verkaufen kann als ich (ökologische Betriebe, Anm. d. Red.) dann nützt mir mein gutes Gewissen gar nichts.« Die Mitglieder sind Klein- und Mittelbetriebe und stammen aus den verschiedensten Branchen – von Brauereien, Druckerei, Werbeagenturen, Unternehmensberatern, Handwerksbetrieben bis hin zu einer Fahrschule. Auch sind die Wurzeln von vielen UnternehmensGrün-Betrieben und Alternativbetrieben oft gar nicht so weit auseinander (siehe Interview mit Elmar Sing in dieser Ausgabe). Von daher ist zwar der grüne Unternehmerverband keine Fachgruppe der Partei Die Grünen, aber auch nicht die Mitttelstandsvereinigung. Bei etwa 1·50 Mitgliedsbetrieben wäre dies auch vermessen zu behaupten. Der Verband ist ein Zusammenschluß, der sich historisch erklären lässt, aus dem berühmten »Wertewandel« der letzten zwanzig Jahre. Genauso wie die Alternativbetriebe eher aus einer linken Tradition kommen, die Versuche von neuen Genossenschaftsgründungen der letzten Jahrzehnte in der Regel mit sozialdemokratischen Background waren, im Ostdeutschland mittelständische Unternehmen einen PDS-nahen Unternehmensverband gegründet haben, genauso hat die politische Arbeit »für die konsequente Verwirklichung ökologischer Konzepte in Wirtschaft und Gesellschaft« einen weiteren Lobbysten gefunden. In dieser Gesellschaft sind mittlerweile alle Facetten mit ökologischen Verbände, Vereinigungen, Initiativen vertreten, warum also auch nicht ein ökologischer Unternehmerverband? Wo die Bedeutung des Verbandes über die Anzahl der Mitgliedszahlen hinaus ragt, ist die politische Lobbyarbeit für Fragen des betrieblichen Alltags: Was für Konzepte für den Güterverkehr können entwickelt werden? Wie funktioniert die Ökobilanz bei der Kunert AG? (genau das sind die mit den Strümpfen!) Was bedeutet selbstbestimmte Arbeitszeiten ? (siehe auch den Beitrag von Johann Tikert in dieser Ausgabe) Kann Kunststoff als Werkstoff der nachhaltigen Wirtschaft betrachtet werden? Und letztlich: Rechtsextremismus – was können Unternehmen tun?

Nicht vergessen werden sollte, das UnternehmensGrün im 1992 von fünfzehn baden-württembergischen Unternehmern gegründet wurde. Es kann festgestellt werden das in diesem Bundesland eine hohe Anzahl von mittelständischen Betrieben existiert. Klein- und Mittelbetriebe sind auch nach den Selbstverständnis von UnternehmensGrün »flexibel« und nicht so leicht anfällig wie die großen Konzerne. Hinzu kommt das, ohne jetzt gehässig zu werden, den Schwaben eine extreme »Schaffermentalität« nachgesagt wird. Und allein an diesen Punkt gibt es schon ganz praktische Berührungspunkte zwischen ökologischen Unternehmen und Alternativbetrieben. Wahrscheinlich würden beide sich sofort verstehen! ●

Waldemar Schindowski

(1) Die Positionen und Forderungen von UnternehmensGrün sind dokumentiert in:
Augen zu und·Durch? Was kommt nach der Krise? Dokumentation der Jahrestagung 1993 in Stuttgart. Frankfurt/Main: Verlag der Ökologischen Briefe, ISBN 3-928507-05-2
Mit Beiträgen unter anderen von:
Werner Schenkel (Umweltbundesamt, Berlin) · Jürgen Schmidt (MEMO, Würzburg) · Hans Billinger (Verkehrsplanungsbüro, Stuttgart) · Christian Wucherer (Kunert AG, Immenstadt) · Manfred Bosch (DAMM, Frankfurt) · Lothar Späth (Jenoptik, Jena) · Winfried Witte, Mann & Hummel (Ludwigsburg) · Fritz Kuhn (Die Grünenim Landtag, Stuttgart) · Gottfried Härle (Härle-Brauerei, Leutkirch)

Für März d.J. ist wieder eine Dokumentation der Jahrestagung 1994 geplant. Unter anderen mit Beiträgen von Wouter van Dieren (Club of Rome), Victor Bruns (Deutsche Bank), Claus Razim (Mercedes Benz), Johann Tikert (Mettler-Toldeo), Winfried Kretschmann (Die Grünen), Tom Koenigs (Kämmerer in Frankfurt)

Anzeige

Jetzt lesen!

Vorsicht Hoch-spannung

Energiewirtschaft im Umbruch

Von zentralisierten Elektrizitätswerken aus durchzieht ein weites Netz an Hochspannungsleitungen Deutschland. Sind Dezentralisierung und „Sonnenwende" überhaupt möglich, solange nur wenige Energiekonzerne Art und Preis der Energiegewinnung bestimmen? Einer der grundlegenden Lösungsansätze lautet: Die Elektrizitätswirtschaft soll reformiert und Energieversorgung zur Dienstleistung werden.

Jetzt für DM 14,80 überall in der **Bahnhofspresse** erhältlich oder direkt bestellen bei:

ökom GmbH
Waltherstr.29, Rgb.
80337 München
Tel.: 089/544 184-0
Fax: 089/544 184-99

SOZIALE DREIGLIEDERUNG IM MODELL WASSERBURG AM BODENSEE

Anders leben mit den Ideen Rudolf Steiners

Der Gasthof Eulenspiegel / Das Modell Wasserburg e.V. ist eine Arbeits- und Lebensgemeinschaft in Wasserburg am Bodensee: Dort leben zwischen acht und zwölf Erwachsene mit drei Kindern zusammen, betreiben den Gasthof in Selbstverwaltung, veranstalten öffentliche Rundgespräche und Seminare, einige geben die Monatszeitschrift »Jedermensch« heraus. – Ein Beitrag, der ursprünglich für unsere Jubiläums-Nummer im Oktober vorgesehen war.

Der Gasthof »Eulenspiegel«, Modell Wasserburg e.V.

Von Tatjana Kerl, Modell Wasserburg, Redaktion selbstorganisierte Lebensgemeinschaften ● Eine schon früh gefühlte Sehnsucht: raus aus alten Zusammenhängen, die dem, was als Leben empfunden wird, nicht mehr angemessen sind. Die Zwangsgemeinschaften in Familie und Schule: die Wege, die dir »die Gesellschaft« offen läßt. Sich nicht einfügen können und wollen in die staatlich oder wirtschaftlich bestimmten Institutionen: das Gefühl, dort innerlich totgedrückt zu werden. Bei dem Gedanken an ein herkömmliches Hausfrauen- und Mutterdasein: nichts wie Beklemmung.

In der Anti-AKW Bewegung wurde der staatliche und wirtschaftliche Machtmißbrauch überdeutlich – im Widerstand gegen diese Macht konnte Gemeinschaft und Solidarität erfahren werden. Aber auch Gruppenzwänge traten auf und endlose Auseinandersetzungen um die »richtige« Grundlage, um das gemeinsame Grundverständnis.

BEGEGNUNG MIT PETER SCHILINSKI

Mir ist an diesem Punkt der (meiner) Geschichte Peter Schilinski begegnet und mit ihm der »Eulenspiegel« in Wasserburg. Diese Begegnung war rational und emotional gleich begeisternd. Hier wurde konkret ausprobiert, was vorher oft in Kopf oder Gefühl stecken geblieben war. Hier konnte sich an der Realität erweisen, was an den neuen Ideen wirklich dran war – und was an uns dran war: konnten wir wirklich »anders« leben?

Schon 1945 hatte Peter Schilinski mit anderen die erste Wohnund Arbeitsgemeinschaft gegründet: das Witthüs auf Sylt. Sie entwickelte sich – mit wechselnden Leuten und über verschiedene Orte – bis zum »Eulenspiegel«. Peters inspirierende Idee war die soziale Dreigliederung, die auf Rudolf Steiner zurückgeht. Sie war für ihn DIE Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus. Dem Kommunismus hatte sie das Prinzip der geistigen Freiheit voraus, dem Kapitalismus das unabhängige Rechtsleben, das die ungehinderte Machtausbreitung des Kapitals in Grenzen halten kann (z.B. gäbe es kein Privateigentum an Kapital und Produktionsmitteln). Kurz: die Kultur soll sich frei entwickeln können – freies, nicht vom Staat gelenktes Bildungswesen. In der Wirtschaft sollen sich ErzeugerInnen, HändlerInnen und VerbraucherInnen in assoziativen Absprachen und Vereinigungen miteinander und nicht gegeneinander organisieren. Das Rechtsleben reguliert – z.B. durch Volksabstimmung – die rechtlichen Rahmenbedingungen für das Zusammenleben.

Für diese Ideen wollte Peter arbeiten. Die Projekte waren die wirtschaftliche Grundlage, auf der die politische Arbeit, unabhängig von irgendwelchen Geldgebe-rInnen, stattfinden konnte. Niemand sollte den Geldhahn zudrehen können, wenn ihm die politischen Aussagen nicht mehr paßten. Durch das enge Zusammenleben im Projekt und auch durch Peters starkes zwischenmenschliches Interesse entwickelte sich die Arbeit nach zwei Richtungen: Politische Aktionen im Sinne der sozialen Dreigliederung standen neben Gesprächen und Auseinandersetzungen über zwischenmenschliche Fragen.

TABUS ÜBER DEN HAUFEN GEWORFEN

Als ich 1977 in das Projekt kam, war Peter mit Abstand der Älteste von uns – damals 60. Wir anderen waren zwischen 20 und 35 Jahre alt, völlig verschiedene Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Motiven. Das ganz andere Projekt war durch Menschen zustandegekommen, die die Arbeit unterstützen wollten: mit Spenden, zinslosen Darlehen und sonstiger Hilfe. Ich stieg also in einen fahrenden Zug ein. Es war alles so neu: die täglichen Frühstücke zu zehnt, zwölft: wie geht es uns miteinander, was hat jedeR erlebt, wo gibt es Konflikte? Sämtliche Tabus wurden in den Gesprächen über den Haufen geworfen, alles kam auf den Tisch. Jeder Ärger wurde offen ausgesprochen, jeder Beziehungsknatsch von allen mitgetragen. Nichts sollte unter den Teppich gekehrt werden. Daneben arbeiteten wir an Dreigliederungs- und auch anthroposophischen Texten: was haben sie uns zu sagen – in politischen, aber auch ganz alltäglichen, persönlichen Fragen? Der etablierten Anthroposophenszene standen wir kritisch gegenüber. Politisch biedert sie sich ja nach wie vor bei Staat und Wirtschaft an und läßt dabei die wirklich radikalen Forderungen der Dreigliederung zweckmäßigerweise unter den Tisch fallen.

In diesen ersten Jahren im Projekt habe ich viel von Peter und seinen Ideen aufgenommen. Er konnte Dinge formulieren, die ich als unbestimmtes Gefühl schon in mir hatte, durch ihn wurden sie konkret faßbar:

- Das Projekt besteht nicht darin, daß Menschen eine Idee erfüllen müssen, sondern es wächst aus dem, was die Beteiligten einbringen.
- Unsere Gedanken sind nur »3 mm Gehirnrinde«, das, was wir sind, liegt darunter.
- Wir entwickeln uns nicht allein, sondern aneinander.

Dir Wirklichkeit dieser Sätze kam im Laufe der nächsten Jahre zum Tragen, als wir uns immer mehr über Peters bestimmende Art auseinandersetzten. Er hatte es einerseits schwer, Kritik anzunehmen, wollte und bejahte aber doch die Auseinandersetzungen. Über Jahre gingen die Konflikte über Aktivität und Passivität / Macht und Ohnmacht – und sie sind mit wechselnden Beteiligten bis heute nicht abgeschlossen (Peter starb Weihnachten 1992). Sie sind wohl auch ein Zeichen dafür, wo überall wir es noch nicht schaffen, uns selbstbewußt und unter Beachtung der sozialen Gesetzmäßigkeiten der Dreigliederung miteinander zu organisieren. Das Zusammenleben und -arbeiten kann ein Lernprozeß dazu sein. Niemand bestimmt uns, all unsere Ordnung und unser Chaos kommen aus uns selbst. Wir selber unterdrücken oder lassen uns unterdrücken. Kein Grund, frustriert das Kollektiv zu verlassen! Es liegt doch an uns selber, ob wir es besser machen. Fühle ich mich unterdrückt – oder ist der Unterdrücker nur ein Auslöser meiner eigenen Minderwertigkeitsgefühle?

FREIER, ABER AUCH DISTANZIERTER

Die anfangs konzentrierte Arbeit an den geistigen Inhalten wurde den meisten im Laufe der Jahre zu eng und starr. Die Gruppe, mit der ich angefangen hatte, löste sich langsam auf, es kamen Neue. Anthroposophie und Soziale Dreigliederung wurden mehr zur Sache einzelner – viele Neue wollten sich nicht auf »Ideologien« einlassen. Heute ist es so gut wie unmöglich, gemeinsame Ziele zu formulieren. Die praktische Arbeit klappt gut, jedeR sucht oder gibt selber soviel Offenheit wie er/sie es braucht. Freier, aber auch distanzierter.

Haben wir unter uns die eigene geistige Offenheit und Freiheit, das ganz andere Denken und Fühlen des anderen zu akzeptieren? Mit Steiners Texten können viele nichts anfangen – dafür liegt plötzlich die »Esotera« auf dem Klo. Ja, es stimmt, daß die Ideen sich in 3 mm Gehirnrinde befinden und die Wirklichkeit darunter liegt. Unsere Verbindungen liegen viel tiefer als im Einverständnis mit Steiners Schriften. (Das sagt Steiner übrigens auch – karmische Beziehungen und Verwicklungen!).

Die politische Arbeit nach außen ist immer eine große Frage: Was ist das eigentlich? Wir haben die Zeitschrift »Jedermensch«: viel Papier oder wichtige Anregungen? Wenige machen sie, andere unterstützen sie, andere lehnen sie ab. Wir haben Rundgespräche, Arbeitskreise, Seminare: viel Gerede oder gute Verbindungen? Wirkt das, was wir tun? Das, was wir reden? Wieviel Raum und Geld lassen wir dieser Arbeit?

Wir haben ein tatsächliches Netzwerk – unverdatet, ohne Mailbox – mehr oder weniger tragfähig. Aber in immer wieder neuen Facetten, lebendig durch die Menschen, die sich im Laufe der Jahre hier im Umkreis des Projektes kennengelernt haben. Seit einem Jahr entsteht im Zusammenhang mit uns ein Begegnungsort in Sizilien.

In den letzten Tagen waren viele »Alte« zu Besuch: Wenn wir sechzig sind, gibt es vielleicht eine Altenkommune? Alles ist möglich, wir müssen nur drauf kommen und es tun! ●

Anzeige

eurotopia
Leben in Gemeinschaft

eurotopia berichtet über Visionen und Experimente für eine lebenswerte Zukunft.

eurotopia engagiert sich für die Entwicklung kooperativer Formen des Zusammenlebens

eurotopia erscheint viermal im Jahr, jeweils zu Beginn der Jahreszeiten.

eurotopia kostet im Jahresabonnement 48 DM
älteres Probeheft 5 DM , Einzelheft 10 DM + 3 DM

eurotopia veröffentlicht imNovember 1994:

den Projekteführer 1995 (akt. Auflage v. 94)
300 Adressen und Infos, 56 S., 15 DM.

das Doppelheft zu den Sommertreffen der Projekte, ca 100 S., 20 DM + 3 DM Versand

eurotopia, Hasenhof 8, D-71540 Murrhardt
Tel / Fax: 07192 - 3218

BLITZLICHT AUS WASSERBURG

Ganz aktuell und einige Zeit nachdem die nebenstehenden Projektvorstellung entstanden ist, erreichte uns die Dezember-Ausgabe von »jedermensch« (Nr. 589), – der Zeitschrift, die vom Modell Wasserburg herausgebracht wird – mit internen Neuigkeiten.

Schon lange habe ich nichts mehr über unser »Modell Wasserburg« geschrieben – mein eigenes Bild davon, was unser Projekt ist, was es will, ist im Laufe der letzten Jahre immer mehr in den Hintergrund getreten. Kann denn eine aus einer Gruppe von 8 bis 12 Menschen sagen, was diese Gruppe will? Das schien mir mehr und mehr unmöglich zu sein: wie über die Köpfe der anderen hinwegzureden. So kam nach Peter Schilinskis Tod, der ja unser Projekt gegründet hatte und maßgeblich die Arbeit an der Dreigliederung weitertrug, die Frage auf: was jetzt? Für mich war die Frage insofern schnell geklärt, als daß es mir selbstverständlich war, die Arbeit (Rundgespräche, Zeitung, Arbeitskreise) so gut ich es kann, weiterzuführen und auch einige andere dachten so. Für andere in unserer Gruppe, denen diese Idee bzw. die Form ihres Umsetzens nicht so nah war, wäre es richtiger gewesen, diese Aktivitäten mit Peter »sterben zu lassen« und zu sehen, was sich neues ergibt. Dieser Widerspruch im Projekt bestimmte die letzten zwei Jahre und führte zusammen mit anderen, mehr persönlichen Schwierigkeiten und der mangelnden Fähigkeit, sie anzugehen, zu sehr anstrengenden, kräftezehrenden Konflikten.

Es ist für mich immer wie ein Wunder, daß daneben die praktische Arbeit in Küche und Gaststätte im großen und ganzen unproblematisch – oft lustig und auch solidarisch verläuft. Hier, in den ganz »handfesten« Bereichen können wir uns wieder treffen, uns gegenseitig wahrnehmen und die Qualitäten der Einzelnen schätzen. Das führt manchmal zu dem Ausspruch: »Was soll das ganze Gequatsche? – Was ich von jemanden zu halten habe, wenn ich mit ihm zusammenarbeite.«

Um dem, was jede/r Einzelne bei uns will – was wir gemeinsam wollen, auf die Spur zu kommen, nahmen wir im letzten Jahr zweiwöchentlich eine »Supervisorin« in Anspruch. In diesem Kreis waren die meisten bereiter, von sich und ihren Angelegenheiten zu sprechen. Ein Ergebnis war, daß die eigenen Vorstellungen oft zu unklar waren und somit das gemeinsame immer auf einem unsicheren, schwammigen Boden stand, lief oder kippelte. Das führte uns nun zu der jetzigen Situation, daß wir als eine kleingeschrumpfte Gruppe übrigbleiben: Dieter Koschek, Norbert Lohbach, Gerhard Klein (seit einem halben Jahr im Projekt) und ich. Birgit Akkermann arbeitet schon seit einem Jahr nicht mehr mit, diese Tage zieht sie mit Adrian aus und eröffnet einen Laden für Naturkosmetik in Lindau: »Orgeluse«. Ursula Feustle und Uli Bramatc möchten sich ebenfalls in nächster Zeit eigene Orte suchen, um für sich selber zu finden, was sie wollen. Renate Brunschin und Nunzio Taranto möchten wahrscheinlich das ganze nächste Jahr in ihrem Projekt in Sizilien verbringen.

Für mich setzt dieses Ergebnis des letzten Jahres einen Punkt unter eine Form des Zusammenlebens und -arbeitens, der Selbstverwaltung, die wir in den letzten Jahren versucht haben. Ich hatte mein eigenes Interesse, wie ich in einer Gruppe leben und arbeiten will, zurückgestellt, mir war es wichtiger gewesen, zu erleben, was sich aus der Gemeinschaft ergibt. Ich hatte geglaubt, daß wir aus den entstehenden Problemen auf gemeinsame Lösungen kämen. Nun aber zeigt sich, daß die Unfähigkeit, Probleme zu lösen, so groß ist, daß eine Trennung leichter fällt. Wer da unfähig ist – die Dableibenden oder die Gehenden – sei dahingestellt. Jede/r scheint mir in eigener Weise enttäuscht zu sein.

Ich möchte darum die Konsequenz ziehen, eindeutig dazu zu stehen, wie ich selber hier leben und arbeiten will: ob wir vier dabei zu Gemeinsamkeiten kommen, oder ob sich weitere Trennungen ergeben, wird sich zeigen.

Ich möchte gemeinsam mit den hier weiter Verantwortlichen wieder verstärkt die Arbeit an zwischenmenschlichen, spirituellen und politischen Fragen aufnehmen – anhand von Anthroposophie und Sozialer Dreigliederung (wodurch aber anderes nicht ausgeschlossen sein soll). Ich hoffe, daß daraus Gemeinsamkeiten sichtbar werden können, die uns leichter mit kritischen Fragen umgehen lassen werden.

Neben diesen ganzen Schwierigkeiten gibt es hier so viele positive Möglichkeiten und Begegnungen, daß ich weiterhin gerne hier bin. ●

Tatjana Kerl

FREIWILLIGES ÖKOLOGISCHES JAHR

Chance oder Pfusch

Am 17. November 1993 wurde das »Gesetz zur Förderung eines freiwilligen ökologischen Jahres« im Bundesgesetzblatt verkündet. Nach einigen Modellversuchen in verschiedenen Bundesländern wurde mit dem FÖJ-Gesetz eine bundeseinheitliche Regelung geschaffen, um Jugendlichen in Anlehnung an das Freiwillige Soziale Jahr die Möglichkeit zu geben, ein Jahr in einer Umwelteinrichtung bezahlt mitzuarbeiten. Das FÖJ soll dabei nicht Arbeitskräfte ersetzen, sondern die Möglichkeit bieten, »Persönlichkeit sowie Umweltbewußtsein zu entwickeln und für Natur und Umwelt zu handeln« (FÖJ-Gesetz). Erfüllt das Freiwillige Ökologische Jahr diesen Anspruch? Wir haben uns umgesehen.

Von Peter von Rüden, Redaktion Jugendumwelt ● Von Peter von Rüden, Redaktion Jugendumwelt. Als eines der ersten Bundesländer führte Niedersachsen 1991 das FÖJ als Modellversuch ein. Hier war von Anfang an das Umweltministerium zuständig. Die Betreuung des FÖJ wurde zunächst der Landeszentrale für politische Bildung übertragen. Wert gelegt wurde auf eine gleichmäßige Berücksichtigung verschiedener Arbeitsbereiche im Umweltschutz. Auf ökologisch wirtschaftenden Bauernhöfen, in Stadtverwaltungen, in Umweltverbänden und in Jugendumweltbüros und Projektwerkstätten gibt es in Niedersachsen FÖJ-Stellen. So unterschiedlich wie die Einsatzstellen sind die Arbeitsbedingungen. Von Anfang an haben die Projektwerkstätten und das Jugendumweltnetzwerk darauf gedrängt, selbstverwaltete Projekte von Jugendlichen angemessen zu berücksichtigen. Gerade an solchen Einsatzstellen genießen FÖJ-lerInnen schließlich die meisten Freiheiten und können am ehesten ökologische und soziale Kompetenzen erlernen.

Ein Problem von Anfang an war die ungleiche Verteilung der Bewerbungen. Viele Jugendliche wollen nach der Schule erst mal »was praktisches« machen; vorwiegend politische Arbeit ist wenig gefragt. So genießen Stellen, die Landschaftspflege und Biotopschutz anbieten, immer die höchsten BewerberInnenzahlen. Gerade hier springen aber auch die Meisten wieder ab – oft sind FÖJ-lerInnen gerade auf solchen Stellen doch nur billige Arbeitskräfte. Frustration macht sich dann schnell breit. Ein Streitpunkt war in Niedersachsen von Anfang an die Beteiligung von Bio-Höfen, weil einerseits alternative Landwirtschaft ein »klassischer« Bereich ökologischen Engagements ist, sich andererseits die kommerzielle Nutzung der Stellen hier kaum leugnen läßt.

Große Probleme bereitet in Niedersachsen die Finanzierung des FÖJ. Mietkostenzuschüsse gab es im Gegensatz zu anderen Ländern hier nie, jetzt wurden auch die Fahrtkostenzuschüsse gestrichen. Das FÖJ wird so zum »Kinder reicher Eltern-Jahr« gemacht. Leben läßt sich hier vom FÖJ-Taschengeld nicht. Immer wieder drohen auch Planungen, das FÖJ nicht mehr voll zu finanzieren. Schon jetzt bekommt in Niedersachsen neue Stellen nur noch, wer sie selbst finanzieren kann. Selbstverwaltete Initiativen von Jugendlichen fallen so runter; wenn das Land kein Geld mehr zur Verfügung stellt, wird es FÖJ nur noch bei großen Verbänden, staatlichen und kommerziellen Stellen geben.

Ein großes Problem des Freiwilligen Ökologischen Jahres ist das ungleiche Geschlechterverhältnis. Vor allem Mädchen bewerben sich – es steht damit zu befürchten, daß das FÖJ benutzt werden könnte, um gute Stimmung für ein soziales Pflichtjahr für Frauen zu schaffen. Gerade das macht deutlich, wie wichtig es ist, das FÖJ deutlich von Hilfstätigkeiten à la Zivi abzuheben. Von Jugendumweltbüros und Projektwerkstätten wurde von Anfang an versucht, dem FÖJ eine Note von Eigenverantwortlichkeit und Mitbestimmung zu geben. so wurde 1992 darauf gedrängt, in Niedersachsen einen Beirat aus FÖJ-lerInnen und EinsatzstellenvertreterInnen zu schaffen, damit die Betroffenen in der FÖJ-Politik mitreden können. Der Beirat wurde zunächst in Eigenregie installiert und mittlerweile vom Land anerkannt. Vorbildliche Mitbestimmungsstrukturen hat das FÖJ in Schleswig-Holstein. Hier werden weite Teile von FÖJ-lerInnen und Stellen eigenständig geregelt; in Hessen dagegen haben FÖJlerInnen bis heute gar kein Mitspracherecht (s.u.).

Unterschiedlich von Land zu Land ist die Zuordnung in der Verwaltung. Manche Länder begreifen das FÖJ eher als Umweltprojekt, andere als Jugendprojekt. So liegt die bundesweite Koordination beim Bundesjugendministerium. Gerade in Ländern, wo das FÖJ beim Jugendministerium liegt, spielen natürlich auch die hierarchischen und verkrusteten Strukturen der etablierten Jugendarbeit oft mit ins FÖJ. So haben die großen Jugendverbände auch schon wieder eine Hand auf dem FÖJ. Kleine Projekte und Initiativen haben es dadurch um so schwerer.

Das Freiwillige Ökologische Jahr kann eine Chance für Jugendliche sein, aus den vorgezeichneten Wegen (Schule..Lehre/Studium...Beruf...) auszuscheren und eigene Ideen und Vorstellung zu verwirklichen. Es kann eine Möglichkeit bieten, zu lernen, gemeinsam in Gruppen zu arbeiten und andere Lebens- und Arbeitsformen kennenzulernen. Viele, die ein FÖJ gemacht haben, sind danach nicht wieder in den Strukturen der Gesellschaft versumpft. Damit das FÖJ freilich ein Baustein zu einer umweltgerechteren und menschlicheren Gesellschaft sein kann, gilt es vor allem solche Stellen zu unterstützen, die selbstverwaltet arbeiten und Freiheiten zum ausprobieren lassen – und gerade das sind oft die Stellen, die Rotstift und Bürokratie zuerst zum Opfer fallen. ●

BEISPIEL HESSEN: FÖJ, WIE ES NICHT SEIN SOLLTE

Nur Filz und Klüngel

Nach einem Modellversuch vor einigen Jahren startete am 1.4.1994 das FÖJ (freiwillige ökologische Jahr) auch in Hessen. Hier wurden die Chancen durch rot-grüne Vetternwirtschaft systematisch vertan, Jugendlichen eine Möglichkeit zu selbstbestimmtem Lernen und Arbeiten zu geben. Selbstverwaltete Umweltwerkstätten wurden systematisch ausgegrenzt. CONTRASTE dokumentiert – leicht gekürzt – den hessischen FÖJ-Krimi.

Der Start: Hessens »Modellprojekt« FÖJ

Jörg Bergstedt / Peter v. Rüden, Redaktion Jugendumwelt ● Vor der bundesweiten Regelung lief für einige Monate schon ein FÖJ mit 5 Stellen, darunter eine in der Projektwerkstatt im Kreis Gießen (damals »Alter Bahnhof Trais-Horloff«). Koordinator war das Naturschutzzentrum Hessen (NZH), eine halbstaatliche Einrichtung, die fest unter den Fittichen des Naturschutzministeriums auch von vielen Naturschutzverbänden mitgetragen wird. KritikerInnen werfen dem Naturschutzzentrum seit langem vor, daß es systematisch Verbände unter staatliche »Beaufsichtigung« bringt. Tatsächlich vereinigt das Naturschutzzentrum viele Aufgaben der Umweltarbeit auf sich. Gruppen oder Personen, die ihm kritisch gegenüberstehen, werden von Landesregierung und Naturschutzverbänden immer wieder ausgegrenzt. Mit dem Regierungswechsel zu Rot-Grün wurde das FÖJ abgesetzt. Das Naturschutzzentrum freilich konnte auch unter neuer Landesregierung seine Machtstellung behaupten.

Die Zwischenzeit

In einigen Briefen, Presseinformationen sowie Gesprächen im Landtag setzten sich die Umwelt- und Projektwerkstätten in Hessen für eine Wiederaufnahme des FÖJ ein. Die Landesregierung lehnte den Start des FÖJ vor einer bundeseinheitlichen Regelung ab.

1993 wurde das FÖJ-Gesetz bundesweit rechtskräftig. Im Ministerium für Naturschutz wurde dafür ein Mitarbeiter (Herr Niederelz) für zuständig erklärt. Am 10.2.93 besuchten die Umwelt- und Projektwerkstätten und die BUNDjugend das Naturschutzministerium. Anschließend übersandten die Werkstätten konzeptionelle Ideen und konkrete Angebote zur Mitarbeit. Trotz gegenteiliger Versprechen seitens Herr Niederelz wurde nur eine Liste der Stellen erstellt, bei der etliche der 8 Einrichtungen später aussagen, mit Nachdruck und teilweise gegen eigenen Willen zur FÖJ-Stelleneinrichtung überredet worden zu sein. Insgesamt fand sich keine Umweltschutzeinrichtung in der Liste. Die Trägerschaft fiel trotz der Pannen im Modellversuch erneut und ohne vorherige Diskussion dem Naturschutzzentrum zu.

Einstieg der Umwelt- und Projektwerkstätten

Anfang Januar erfuhren die Umwelt- und Projektwerkstätten über die Geheimplanungen, kritisierten und besuchten geschlossen am 18.1.1994 ein Vorbereitungstreffen, an dem alle Stellenträger anwesend waren. Dort wurden den Werkstätten dann Stellen zugestanden – offenbar vor allem, weil insgesamt nicht genug Stellen gefunden wurden, und weil damit die eingebrachte Kritik ein Stück aufgefangen werden sollte.

Auf Grund eines Briefs der Projektwerkstatt im Kreis Gießen, worin sie sich beklagten, daß alle Werkstätten von einer Umweltbildungstagung ausgegrenzt worden seien, beschlossen NZH und Ministerium, als »Bestrafung« der Projektwerkstatt in Saasen die FÖJ-Stellen zu streichen. Dabei formulierte Herr Niederelz, daß es dem Naturschutzzentrum nicht zuzumuten sei, FÖJ-Stellen in Einrichtungen mitzuverwalten, die ihm kritisch gegenüberstehen.

Anschließend kam es zu deutlichen Protesten der Umweltwerkstätten. Die Umweltwerkstatt in Bad Hersfeld (JUIS) schlug Herrn Niederelz ein Gespräch Ministerium – NZH – Werkstätten vor, welches dieser auch anberaumen wollte. Kurze Zeit später teilte er der JUIS auf Nachfrage mit, daß das Naturschutzzentrum ein Gespräch verweigere. Daraufhin stimmte Herr Niederelz zu, die beiden FÖJ-Stellen in Saasen wieder in die Liste aufzunehmen. Die Naturschutz-Verbände erwiesen sich während diesen Auseinandersetzungen als willfährige Mitstreiter auf Seiten der Regierung.

Nachdem Saasen wieder 2 Stellen hatte, meldete sich Dr. Helm vom Naturschutzzentrum – bereits bekannt als Gegner – bei Minister Jordan, protestierte dagegen und erwirkte einen Kontrollbesuch von Herrn Niederelz in Saasen.

Der Besuch des Herrn Niederelz

Am Montag, den 9.5., besuchte Herr Niederelz die Projektwerkstatt. Er kam gegen Mittag und blieb zwischen einer und zwei Stunden. Er ließ sich zunächst das Zimmer des FÖJ-lers zeigen und fragte sofort, was in dem Zimmer zusätzlich geplant sei. Die Antwort lautete wahrheitsgemäß: Nichts. Dann ging er durch alle anderen Räume, ohne Bedenken zu äußern. Schließlich ging er wieder, wünschte alles Gute usw. und versprach, bis Mitte der anschließenden Woche über die FÖJ-Stelle zu entscheiden. Einen Tag später (Dienstagmorgen) erhielt die Projektwerkstatt in Saasen einen Anruf von der FÖJ-Koordinationsstelle in Schleswig-Holstein und erfuhr, was insgesamt hinter den Aktivitäten von Herrn Niederelz steckte.

Weitere Telefonate, u.a. mit dem Reiskirchener Bürgermeister, vervollständigten das Bild. Danach war Herr Niederelz seit Wochen auf Informationsbeschaffung über die Projektwerkstatt: so forderte er den Baudezernenten des Landkreises Gießen, Wilfried Schmied, (CDU, harter Gegner der Projektwerkstatt) auf, mit baupolizeilichen Mitteln gegen die Projektwerkstatt vorzugehen. Das bedeutet, daß er nicht mehr in die Projektwerkstatt fuhr, um dort etwas zu überprüfen, sondern mit genauem Auftrag, Informationen zu sammeln. Die Entscheidung, die Baupolizei als politisches Mittel einzusetzen, war bereits vorher gefallen.

Eines der Ziele war es, das weitgehend von Schleswig-Holstein aus in Saasen geplante Bundes-FÖJ-Treffen zu verhindern. Hintergrund dafür dürfte vor allem die Befürchtung gewesen sein, daß »hessische Verhältnisse« beim FÖJ über die Landesgrenzen hinaus bekannt werden würden. Wahrscheinlich wäre die ganze Intrige nicht ans Licht gekommen, wenn der schleswig-holsteinische FÖJ-Koordinator nach dem Anruf von Herrn Niederelz nicht den Braten gerochen und in Saasen angerufen hätte. Daß schließlich die Bitte von Herrn Niederelz, gegen die Projektwerkstatt einzuschreiten, beim CDU-Beigeordneten des Kreises Gießen auf fruchtbaren Boden stossen würde, war zu erwarten. So betraten drei MitarbeiterInnen der Bauaufsicht das Grundstück und versiegelten – ohne vorherige Untersuchung – die für das Treffen vorgesehenen Räume. Das bundesweite FÖJ-Treffen fand trotzdem statt – in anderen Räumen der Projektwerkstatt.

Einsatzstellenbesprechung in Herbstein

Am Dienstag nach Pfingsten, kurzfristig eingeladen, fand eine Besprechung der Einsatzstellen statt. Dort brachten die Vertreter der Projektwerkstätten Bad Hersfeld, Darmstadt und Saasen deutliche Kritik am FÖJ an. Die anwesenden Vertreter des Ministeriums (Herr Niederelz) sowie des Naturschutzzentrums (Herr Lemb, Frau Ubl) verweigerten eine Diskussion und sagten, daß sie nach Hause fahren würden, wenn sie kritisiert würden. Schließlich provozierte die Tagungsleitung in der Mittagspause einen Streit, in deren Verlauf sie einen Projektwerkstattsvertreter aufforderten, das Gelände zu verlassen, was mit Polizei dann durchgesetzt wurde. Das Bild der anwesenden Einsatzstellen zeigte, wie sich die FÖJ-Politik in Hessen auswirkte: Außer den Werkstätten kein echtes Naturschutzprojekt. FÖJ-Stellen gibt es vor allem in staatlichen Einrichtungen (landwirtschaftliches Versuchsgut, Beamtenfortbildungsstätte usw.) sowie dort, wo FÖJ-lerInnen die inzwischen teureren Zivildienstleistenden ersetzen (Jugendherbergen, Feriendörfer usw.).

Aktion gegen weitere Werkstätten

Nach der gemeinschaftlich vorgetragenen Kritik wurden nun auch die Werkstätten in Bad Hersfeld und Darmstadt aus der Einsatzstellenliste gestrichen. Auch in deren beider Verfahren kam es zu Besuchen vor Ort sowie etlichen Vorgängen, die mit fairer Prüfung nichts zu tun hatten. BewerberInnen wurde direkt vom Ministerium empfohlen, nicht in die Werkstätten zu gehen usw. Das FÖJ in Hessen hat sich zu einer staatlichen Unterstützungsaktion für loyale Einsatzstellen, vor allem außerhalb des Umweltschutzes, entwickelt. Die Auswahl der Einsatzstellen sowie inzwischen auch das Spektrum an BewerberInnen auf diese Stellen, die mit wirklicher Umweltschutzarbeit nichts zu tun haben, bürgen dafür, daß es Kritik in Zukunft nicht mehr geben wird. Die Werkstätten haben gegen das Verhalten protestiert und eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den zuständigen Sachbearbeiter gerichtet. Diese wurde abgewiesen, unter anderem mit der Begründung, daß die Arbeit der Werkstätten nicht den staatsbürgerlichen Zielen förderlich ist (so sieht ein rot-grünes Land selbstverwaltete Jugendprojekte!!). Es ist nötig, daß dem Sumpf aus Anpassung und Anti-Naturschutz wieder eine lebendige Bewegung entgegentritt. ●

Anzeige

direkte aktion
anarcho-syndikalistische Zeitung

10.000
Ab 1995 - direkte aktion hebt ab!

Ab 1995 10.000 fach
★ anarchistisch ★ antiklerikal ★ aufklärerisch ★ syndikalistisch ★ antisexistisch ★ herrschaftslos ★ für Selbstverwaltung ★ gegen Hierarchien ★ antimilitaristisch ★ klassenkämpferisch ★ antistaatlich ★ international ★ basisdemokratisch ★ antifaschistisch ★ antinationalistisch ★

☐ Bitte schickt mir ein *kostenloses Probeheft*

☐ Klare Kiste, ich will ein *Abo* über ___ Ausgaben (6 Ausgaben/DM 15,–)

Name
Vorname
Strasse
PLZ, Ort

Con 2/95

direkte aktion
Bismarckstraße 41a · 47443 Moers
Abo-Telefon: (040) 880 1161 Q

PROJEKT UTOPIE – STREIFZÜGE DURCHS BEWUSSTSEIN DER JAHRTAUSENDE (Teil II)

Das Polizeifahrrad

Zum bereits gestarteten Projekt Utopie, einer Reihe von Zukunftswerkstätten, die von einigen Leuten im Münsteraner Umweltzentrum vorbereitet werden, war in der letzten Ausgabe von CONTRASTE der erste Teil der Streifzüge zu lesen. Unsere Redaktion Osnabrück – Mit-Initiator des Projekts – begleitet an dieser Stelle und in den nächsten Ausgabe die Veranstaltungsreihe, die möglicherweise einen Utopie-Kongreß als Abschluß hat.

Von Herrmann Cropp, Osnabrück ● Wir befinden uns in einem schmuddeligen Studentencafe in der Uni Münster. Für einen Kasten Bier hat uns der Hausmeister den Schlüssel überlassen. Jenseits normaler Arbeitszeiten und ungestört vom akademischen Betrieb haben wir die Infrastruktur der Denkfabrik für uns. Sie besteht aus folgendem: 5 beim Schieben schrecklich knirschende Seminartische, 2 ramponierte Sofas, 1 gemütlicher flacher Wohnzimmertisch, Kaffeemaschine, Kochplatte, diverse angeknackste Tassen und verbogene Löffel, eine Ganzfensterfront mit Sicht auf 5 Meter Garten, 2 im Zeitstil behängte Posterwände und wir mittendrin. An diesem Ort spornt uns weniger die Begeisterung als der Widerspruch an. Nur einer im weißen Hemd, das bin ich, einige tragen Trauer um das Ende einer Epoche, ansonsten regen sich neue Farben, zaghaft, pastell.

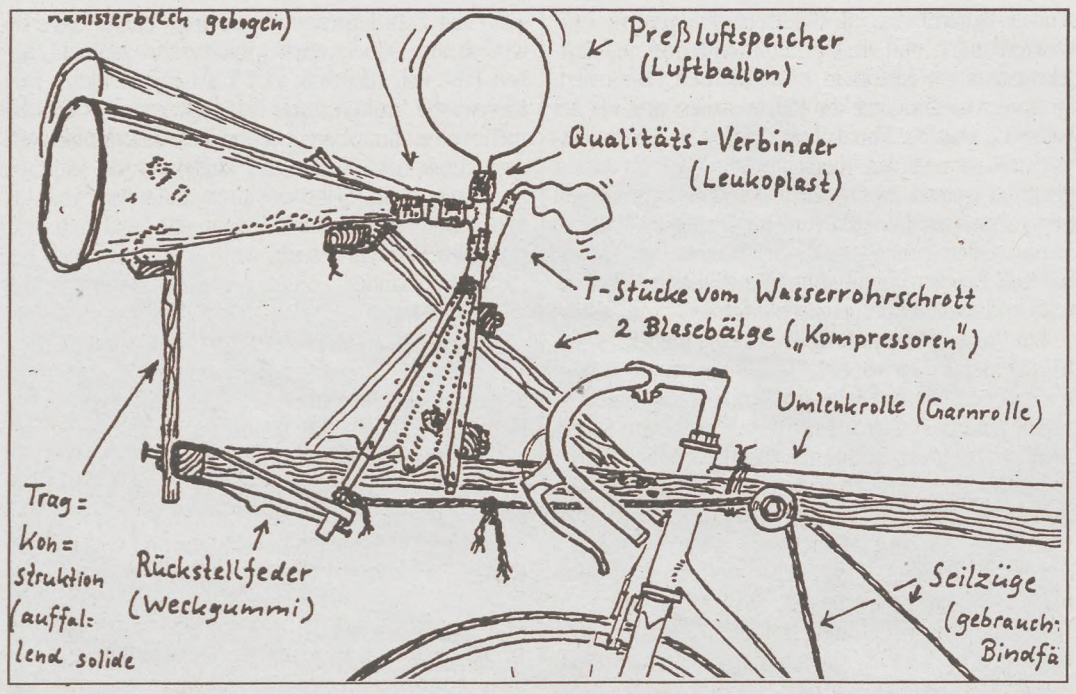
Zaghaft zuerst wagen wir uns an das neue Thema. Hätten wir es populistisch als Selbsterfahrungsworkshop für Fahrradfreaks mit dem Schrauber-Guru Christian Kuhtz angekündigt, wären allein aus Münster 100 begeisterte Nachbauer seiner Bastelanleitungen gekommen. Wir waren jedoch so gemein und wollten über Sinn und Zweck der Ökoschrauberei diskutieren und ob das nur eine grunchige Verliererszene angesichts der boomenden Ökoindustrie sei, oder ob die Klein-Klein-Ökotechnik mit ihrer reinen Lehre nur Fortschrittsbremserei und Leistungsverweigerung ist. Und ob nicht überhaupt die ganze Szenekritik an Wissenschaft und Forschung und Technik ziemlich ungetrübt von Sachkenntnis (beispielsweise sehr segensreicher Produkte der Bio- und Gentechnologie) wäre. Da sind wir schon mittendrin, und so haben wir auch vorbehaltlos die konservativen Leitideen der Ökobewegung, sowie die ritualisierte Wissenschaftlichkeit der Atomindustrie auseinandergenommen. Es war zwar mal von den weisen Frauen des Mittelalters die Rede, die ein ganz anderes Wissen als das heutige besessen haben sollen. Aber gegenüber der antiken Form des Geheimwissens gaben wir doch mehrheitlich der heutigen, egalitären Wissensvermassung und Wissensexplosion den Vorrang. Nach teilweise hitzigen Debatten konnte man den Eindruck bekommen, als hielten wir die ganze alternative Szene für fortschritts-, leistungs- und wissenschaftsfeindlich – was aber NICHT BEDEUTET, daß wir »Fortschrittler« denselben Fortschritt meinen, wie der von Wirtschaft und Staat als profitabel erachtete.

»Dazu möchte ich euch mal eine Geschichte erzählen«, meinte Christian, »die nicht nur das innovative Potential wahrer Ökotechniker unter Beweis stellt, sondern zugleich ein Paradebeispiel sozialer Verträglichkeit ist.« Ich, als Niederschreiber dieser Geschichte, möchte noch anmerken, daß die Holsteiner da oben einen eigenartigen Humor besitzen. Man kennt das von Brösel Werner, aber es scheint ein eigener Menschenschlag zu sein. Ihr phantasievoller ziviler Ungehorsam erinnert an Asterix. Im Gegensatz zu Werners breitem, etwas plattem Humor ist bei Christian mehr sprühender Witz. Eigentlich ist sein Polizeifahrrad (siehe Bildausschnitte auf dieser Seite) ein Happening, ein Kunstwerk. Ein Käufer hat sich noch nicht gefunden. In 100 Jahren vielleicht kommt es ins Kieler Museum für Kunstgeschichte. Bis dahin behelfen wir euch mit einem Kunstdruck nach des Künstlers Hand (für 2,- + 3,- Porto beim: Projekt Utopie, Anschrift s. unten)

VERLIERER-TYP ALS ERFINDER

Christian ist ein überzeugender »ich-bin-ein-Verlierer«-Typ (I'm a looser, Beatles), der sich für seine Konstruktionszeichnungen, Notizen und Briefe das neben Fotokopierern herumliegende, noch von der Rückseite benutzbare Abfallpapier recycelt. Wenn du mal ein Päckchen Bücher bei ihm bestellst, ist es garantiert mit irgendwelchen schrottigen Abfallbindfäden verschnürt – Christo ist ein Anfänger gegen diesen Verpackungskünstler. Er ist der berühmte Öko-Ingenieur und Erfinder der Lastenfahrräder, Tandems, Tretmobile und Liegefahrräder aus Wohlstandschrott, der Erfinder der Einfälle aus Abfällen wie Selbstbausteinöfen aus Abbruchziegeln und Waschmaschinenmotor-Windmühlen, der Autor dieser Reihe von Bastelbüchern.

»Wie ihr vielleicht gemerkt habt«, begann Christian, »sind die Demos auch nicht mehr das, was sie mal waren. Nachdem die autonome Bewegung die im Stalinismus erstarrte Neue Linke abgelöst hatte, galt das Motto: viel Feinde, viel Ehr! Je größer das Polizeiaufgebot, je mehr Molotowcocktails, Rauchbomben, Reizgas-Attak-



ken, umgeschmissene Wannen, Heftpflaster und Mullbinden, desto erfolgreicher war die Äktschen. So weit das Gesellschaftsspiel bis Ende der 80iger. Unbemerkt von der veröffentlichten Meinung und auch unbeachtet von den autonomen Superkräcks infiltrierten einfallsreiche und konsequente Ökos diese Szene. Der motorisierte Reisechaotismus (ohne Katalysator!!), das schleimhaut- und umweltschädliche Reizgas, die immensen Kosten von Polizeieinsätzen und der Gestank der demobegleitenden Überwachungsfahrzeuge brachte diese Ökos auf die Idee, bei einer Demonstration für den Umweltschutz auch von der Polizei einen ökologischen Einsatz zu verlangen.

In Kiel war also eine Demo angesagt für den Erhalt eines wunderschönen Biotops mit hunderttausenden Einwohnern der unbekannten mikroskopischen Art, aber auch mit den schon größeren Singvögeln, Eichhörnchen, Spitzmäusen und allerhand Krabbelgetier. Die Betonköpfe in den Behörden vertraten ein Planierungskonzept. An anderer Stelle, auf Sandboden, mit untergelegter Plastikplane, sollte ersatzweise ein Feuchtbiotop angelegt werden. Klar, dafür gehn wir auf die Straße! Dafür halten wir die Köpfe hin! Transparente mit »Rettet die Mistkäfer!« sollten den politischen Kurs angeben. Südafrika ist weit weg, hier geht's um unser Biotop. Der ökologische Umbau der Gesellschaft muß auf allen Ebenen vor sich gehen. Um dem Nachdruck zu verleihen, gibt's eine Demo in der City. Und diesmal kommen die Reisechaoten mit Fahrrad aus Hamburg angestrampelt. Man meint es ernst mit der Ökologie. Deshalb Flugblätter auf Altpapier, und der unvermeidliche Polizeischutz möge sich bitte nur auf mit Muskelkraft betriebenen Einsatzfahrzeugen bewegen. Statt Mannschaftswagen wurden die, bis zu 20 Personen fassenden Supertretmobile empfohlen, die es sogar in überdachter Ausführung gibt.

Bei der Anmeldung der Demonstration kam es zu hartnäckigen Verhandlungen mit der Polizeiführung, bis diese sich zu einer Stellungnahme bezüglich eines ökologischen Polizeieinsatzes gezwungen sah. Fahrräder gibt es bei der Polizei ja schon lange. Eine besondere Ausbildung, wie Führerschein, bräuchten die Polizisten zu diesem Zweck nicht zu absolvieren. Auch die höhere Bewegungsgeschwindigkeit von Autos gegenüber Fahrrädern erwies sich als nicht hinreichendes Argument, denn die Fußgängerdemos sind sehr langsam, und mit dem Fahrrad ist man immer schneller in der City. Zweier Vorzüge jedoch entbehrt ein Fahrrad gegenüber einem Einsatzwagen der Polizei, nämlich des Blaulichts und des Martinshorns. Ein schlagendes Argument, welches die Organisatoren der Ökodemo weit zurückwarf.«

BLAULICHT IM MARMELADENGLAS

Nicht so Christian Kuhtz, der uns schon morgen eine Perestroikamaschine (zur gesellschaftlichen Umgestaltung) erfinden würde, wenn dies mechanisch möglich wäre. Vorerst beschränkte er sich auf ein Polizeifahrrad mit Marmeladenglas-Blaulicht und Luftballon-Martinshorn. Übrigens hat er sich noch durch andere Erfindungen an Demonstrationsund Chaotisierungsbedarf hervorgetan, was sein Ansehen in interessierten Polizeikreisen erheblich befördert hat. Zu diesen revolutionären Erfindungen zählt ein mobiler Spuckilecker, der bequem am Fahrradlenker zu befestigen ist, ein Info- und Bücher-Lastenfahrrad mit ausklappbaren Seitenwänden und Sonnendach (bei Robin-Wood, Kiel in Gebrauch), eine Fahrraddynamo-Windmaschine, die bei typisch holsteinischem Wetter immer genug Strom liefert, um die Lichtorgel eines verspäteten herbstlichen Demonstrationszuges zu erleuchten usw. usw.

Beigefügte Bauzeichnung wird euch das Polizeifahrrad veranschaulichen. Zur Superelektrik des Blitzlichtes ist noch zu sagen: die genaue Schaltung hat er zwar vergessen, aber das Ziel dabei war, so veraltet wie möglich, Wirkungsgrad so schlecht wie möglich, aber dennoch gerade funktionierend zu sein. Das Prinzip war: Dynamos produzieren Wechselstrom. »Masse« der Dynamos muß nicht getrennt angeschlossen werden, daher Dynamos auf Holzlatte festschrauben. Ein Dynamo speist einen alten Lautsprechertrafo (aus einem Röhrenradio etc), erzeugt auf diese Weise hochtransformiert einige hundert Volt Wechselstrom. Der wird in einem Brückengleichrichter gleichgerichtet – selbstverständlich Röhren, zB. DY 86 oder EY 86 oder ähnliches aus altem Fernseher.

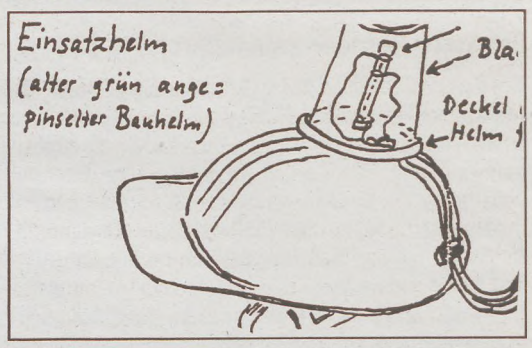
4 Röhren müssen geheizt werden: EY 86 braucht 6,3 Volt, bekommt sie vom Dynamo direkt, evtl. parallelgeschalteter Widerstand lastet den Dynamo aus, um die Spannung im zulässigen Bereich zu halten. – DY 86 braucht viel weniger als 6 Volt, Widerstand vorschalten! Effektvoll als Widerstände sind Glühbirnen, man soll ja sehen, wo der Strom verheizt wird. – Mit den paar hundert Volt gleichgerichtetem Wechselstrom werden dicke MP-Kondensatoren geladen (einige Mirko-Farad) aus alten Waschmaschinen, evtl. wahlweise mehrere parallel, dadurch wird die Blitzfolge variabel. – Noch'n Tip: wenn das Übersetzungsverhältnis des Trafos nicht reicht, baue mit Kondensatoren und Gleichrichterröhren eine Spannungsverdopplerkaskade statt des Brükkengleichrichters. Einweg-Gleichrichter reicht dann auch.

An die aufzuladenden Kondensatoren ist über einen Glimmstabilisator ein alter Zeilentrafo (aus Fernseher), oder eine Autozündspule angeschlossen. Der Glimmstabilisator läßt ab einer bestimmten Spannung plötzlich einen Strompuls durch den Zeilentrafo fließen. Dadurch gibt's einen Hochspannungsstrompuls, wie im Kuhzaun einige tausend Volt, mit dem sich ein herrlicher Blitz in der Blitzröhre auslösen läßt. Die Röhre ist in einem blau gefärbten Marmeladenglas auf einem Bauhelm montiert, den der zum Polizisten Verurteilte während der Fahrt zu tragen hat.

Die Funktion des voll mechanischen Martinshorns, »preßluftbetrieben« über Bindfadenzug von den Pedalen aus, ist aus der Zeichnung ersichtlich. Weiteres unentbehrliches Zubehör sind: 1 Brille, da visierloser Helm, besonders rasant eine alte Schweißerbrille; 1 Kazoo, um, wenn der Verlust des Polizeiautos gar zu sehr schmerzt, wenigstens dessen Geräusch täuschend echt zu imitieren; an unentbehrlichen Ersatzteilen stets mitzuführen: 1 Luftballon, 1 Rolle Leukoplast, etwas Blumenbindedraht und etwas Bindfaden.

Soweit das Polizeifahrrad. Vielleicht ist das aber auch alles gar nicht so spaßig. Vielleicht ist der »Werner«-Lebensstil für die Zukunft viel besser als der Konsumverzichtgrunge. Nur: mein Fall wäre das nicht. ●

Bleibt hier noch, die Einladung zu geistiger Bewegung, Denkprozeß, Weg als Ziel und Diskussion im Zusammenhang mit dem Projekt Utopie auszusprechen. Programmheft gegen drei Mark beim UWZ, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster.



KURZMELDUNGEN

Versiko-Umweltförderpreis

Grüner als der Grüne Punkt

Mit einem Festakt wurde in Düsseldorf erstmals der auf zehntausend Mark dotierte versiko-Umweltförderpreis verleihen, den der gleichnamige Öko-Versicherungsmakler im Juli ausgeschrieben hatte.

Unter den 163 Erfindungen, Projekten und Aktionen, die ihre Unterlagen zur Bewerbung eingesandt hatten (das Spektrum reichte von der »Ein-Frau-Unternehmung« bis zu VW in Wolfsburg) hatte die vierköpfige Jury (Marion Amelung, Vorstandsmitglied der Ökobank, Harry Assenmacher, Geschäftsführer des BUND Bonn, Bernhard Kühnle, Geschäftsführer der Verbraucherinitiative Bonn und Sabine Nanning vom Weizäcker-Umweltinstitut in Wuppertal) keine leichte Entscheidung.

Die Wahl fiel schließlich auf zwei Projekte, die der Förderpreis nun mit je fünftausend Mark ausgezeichnet hat: Ein kommunales Abfallkonzept, das von der BUND-Kreisgruppe Stade ausgearbeitet und bereits realisiert wurde und ein Öko-Lehrpfad für Kinder in Thüringen.

Das »Abfallkonzept 2000« setzt im Gegensatz zum Dualen System auf die dezentrale, kommunale Organisation und will bei gleicher Leistung um ein Drittel billiger sein als der Grüne Punkt. Zugleich wollen die Stader UmweltschützerInnen durch eine entsprechende Gebührenstruktur die Abfallvermeidung und die Müllkompostierung stärker in den Mittelpunkt stellen als dies beim DSD der Fall ist: wer viel Müll abzugeben hat, wird entsprechend stärker zur Kasse gebeten. Dadurch sollen die EndverbraucherInnen mehr als bisher dazu veranlaßt werden, überflüssige und teuer zu entsorgende Verpackungen gleich beim Handel zurückzulassen, dieser wird wiederum dafür sorgen, daß der Verpackungsaufwand bereits beim Hersteller reduziert wird usw. Und obwohl das »Abfallkonzept 2000« schwerpunktmäßig auf die Verantwortung der Gemeinden, ihrer BürgerInnen und Gewerbetreibenden abgestellt ist und bisher nur in Stade beispielhaft zur Realisierung kommt, soll es, so seine ErfinderInnen, ohne weiteres auf andere Kommunen umsetzbar sein. Ebenfalls mit fünftausend Mark fördert der versiko Umweltpreis einen ökologischen Lehrpfad, den die Kindergruppe Thüringer Wald eingerichtet hat und zu dem bundesweit Kindergruppen zum Kennenlernen anreisen.

Doch das Spektrum der Projekte, die sich für den neueingerichteten Förderpreis beworben hatten, ist damit längst nicht ausgeschöpft. Alfred Platow, Geschäftsführer der versiko: »Allein die vielen Erfindungen, die uns zugesandt wurden, würden für eine interessante, manchmal auch kuriose Ausstellung reichen; manches davon hat uns auch für die Praxis unseres Bürobetriebes neue Anregungen gegeben.« So wollen die Düsseldorfer Versicherungsexperten künftig neuentwickelte, rohstoffsparende Briefumschläge verwenden, sobald diese in die Serienproduktion gegangen sind.

In 1996 soll der versiko Umweltförderpreis erneut ausgeschrieben werden. ●

dp

STELLUNGNAHME:

Mehr Arbeitslose – durch Streichung von Feiertagen

Bei der Diskussion um die Streichung eines Feiertages – sei es der Buß- und Bettag oder der Pfingstmontag – werden wesentliche Auswirkungen überhaupt nicht angesprochen. Es geht nicht »nur« um einen Feiertag, sondern die Streichung eines Feiertages bedeutet einen nochmaligen erheblichen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Damit einher gehen beträchtliche Einkommensverluste für viele Verbraucher/innen. Für viele wird das den Schritt vom »Gerade-noch-so mit dem Geld auskommen« in die Armut bedeuten.

Es ist eine einfache Rechnung: Nach Streichung des Feiertages muß jede/r Beschäftigte einen Tag mehr im Jahr arbeiten, das entspricht ungefähr 0,45 Prozent Mehrarbeit. das hört sich zunächst nicht nach viel an. Aber es bedeutet, daß die Arbeit eines gleich großen Prozentsatzes der zur Zeit noch Beschäftigten durch diese Mehrarbeit ersetzt wird.

Konkret: Von derzeit ca. 40 Millionen Beschäftigten werden durch die Streichung eines Feiertages um die 200.000 arbeitslos werden; deren bisherige Arbeit wird dann von den noch verbleibenden Beschäftigten am den ehemals arbeitsfreien Feiertag »mitgemacht« werden. Hunderttausende werden auf diese Weise Wohlstand, Glück, Zufriedenheit, Teilhabe am Arbeitsleben und nicht zuletzt Konsum- und Lebenschancen vorenthalten bzw. entzogen.

Angesichts der schon bestehenden gigantischen Arbeitslosigkeit ist die Streichung eines Feiertages – mit der Folge noch steigender Arbeitslosigkeit – ein Schritt in die völlig falsche Richtung.

Wenn erst einmal ein Feiertag beseitigt ist, wird die Forderung nach Streichung des nächsten Feiertages, oder von Urlaubstagen (bzw. aktuell die Senkung der Lohnnebenkosten, Anm. d. Red.), bestimmt nicht lange auf sich warten lassen. Die Auswirkungen aber – mehr Arbeitslose – sind in jedem falle die gleichen, egal ob ein Feier- oder ein Urlaubstag gestrichen wird.

Es wird Zeit, daß nicht nur die Kirchen sich besinnen, nachdrücklich gegen die Streichung eines Feiertages zu protestieren. Es wird Zeit, daß Verbraucherorganisationen, Gwerkschaften und Betriebsräte, Arbeitsloseninitiativen, sozial engagierte Menschen gegen die Streichung protestieren. ●

Roswitha Müller, Consumentenbund e.V., Köln

ÜBERBLICK:

Vergleich ökologischer Lebensversicherungen

Lebensversicherungen oder Kapitalgeschäfte, die beanspruchen, in einen ökologischen Markt Gelder zu investieren, nehmen fast täglich zu. Auch BranchenkennerInnen sind sich häufig nicht über ihre Bewertungskritereien einig. Gleichwohl brauchen wir sie zur fachlichen Bewertung. Auch unser Autor ist ein solcher Branchenkenner. Seine Kenntnisse setzt er derzeit ein in der Geschäftsstelle des Verbundes der Fairsicherungsläden e.G. in Bremen. Ökolife wurde dort entwickelt.

Redaktion Handwerk, Andreas Senst ● Zur Zeit gibt es sechs unterschiedliche Möglichkeiten als VersicherungsnehmerIn Geld ökologisch ganz oder teilweise und damit sinnvoll in Form einer Versicherung anzulegen. Dabei sollten drei unterschiedliche Arten der Lebensversicherung unterschieden werden.

1. Die ökologische Kapitallebensversicherung
2. Die ökologische Fondspolice
3. Die ökologische Rentenversicherung

Bei allen drei Formen werden die Gelder der VersicherungsnehmerInnen in unterschiedlicher Art und Weise angelegt. Darüberhinaus gibt es bei den drei Formen Unterschiede in steuerlicher und in tariflicher Hinsicht. Grundsätzlich gilt, daß die Beiträge bei Kapitallebensversicherungen und bei Rentenversicherungen im Zuge der Vorsorgeaufwendungen steuerlich geltend gemacht werden können. Bei den Fondspolicen ist dies nicht der Fall. Die Beiträge können nicht steuerlich berücksichtigt werden. Weiterhin gibt es bei den Versicherungen gezillmerte und ungezillmerte Tarife.

DAS »ZILLMERN«

Im Jahre 1863 hat der Mathematiker namens Zillmer die Theorie der Prämienreserve entwickelt. Danach werden die ersten Jahresprämien ganz oder teilweise zur Deckung der Erwerbskosten verwendet. Zu diesen Erwerbskosten gehören bei den gezillmerten Tarifen auch die Provisionen der VermittlerInnen. Das bedeutet, daß in den ersten zwei Jahren einer Lebensversicherung je nach Tarifart und Laufzeit gar kein Kapital angelegt werden kann, da die Erwerbskosten erstmal getilgt werden müssen. Bei den ungezillmerten Tarifen werden diese Kosten auf die gesamte Laufzeit des jeweiligen Versicherungsvertrages verteilt, so daß schon nach der ersten Beitragszahlung ein positives Deckungskonto entsteht.

KAPITALLEBENSVERSICHERUNGEN

ökolife ist die zur Zeit einzige ökologische Kapitallebensversicherung in Deutschland. Bei ökolife werden die eingezahlten Beiträge nach dem Versicherungsaufsichtsgesetz in Wertpapieren, Namenspapieren und Schuldscheindarlehen angelegt. Das heißt, daß die Risikoverteilung hinsichtlich der Gewinngarantie beim Versicherungsunternehmen liegt; ökolife bietet eine Verzinsung von zur Zeit 3,5 % garantiert, wie sie bei allen andern Kapitallebensversicherungen auch vorgegeben ist. Darüber hinaus partizipieren VersicherungsnehmerInnen an den Überschußanteilen.

Bis hierhin handelt es sich um eine ganz normale Lebensversicherung. Das Novum ist, daß ein Beirat hinsichtlich der Auswahl der ökologischen Wertpapiere Anlagerichtlinien herausgegeben hat. Nach diesen Richtlinien werden die entsprechenden Wertpapiere beurteilt. Der Anlageausschuß garantiert den VersicherungsnehmerInnen, daß die Gelder nur in Wertpapiere investiert werden, die den Anlagerichtlinien gerecht werden. Dabei handelt es sich um sogenannte Positiv- und Negativkriterien. Anhand dieser Kriterien, die übrigens InteressentInnen für ökolife zugesandt werden, finden die entsprechenden Beurteilungen der Papiere statt. Weiterhin handelt es sich hier um einen ungezillmerten Tarif. Das bedeutet, daß die Beiträge der VersicherungsnehmerInnen schon nach der ersten Beitragszahlung auf ihrem Versicherungskonto gutgeschrieben werden. Die Provisionen werden auf die gesamte Laufzeit des jeweiligen Vertrages verteilt.

So kommt es auch zu höheren Rückkaufswerten als bei gezillmerten Tarifen. Am Ende eines jeden Jahres besteht die Möglichkeit, sich einen Rechenschaftsbericht von ökolife zusenden zu lassen, um persönlich überprüfen zu können, ob die Anlagerichtlinien im ökologischen Bereich eingehalten worden sind.

FONDSPOLICEN

Bei den ökologischen Fondspolicen gibt es zur Zeit drei Anbieter in Deutschland. Die Öko-Fonds Police der Continentale, die fondsgebundene Lebensversicherung der Skandia und versilife der versiko GmbH.

Grundsätzliches zur Fondspolice:
Die fondsgebundene Lebensversicherung bietet im Gegensatz zu der Kapitallebensversicherung die Chance des höheren Wertzuwachses aber auch das Risiko des Wertverlustes. Die AnlegerInnen haben bei der Fondspolice ansatzweise die Möglichkeit zu bestimmen, was mit ihrem Geld passiert. Sie können entscheiden, in welchen Fonds die eingezahlten Beiträge fließen. Das heißt die VersicherungsnehmerInnen können aus der angebotenen Palette der Fonds auswählen, in welchen Fonds die Beiträge fließen sollen.

Das Risiko tragen die Versicherten allein. Das bedeutet, daß nach Ablauf der Versicherung der jeweilige Kurs der entsprechenden Fondsanteile für die Rendite entscheidend ist und nicht eine entsprechende Sparleistung. Sind die Fondsanteile z.B. nur in einem Aktienfonds, so kann ein Börsencrash am Ende der Laufzeit die geplante Altersvorsorge zunichte machen. Von daher sollte eine Fondspolice mehrere Aktienfonds, einen oder zwei Rentenfonds und einen Immobilienfonds oder einen Geldmarktfonds im Angebot haben, um somit Gewinne aus den Aktienfonds risikolos realisieren zu können. Das bedeutet, eine Fondspolice eignet sich nur als zusätzliche Leistung zu einer normalen Lebensversicherung, wenn die Altersvorsorge geregelt ist, bzw. wenn die obengenannten Voraussetzungen gegeben sind. Bei der Öko-Fonds-Police der Continentale können die VersicherungsnehmerInnen in den Ökolgischen Fonds der Bank Sarasin Oekosar investieren. Weiterhin können die AnlegerInnen ihr Geld auch in andere Fonds der Continentale anlegen, die aber nicht mehr ökologisch ausgerichtet sind.

Die Skandia Fonds Police bietet die größte und umfangreichste Fondspalette (zur Zeit ca. 30 verschiedene Fonds) an. Die VersicherungsnehmerInnen können hier ihre Beiträge in den Umwelttechnologiefonds Focus (s. Einteilung Fonds) investieren.

Versilife bietet den VersicherungsnehmerInnen die Möglichkeit, über die Continentale in drei verschiedene ökologische Fonds die Beiträge fließen zu lassen.

1. der Oekosar,
2. H.C.M. Eco Tech
3. H.C.M. Umweltfonds.

Diese drei Fonds sind sogenannte gemischte Fonds. Das heißt: in den Portefeuilles der Fonds befinden sich sowohl Aktien als auch Rentenwerte.

SONSTIGE VERSICHERUNGEN

Die versirent ist eine normale Rentenversicherung mit gezillmertem Tarif der Continentale. Diese wird von versiko Düsseldorf vertrieben. Von den eingenommenen Beiträgen fließen ca. 10 % in den Fonds Oekosar.

Vitarent ist eine Kapitallebensversicherung, vertrieben durch die Versicherungsmakler securvita. Die eingenommen Beiträge werden indirekt über die GLS-Bank für ökologisch-ethische Projekte eingesetzt. Das setzt aber voraus, daß über die GLS-Bank auch genügend Projekte im ökologischen Bereich angeboten werden.

EINTEILUNG DER FONDS UND BEURTEILUNGEN

Grundsätzlich gibt es für die AnlegerInnen bei den Fonds auch die Möglichkeit der Direktanlage. Dies auch schon in Kleinstbeträgen, teilweise auf der Basis des 936,– DM Gesetzes. (z.B.im Helvetia Aktienfonds FT) oder auch in 200,– DM Schritten pro Monat, siehe Fleming. Bei der Rendite der Fonds sollte der Anleger darauf achten, daß die angebenen Wertzuwächse nicht gleichzusetzen sind mit der Renditeentwicklung. So hat z.B der H.C.M. Eco Tech seit Auflegung eine Wertentwicklung von 44,88 % gemacht – umgerechnet als Rendite bedeutet dies ca. 8,4 % pro Jahr vor Steuern unter der Voraussetzung, daß die Wiederanlage der Erträge unter gleichbleibenden Bedingungen erfolgt.

H.C.M. ECO TECH

Hauptziel des H.C.M ist die Erwirtschaftung eines attraktiven Wertzuwachses mittels weltweiter Anlagen in Aktien von Unternehmen, die umweltfreundliche Produkte oder Technologien herstellen oder dazu beitragen, eine saubere und gesündere Umwelt zu schaffen. Dabei wird in Unternehmen investiert, die in den Bereichen Luftverunreinigungskontrolle, geothermische Energie, Recycling, Wasserklärung etc. engagiert sind.

Bewertung:
Es werden relativ ungenaue Angaben über die Anlagepolitik gemacht. Betrachtet man sich das Portefeuille, so sind hier auch Firmen vertreten wie Buderus oder Henkel, die mit Sicherheit strengen ökologischen Kriterien nicht standhalten. Dieser Fonds wird aufgrund seiner Performancestruktur auch nur zu den Umwelttechnologie-Fonds gezählt.

H.C.M. UMWELTFONDS

Hauptziel ist die Erwirtschaftung einer attraktiven Wertsteigerung. Dies soll erreicht werden durch die Anlage in ethisch-ökologisch orientierten Unternehmen. Der Anlageschwerpunkt liegt bei Unternehmen, die sozialverantwortlich wirtschaften und durch Schonung der Umwelt zu einer Verbesserung der Lebensqualität beitragen.

Bewertung:
In den offiziellen Anlagerichtlinien gibt es keine Negativ- bzw. Positivkriterien, was eigentlich eine Voraussetzung bei ethisch orientierten Fonds ist. In der Performance befinden sich zwar weitaus weniger Aktienwerte wie beim H.C.M. Eco T, jedoch sind hier auch wieder Werte vertreten wie z.B. einige Chemie-Werte. Zudem werden keine Richtlinien bekanntgegeben, wie die einzelnen Unternehmen bewertet werden und auf welche Art und Weise die Bewertung vorgenommen wird.

FOCUS

Dieser Fonds wird von der EuroInvest Gesellschaft gemanagt. Allein die Bezeichnung Umweltechnologie-Fonds zeigt, daß dieser Fond auch in Werten investiert, die nicht immer den ökologischen Grundsätzen gerecht werden. Im Verkaufsprospekt wird die Anlagementalität des Managements genau definiert. So garantiert Focus, das die Zusammensetzung des Fonds mit mindestens 51% Aktien belegt ist, von Firmen die ihren Umsatz zu mindestens 51% im Umweltbereich machen. Weiterhin werden die einzelnen Unternehmen, in denen investiert wurde, kurz aufgelistet und auf ihre Umweltverträglickeit überprüft.

Bewertung:
Focus bietet zwar nicht viel, dies aber in einer ehrlichen Art und Weise. Hier wird sich nicht mit dem grünen Deckmäntelchen geschmückt. Die AnlegerInnen wissen ziemlich genau, welche Werte sich im Portefeuille befinden. Lobenswert die Kurzbeschreibung der einzelnen Unternehmen. Dies sollte eigentlich bei allen ökologischen Fonds Standard sein.

OEKOSAR

Dieser Fonds ist von der schweizerischen Bank Sarasin & Cie. aufgelegt worden. Er investiert in Unternehmungen, die umweltgerechtes Wirtschaften und verantwortungsbewußtes Handeln zu einem wesentlichen Bestandteil ihres Handelns gemacht haben. Dabei wählt das Management sogenannte Umwelt-Leader aus allen Umweltbranchen aus. Die jeweiligen Firmen werden einer Finanzanalyse unterzogen, gleichzeitig wird ein Öko-Rating gemacht.

Bewertung:
Hinter dem Öko-Rating steht die Firma Ellipson, die auch mitverantwortlich für das Konzept zeichnet. Das Management hebt sich durch diese Vorgehensweise des Öko-Rating von den anderen Fondsgesellschaften ab. Dieses Rating wird in den Verkaufsprospekten nochmals besonders hervorgehoben. Bisher der einzige Fonds, der diese Vorgehensweise publik macht. Er wird in der Literatur als reiner Umweltfonds eingestuft. Aber auch hier finden sich einige Werte, die unter ökologischen Gesichtspunkten schwer zu vereinbaren sind. ●

VSF

Erster Einwanderer im Bundestag erhält ein Fahrrad vom Verbund der selbstverwalteten Fahrradläden (VSF)

Großer Bahnhof für Cem Özdemir

Als 1964 der einmillionste »Gastarbeiter« in Deutschland eintraf, wurde ihm ein »großer Bahnhof« bereitet und zur Begrüßung ein Blumenstrauß und ein Moped überreicht.

Nicht ohne Hintersinn wurde zur Eröffnung des 13. Bundestages am 10. November 1994 in Berlin an dieses Ereignis vor 30 Jahren angeknüpft. Erstmals zog mit Cem Özdemir ein »Gastarbeiterkind« als Abgeordneter in den Bundestag ein. Den gewandelten Zeitumständen sollte der »Große Bahnhof« Rechnung tragen. Als Symbol umweltfreundlicher Mobilität erhielt der Jungpalamentarier bei seiner Ankunft am Bahnhof Zoo in Berlin ein Fahrrad vom VSF. ●

dp

LOKALE ÖKONOMIE

Initiativen für Arbeit und Ökologie im Gespräch

Lokale Ökonomie und nachhaltige Entwicklung

Die wachstumsorientierte, weltwirtschaftlich ausgerichtete Wirtschaftspolitik führt zunehmend in Sackgassen. Der ungehemmte Verbrauch begrenzter natürlicher Ressourcen bedroht die Grundlagen allen Lebens auf der Erde, weltweit verlieren zunehmend mehr Menschen durch Arbeitslosigkeit ihre Lebensperspektiven, während einer kleinerer Teil immer mehr arbeitet.

Dieses Seminar will gemeinsam mit Betrieben, Initiativen und politischen Akteuren die Bedeutung lokalökonomischer Strukturen für eine nachhaltige Wirtschaft in modernen Industriegesellschaften untersuchen. Die ökologische Bedeutung der Lokalökonomie im Sinne einer nachhaltigen Wirtschaft liegt in der Vermeidung langer Transportwege zwischen ProduzentInnen, Handel und KonsumentInnen. Ökologische Produktion und Dienstleistungen sparen Rohstoffe, Energie und Schadstoffemissionen.

Die ökonomische Bedeutung einer lokal und regional eigenständigen Entwicklung kann neben der Förderung kleiner, ökologisch orientierter Betriebe auch in Elementen der direkten, partizipativen Beteiligung von KonsumentInnen an der Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen liegen. Beschäftigungsgesellschaften können neue Arbeitsplatzangebote für am regulären Arbeitsmarkt beteiligte Personen schaffen.

Termin: Samstag, 18.2.95 10 bis 18 Uhr
Ort: Zeche Carl, Essen
Ganztägig stellen ökologisch orientierte Kleinbetriebe mit Informationsständen ihre Produkte und Dienstleistungen sowie ihre Initiativen für lokale Ökonomie vor.

Eine Kooperationsveranstaltung der »Ökologiestiftung« mit dem »BUND NRW« und dem »netz NRW«
Anmeldung: bis 3.2.95 bei
Ökologiestiftung NRW
Huckarderstr. 12
44147 Dortmund
☎ (02 31) 721 40 84-82-83
Fax 721 40 85

Anzeige

FÜR DENKENDE ANLEGER

ÖKO-INVEST erscheint alle 2 Wochen mit aktuellen Informationen für Ihre Geldanlage. Jede Ausgabe bringt Ihnen Aktien–Analysen, Charts, Depotempfehlungen, Buchtips, Terminhinweise und umweltbezogene Schwerpunkte. Damit Sie wissen, welche Unternehmen sauber sind und es auch bleiben.

ÖKO INVEST

INVESTMENT MIT VERANTWORTUNG & ERFOLG.

Um Ihr kostenloses Probeexemplar ÖKO-INVEST zu erhalten, schicken Sie uns einfach eine Postkarte oder ein Fax mit Ihrem Namen und Ihrer Adresse.

ÖKO-INVEST Verlags-GmbH
Schweizertalstr. 8-10/5
A-1130 Wien
Tel. 0043/1/535 18 15
Fax 0043/1/535 4 69

DIE NEUE RECHTE

Kippt die Republik? – Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien

Der Autor dieses Buches ist Professor an der Universität der Bundeswehr Hamburg. Ein solches Thema aus einer solchen Ecke: interessant. Wie schätzt einer, dem nun sicherlich keine Überbewertung der Gefahren von Rechts unterstellt werden kann, die gegenwärtige Entwicklung ein?

Gessenharter beschreibt die Neue Rechte als deutlich erkennbares Netzwerk verschiedener Gruppierungen und Einzelpersonen, und analysiert ihre Bestrebungen nach Erringung der kulturellen Hegemonie, also den Kampf um die Köpfe der Menschen als Vorstufe einer möglichen Machtübernahme. Ihre Kampfbegriffe und Programmatik: »Tabus brechen« und »Nonkonformismus«, z.B. hinsichtlich der angeblichen »Umerziehung« der Deutschen nach dem 2. Weltkrieg und des daraus resultierenden »Nationalmasochismus«. Plädoyer für eine völkisch definierte »Nation« als starken Staat, mit äußeren Feinden und Ausschaltung innerer Interessengegensätze, demgegenüber die Menschenrechte Einzelner nachrangig sind; diese mystifizierte Gemeinschaft wird als Alternative zur Vereinzelung der Menschen in der Moderne angeboten. Und nicht zuletzt »Ethnopluralismus« als sich liberal und weltoffen gebender verkappter Rassismus.

Am Beispiel »FAZ« und »Welt« macht er deutlich, wie weit im Laufe der letzten Jahre neurechtes Gedankengut selbst in bürgerliche Medien eingedrungen ist. Auch renommierte Buchverlage sind in die gedankliche Unterwanderung der Republik eingebunden, so z.B. der drittgrößte deutsche Buchkonzern »Fleissnersche Verlagsgruppe F. A. Herbig«, zu der u.a. Ullstein Verlag und Verlag Langen Müller gehören. Indem VertreterInnen der Neuen Rechten in bürgerlichen Medien in unverdächtiger Nachbarschaft auftauchen, werden – so die These des Autors – Scharniere zwischen einerseits rechtsextremistischen und neonazistischen und andererseits konservativen Positionen geschaffen.

Gleichzeitig sind die Rechtsaußen-Parteien – allen voran die »Republikaner« – die politischen Vertreter einer Umsetzung der Ideologie der Neuen Rechten. Gessenharter stellt in diesem Zusammenhang große Versäumnisse des Verfassungsschutzes hinsichtlich der Informationsgewinnung über neurechte Ideologisierungsversuche fest. Dabei plädiert er nicht für verschärfte strafrechtliche Maßnahmen, sondern für – auf Grundlage genauer Informationen zu führende – »möglichst repressionslose Diskurse in der politischen Meinungsbildung...«.

Die Änderung des Asylrechts und die begleitenden Diskussionen sind für ihn Ausdruck des Rechtsrucks, vielleicht erstes Anzeichen dafür, daß die Republik kippen könnte, also neurechte Ideen politische Realität werden. Denn »... man (vernimmt) inzwischen schon wieder deutlich die Forderung nach endgültiger Abschaffung des Individualanspruchs auf Asyl.«

Dem entgegen setzt er Erfahrungen aus einem Forschungsprojekt zum »Zusammenleben mit Ausländern in Buxtehude«, in dem der Dialog in einer von ihm propagierten »offenen Bürgergesellschaft« geprobt wurde. Als Ergebnis vieler Gespräche entstanden eine Reihe von Lösungsvorschlägen aus der Bevölkerung zur konkreten Verbesserung des Zusammenlebens.

Die Fakten in diesem Buch sind überwiegend nicht neu, wohl aber die Genauigkeit, mit der die Inhalte der Neuen Rechten untersucht und als Absage an liberales, humanistisches Gedankengut dargestellt werden, welches die Grundlage der FDGO bildet. Als deren Verteidiger sieht sich der Autor.

Dieses Buch sollte vor allem denen empfohlen werden, die immer noch meinen, die Themen »Ökofaschismus« und »Neue Rechte« seien eine paranoide Spezialität irgendwelcher Antifas, die sich dem »Neuen Denken« der Postmoderne und des »New Age« böswillig verweigern. ●

Elisabeth Voß

Wolfgang Gessenharter: Kippt die Republik? – Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien, Knaur Verlag, München 1994, 12,90 DM

BIOGRAPHIE

Leben und Tode eines spanischen Anarchisten

Was tun – nach dem Ende des »Realsozialismus« und der sich vertiefenden Dauerkrise der kapitalistischen Marktwirtschaft? Wer verzweifelt und empört ist über das tägliche unsagbare Leid der Menschen und der Natur, die oder der kann nicht anders als Ausschau halten nach neuen Wegen. Dazu gehört die verwandelnde Aufnahme aller guter Beispiele. Da kommen unweigerlich die sozialen Experimente des spanischen Anarchismus in den Blick mit konkret freien, real demokratischen, städtischen und ländlichen Kollektiven und ihre revolutionären Kämpfe um Verteidigung und Ausbreitung vor allem während des Krieges der jungen Republik gegen den faschistischen Aufstand in den 30er Jahren dieses Jahrhunderts.

Die besten Gehalte des Anarchismus als ein frei geordneter Kommunismus, der in Spanien mit der Gewerkschaft CNT und der politischen Organisation FAI eine einzig in der Welt dastehende, um die ländlichen und städtischen Arbeiterinnen und Arbeiter konzentrierte, große Volksbewegung gewesen ist, verkörpern sich in der Person des Eisenbahnarbeiters Bonaventura Durruti. Abel Paz, der Autor, war Textilarbeiter und selbst aktiver Teilnehmer am anarchistischen Gesellschaftsexperiment 1936 in der katalanischen Hauptstadt Barcelona, dann an der Verteidigung der Republik gegen den Militärputsch, später 1942 an der Guerilla gegen die Franco-Diktatur. Paz hat mit dieser Biographie eine ganz einzigartige Leistung vollbracht auf der Grundlage jahrzehntelanger Sammlung von Dokumenten und Erinnerungen, neben üblichen Quellen, aus dem Familien- und Freundeskreis Durrutis, den Überlebenden von Krieg und Diktatur.

Der Blick des Autors von unten führt in Fabriken, Gefängnisse, abgelegene Dörfer und Verbannungsorte, zeigt das Alltagsleben, veranschaulicht die Vorstellungen und Diskussionen der anarchistischen Revolutionärinnen und Revolutionäre und macht die bewegte Atmosphäre von Streiks, Aufständen und tapferen Aktionen vor den Leserinnen und Lesern lebendig. Wir erfahren von Durrutis Fluchten, von seinem Leben im Untergrund und von seinen Zeiten des Exils. Wir sehen ihn mit seinen Genossinnen und Genossen in Frankreich und in Belgien, als Guerillero auf Cuba und in Südamerika.

Paz' Durruti ist Geschichtsschreibung im besten Sinn. Sie hilft uns nämlich, unsere aktuellen Fragen zu beantworten: Was ist das Modell einer freien Gesellschaft jenseits von Kapital und Staat? Wie wird der Faschismus geschlagen? Wie verhalten sich freie Gemeinschaften und ihre kämpferische Bewegung zu den übrigen, vor allem linken, politischen Kräften? Wie steht es um die Angemessenheit der Mittel des politischen Kampfes, des Umgangs mit der Macht, zu den Zielen? Kann und darf Gewalt eine Rolle spielen, weil sie für den Erfolg unverzichtbar ist, oder nicht, weil auf dieser Ebene der Gegner letztlich immer überlegen ist und vor allem, weil sie den Charakter der Revolution und der Revolutionärinnen und Revolutionäre zerstört? (Gewalt selbstverständlich immer verstanden im dreifachen Sinne: als Gegen-Gewalt, als »revolutionäre« Staatsgewalt und als reformpolitische Teilhabe an der vorhandenen Staatsgewalt). Was unterscheidet Revolutionärinnen oder Subversive von Rebellinnen und Rebellen, die gegen die bestehende Herrschaft bloß für ihre eigene eintreten oder für die Teilnahme an dieser bestehenden Herrschaft? Gibt es subversive Autorität? Wie verhalten sich individuelle Personen und ihre jeweils einzigartigen Fähigkeiten zu sozialer Gleichheit in den Bewegungen und in den freien Gemeinschaften?

Das Panorama des »kurzen Sommers der Anarchie« 1936, das Abel Paz mit packender Lebendigkeit und anschaulichem Realismus entwirft und mit analytischem Scharfsinn begleitet, regt uns an, diese unsere Fragen zu stellen und mit jenen des spanischen Anarchismus zu vergleichen, ihre Wege der experimentellen, suchenden Beantwortung auf unsere heutigen zu beziehen: »Ruinen machen uns keine Angst. Wir wissen, daß wir nichts als Ruinen erben werden, denn die Bourgeoisie wird in der letzten Phase ihrer Geschichte versuchen, die ganze Welt in Ruinen zu verwandeln. Aber ich sage Ihnen noch einmal, uns (...) machen die Ruinen keine Angst, denn wir tragen eine neue Welt in unseren Herzen. Und diese Welt wächst in diesem Augenblick.« (Durruti in einem Interview mit dem Toronto Star – S. 463) Weil sie diesen Glauben an die gegenwärtige Möglichkeit der ganzen Befreiung für ein gutes und gerechtes Leben mit Substanz zu füllen vermag, ist Abel Paz' Durruti-Biographie eine elementar notwendige Lektüre für die heutigen unkonventionellen sozialen Bewegungen und Selbstverwaltungs- wie Gemeinschaftsprojekte.

Würdig der dunkelroten begeisternden Flamme des Inhalts hat die Edition Nautilus das siebenhundertdreißig Seiten starke Buch in feinster Ausstattung vorgelegt: im Großformat, solide gebunden, in großzügigem Satzspiegel auf gutem Papier gedruckt und mit zahlreichen historischen Fotos versehen, die zur vorandenkerischen Meditation einladen: alles zu einem Preis, der gerade einmal die Kosten deckt. Dafür dem Hamburger Verlag ein herzliches Dankeschön. ●

Helmut Thielen

Abel Paz, Durruti. Leben und Tode des spanischen Anarchisten, Hamburg 1994, 730 S., mit zahlr. Fotos, Dokumenten und Karten, Edition Nautilus, 68 DM

UNABHÄNGIGE BAUERNSTIMME

Die »Unabhängige Bauernstimme« wird seit 1976 von der »Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)«, dem wichtigsten Verband der deutschen Agraropposition, herausgegeben. Die AbL, in der sich ökologische wie auch konventionelle klein- und mittelbäuerliche LandwirtInnen zusammengeschlossen haben, tritt für eine flächendeckende umwelt- und sozialverträgliche bäuerliche Landwirtschaft ein. Sie lehnt den vorherrschenden industriellen Entwicklungsweg in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum, wie er etwa vom »Deutschen Bauernverband« und der Regierungskoalition vertreten wird, ab, und sucht Alternativen. Sie findet diese – jenseits der doch oftmals etwas bornierten Positionen der ökologischen Anbauverbände –, in einem Bereich der »traditionellen« Politik der Einkommenssicherung und -verbesserung, greift aber ebenso aus den sozialen Bewegungen stammende Ansätze auf: Ökologie, Kooperation und ab und zu sogar Feminismus.

Die »Unabhängige Bauernstimme«, seit kurzem auch mit einem modernen Layout versehen, widmet sich monatlich allen Bereichen bäuerlicher Landwirtschaft: Agrarpolitik, Europäischer Markt, Naturschutz, Gentechnik, aber auch den angelagerten Themenfeldern wie der sozialen Situation auf dem Lande, der Vermarktung oder der Regionalentwicklung. Im vergangenen Frühjahr tobte in der »Bauernstimme« eine interessante Debatte über »bäuerliche Kultur« heute und welche Bedeutung sie in einer kapitalistischen Gesellschaft haben kann. In der Ausgabe vom Oktober 1994 ging es um die Kritik der herrschenden Agrarstrukturpolitik, die sich immer noch markteuphorisch nur an Wettbewerbsfähigkeit ausrichtet und umwelt-, raum- und sozialbezogene Aspekte in der Förderungspraxis zu wenig berücksichtigt. Der Schwerpunkt in der Novembernummer letzten Jahres waren die agrarstrukturellen Umbrüche in den neuen Bundesländern, die dort eine weitere Industrialisierung der Landwirtschaft mit sich bringen. Desweiteren werden die Landschaftspflegeverbände, die auch einigen in der Agraropposition als neue Einkommensquelle für die Landwirtschaft erscheinen, untersucht. ●

Bernd Hüttner

Unabhängige Bauernstimme; 24 S., 2,50 plus Porto, Jahresabo 60/50 DM; bei AbL, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

ALTERNATIVES BRANCHENBUCH

Mit der siebten Auflage seines Wegweisers durch die gesamtdeutsche Palette umweltfreundlicher Produkte und Dienstleistungen ist im Oktober der ALTOP-Verlag auf den Markt gekommen. Der Katalog enthält 21.000 Anschriften in 250 Rubriken des gesamten Ökomarktes von A wie Abfallvermeidung und Z wie Ziegelprodukte. Ein Branchenregister ergänzt das Alternative Branchenbuch, daß für 19,80 DM im Buchhandel, in Naturkostläden, Biofachmärkten oder direkt beim ALTOP-Verlag, Gotzinger Str. 48, 81371 München, Tel. 089/74 66 11-0 erhältlich ist. ●

dp

VIDEO

Phoolan Devi – Rebellion einer Banditin

Ein Film über die Geschichte der indischen »Banditenkönigin« Phoolan Devi. Er erzählt von den Legenden, den Phantasien und Interpretationen, die Phoolan Devis Lebensgeschichte umranken und die doch mehr über ihre Erzähler ausdrücken, wie über Phoolan Devi selbst.

Diesen vielen »wahren Geschichten« über Phoolans Leben stehen Bilder aus ihrem Heimatdorf gegenüber, Gespräche mit ihrem damaligen Banditengefährten, mit ihrer Mutter und vor allem mit Phoolan Devi selbst im Gefängnis. In ihren Erzählungen über ihre Kindheit im Dorf, ihre Heirat mit 11 Jahren und den Demütigungen, nachdem sie ihren Ehemann verlassen hatte, spiegelt sich die harte Wirklichkeit einer Frau aus einer unteren Kaste.

Der Film sieht die Frau hinter der Legende – eine Frau, die sich gegen die ihr zugewiesene Rolle zur Wehr setzte und die Rache nahm für ihr angetanes Unrecht und ihre Vergewaltigung. Er sucht nicht nach neuen Fakten, sondern läßt Bilder, Landschaften und Menschen sprechen; und wer könnte überzeugender diese Geschichte erzählen als Phoolan Devi selbst.

Der Film hatte seine Premiere auf der Berlinale gerade zu dem Zeitpunkt, als Phoolan Devi im Februar 1994 nach 11 Jahren aus dem Gefängnis entlassen wurde. ●

Der Film kann als VHS-Kassette entliehen (50 DM) oder käuflich erworben (250 DM) werden bei der Medienwerkstatt Freiburg e.V., Konradstr. 20, 79100 Freiburg, Tel. 0761/70 97 57, Fax 70 17 96. über diese Anschrift kann auch das neue Verleihprogramm bezogen werden.

dp

SPASSGUERILLA:

600 weiße Mäuse im Kaufhaus

Graue Literatur aus politischen und sozialen Bewegungen erscheint ständig in Form von Zeitschriften, Heften und Broschüren. Zum einen sind diese Broschüren schwer zu bekommen, zum anderen verschwinden die Inhalte allzu häufig bereits nach dem Verkauf der ersten Auflage aus den Köpfen der LeserInnen.

Der Unrast-Verlag aus Münster hat sich mit seiner Reprint-Reihe vorgenommen, dem schnellen Vergessen entgegen zu steuern. Erster Titel der neuen Reihe ist das vor zehn Jahren von einem anonymen Verfasser im Selbstverlag herausgegebene Werk Spaßguerilla.

»War Anfang der 80er Jahre die Verschärfung der sozialen Krise vielerorts zu spüren, so ist diese Krise heute unübersehbar. (...) Um der allgegenwärtigen Frustration, Trägheit und Phantasielosigkeit etwas entgegenzusetzen, möchten wir den unseres Erachtens zu wenig beachteten Ansatz von Spaßguerilla dokumentieren und neu diskutieren«, erklären die Herausgeber im Vorwort. Im Anschluß präsentieren sie das 224seitige Typoskript der 84er Originalausgabe. Darin werden Dutzende von Spaßaktionen beschrieben.

Vom Oktober 1980 bis zum August 1982 soll es 92 Fälle von Straßentheater, getürkten amtlichen Schreiben, gefälschten Zeitungen, Graffiti und Plakatumwandlungen gegeben haben, die heute kaum jemandem bekannt sein dürften. Im Dezember 1980, mittem im Weihnachtsgeschäft, wurden 600 weiße Mäuse in die Lebensmittelabteilung einer Kaufhauskette eingeschmugelt. Im November 1981 kam es in Berlin zu über 50 Scheinbesetzungen, Transparente wurden aus leerstehenden Häusern gehängt, Kerzen wurden in die Fenster gestellt. Die Polizei hatte weniger Zeit für die tatsächlichen Besetzungen. Im Juni 1981 sendete der Piratensender »Schwarze Ratte« stundenlang aus einem Wasserturm. Die Radioleute hatten in der Nähe des Senders eine Bombenattrappe aufgestellt. Nachdem ein Sprengmeister, den die Polizei nach Stunden geholt hatte, den Pappkarton mit Wecker entschäft hatte, fand er zur Belohnung ein Paket Negerküsse vor.

Eine andere Gruppe fälschte Sammelfahrscheine der Berliner Verkehrsbetriebe und verteilte sie an Haushalte um gegen Tariferhöhungen zu protestieren. Ein fingierter Brief des Gesundheitssenator erreichte im Februar 1981 die Öffentlichkeit. Die Bevölkerung wurde darin aufgerufen, sich Gasmasken gegen den Smog abzuholen.

In flapsiger Sprache führt der Autor in die autonome Berliner Sponti-Scene ein, weitere Themen sind u. a. die humorvolle Prozeßführung Fritz Teufels und die Sabotage der Volkszählung. Stets kommt es dem Autor auf die Vermittelbarkeit und Plausibilität der vorgestellte Aktionen an. Die 94er Herausgeber sind ihm gegenüber nicht unkritisch, sie bemängeln seine teils machohafte, sperrige, schulmeisterliche Sprache.

Die Entwicklung Spaßguerilla ist noch längst nicht abgeschlossen. Die Bewegung hat viele AnhängerInnen, dies zeigen die Herausgeber anhand aktueller Beispiele im Anhang. Ein Satz-Guerillero hat sich bereits in der Druckerei eingeschlichen und ein zusätzliches »R« in den Buchtitel gemogelt. ●

Kai Böhne

SpassGuerilla, 256 Seiten, 22 Mark, Unrast-Verlag, Münster 1994, ISBN 3-928300-19-9

Anzeige

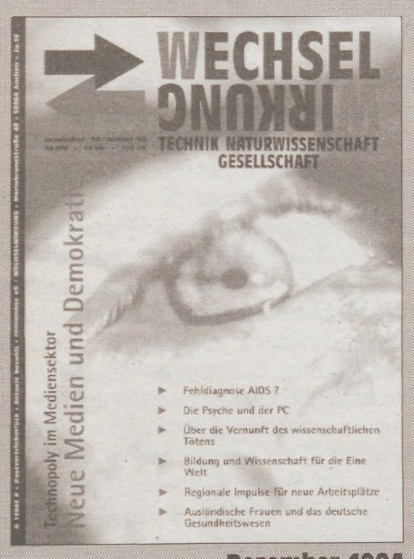
WECHSEL WIRKUNG

Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT

WECHSELWIRKUNG berichtet über gesellschaftliche Auswirkungen von Naturwissenschaft und Technik.

WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.

WECHSELWIRKUNG erscheint alle zwei Monate im Buchhandel.



Dezember 1994

Schwerpunkt:
Neue Medien und Demokratie

Die Informationsgesellschaft ist eine Lüge ... Mythos Öffentlichkeit ... Neue Medien für die politische Arbeit ... Die Verheißung der Kabeldemokratie ... Brecht und das neue Fernsehen ... Wo bleibt der Datenschutz ?

Weitere Themen:

Fehldiagnose AIDS ? ... Die Psyche und der PC ... Bildung und Wissenschaft für die Eine Welt ... Regionale Impulse für neue Arbeitsplätze ... Über die Vernunft des wissenschaftlichen Tötens ... Ausländische Frauen und das deutsche Gesundheitswesen

Contrast

Bestellen Sie mit diesem Coupon
■ Probeheft für 5 DM in Briefmarken
■ Das aktuelle Heft für 14 DM (bitte Scheck)
WECHSELWIRKUNG, Mariabrunnstr. 48,
D - 52064 Aachen

JOBSUCHE

Bin Tischlerin, Jung-Gesellin und suche Mitarbeit in einem Tischlerei-Kollektiv.
Anke Averbeck
Stephanstr. 9
D-10559 Berlin
☎ (0 30) 395 88 23

Herstellungsleiter Fachverlag sucht neue Tätigkeit mit mehr Sinn in Verlag, Druckerei, Papierverarbeitungsbetrieb oder auch in kultureller, sozialer Institution.
☎ (07 11) 640 67 44

10 Jahre kollektive Erfahrung i. Umzugs-Transp./Naturkostbereich, FS 2+3, Selbständigkeit, handwerkl. geschickt: Holz/Zimmerei/Baubiologie, stud. SbWi/Pol. kreat. Besch. i. Team, kein Workoholic. Evtl. mit Beteiligung. Norddeutschland.
Karl-H. Kruse
Gr. Kühlenweg 43
D-26125 Oldenburg
☎ (04 41) 3 23 84

Ich (22, libertär orientiert) suche Ausbildungsplatz in selbstverwalteten Betrieb oder Mitarbeit in Projekt (z.B. handwerl., künstler.) ab Sept. 95. Schulabschluß: Abitur. Raum Kön, Hamburg o. Neustadt/Weinstr. bevorzugt.
Oliver Keitel
Seckendorffstr. 51
91522 Ansbach
☎ (09 81) 9 48 22

PROJEKTE

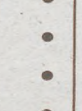
Bioland-Hofgemeinschaft (13 Erwachsene und 3 Kinder) suchen für Vollkornbäckerei ein/e **BäckergesellIn** der/die Lust hat, im Kollektiv zu leben und zu arbeiten. Wir backen 6 Tage in der Woche und verarbeiten unser eigenes Getreide.
Außerdem suchen wir für den Bereich **Direktvermarktung** und **Buchhaltung** eine/n engagierte/n MitarbeiterIn, die/der über Grundkenntnisse der Finanzbuchhaltung verfügt.
Wer Interesse an selbständigem Arbeiten und kollektivem Zusammenleben hat, melde sich bitte unter Tel.: 0 53 32/35 47 Hofgemeinschaft Lindenhof.

Große Land-WG zwischen HB u. Verden mit Mosterei, Töpferei, biolog. Baustoffladen i.Gr. und Perspektiven sucht nette, engagierte Menschen (mögl. mit Kind um die 5 Jahre), die in ein ökologisches & selbstverwaltetes Projekt einsteigen wollen.
☎ (0 42 04) 14 97

Ich Uli, mache seit einigen Jahren innerhalb der **Großkommune Niederkaufungen** (z. Zt. 60 Menschen), allein Kleinlandwirtschaft. 5 Milchkühe mit Nachzucht, 1 Sau mit Nachzucht, Milchverarbeitung, Fleischerzeugung, Futterbau – seit letztem Jahr mit verbessertem Provisorium (kl. Tretmiststall).
Ich suche 1-3 Leute, die aus diesen Anfängen mit mir zusammen einen kollektiven Arbeitsbereich aufbauen wollen. Infos bei Uli Schmid, Kirchweg 1, 34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 23

AUSBILDUNG

Trauerprozesse und
Zyklische Gruppenarbeit
Einjährige Ausbildung, Beginn 3/95
Infos bei: TrauerWege e.V.
Greiffenklaustr. 15
D-55116 Mainz
☎ (0 61 31) 23 11 00



Wacht auf, Verwöhnte dieser Erde...

... wir haben nämlich die ideale Möglichkeit für Euch, Anspruch und Wirklichkeit zu politischem Handeln zu verschmelzen. Die Aktion „Den Krieg überleben" sucht immer noch dringend GastgeberInnen für bosnische Kriegsflüchtlinge. Und Leute, die das finanziell unterstützen!
Den Krieg überleben, Schweffelstr. 6/Hof, 24118 Kiel, Fax 0431/577056. Spendenkonto: Netzwerk für Bildung und Kultur e.V., Stichwort »Den Krieg überleben«, Konto 5002852,. Sparkasse Kiel, BLZ 210 501 70.

Plakatmappe: Stadtguerilla

Plakate der letzten 25 Jahre. 14 verschiedene Plakate (teilweise vierfarbig/DIN A3). Der Überschuß kommt der Solidaritätsarbeit für die politischen Gefangenen zu. Pro Exemplar 30 DM plus Versandkosten 10 DM (nur gegen Vorkasse bar/Scheck). **Bestellungen über:**

CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck,Geldscheinen,nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

ÖkoLinX 17

★ **Anti-EU-Gipfel in Essen** ★ Peter Bierl/Toni Menninger: **ÖDP** ★ Jutta Ditfurth: **Pariser Commune 1871** ★ Peter Bierl: **Graswurzelrevolution: Vereinsmeier** ★ T. Menninger: **Bevölkerungswissenschaft** ★ Eckart Spoo: **Cuba** ★ Dieter Asselhoven: **EU-Apartheidsystem der Regionen** ★ Tamara Schaaf: **PDS & Gysi** ★ usw.

Ich bestelle: ❑ **Probeheft 6 DM** ❑ **Abo 36 DM** (6 Ausg./Jahr)
☆ **Außerdem:** ❑ **Infos** über die Ökologische Linke bundesweit **(7 DM)**
Kontakt: Ökologische Linke, c/o M. Zieran, Neuhofstr. 42, 60318 Frankfurt/M.
Lieferung nur gegen Vorkasse

STÄDTEPARTNERSCHAFT FREIBURG - WIWILÍ

Freundschaft heißt Unterstützung im Kampf um ein menschenwürdiges Leben. Seit zehn Jahren unterstützt der Städtepartnerschaftsverein Freiburg-Wiwilí in Nicaragua den Bau und Betrieb von Schulen, Trinkwasserleitungen, Gemeinschaftseinrichtungen und Baumschulen und fördert umweltgerechte Anbaumethoden in der Landwirtschaft, Aufforstung und Erosionsschutz. Helfen Sie uns durch Ihre Spende!
Spendenkonto: 229 871 756, Postbank Karlsruhe, BLZ 660 100 75
Spenden können als gemeinnützig steuerlich abgesetzt werden.

F. Kamann/E. Kögel
»Ruhestörung« – Bd. II
Rebellion in der Provinz 1976-1993

Mit einer spektakulären Hausbesetzung wird 1977 in Stetten im Remstal ein *selbstverwaltetes JZ* erkämpft - Ausgangspunkt für zahllose kulturelle und politische Initiativen, ein linksradikaler Unruheherd in der dörflichen Welt der Vereinsmeierei.
Die Chancen und Grenzen der Selbstverwaltung, verpatzte Generationswechsel, JZ-Frauen, selbstverwaltete Betriebe, u.v.m. und die verbliebenen Spuren im heutigen Dorfalltag.

312 S., ca. 100 Fotos, **28 DM**

Trotzdem ★ Verlag
PF 1159
71117 Grafenau/Württ.
Fax: 07033/45264

... und nie davon träumt, Zahn oder Messer zu sein

graswurzel revolution

FÜR EINE GEWALTFREIE, HERRSCHAFTSLOSE GESELLSCHAFT

In der gewaltfrei-anarchistischen Monatszeitung ist zu lesen

★ **Anarchy in the UK '94**. Eindrücke von den britischen Libertären Tagen ★ Geld, Markt & Macht. Die Konsequenz: Abschaffung des Geldes ★ Die Ideologie der **Neuen Rechten** ★ Friedensbewegung im ehemaligen Jugoslawien ★ **Rembetiko**: Griechischer Blues - immer nur gut? ★ **Max Nettlaus** Anarchismus ★ Über die Gewalt, die sich hinter der Gewalt versteckt ★ Frieden für Nord-Irland? ★ Libertär-antimilitaristische Gruppen in der Türkei ★ Antimilitarismus in der Ära Adenauer: Zeitzeugnisse und Dokumente aus dem Nachlaß von **Theodor Michaltscheff** ★ Die Arbeit der Peace Brigades International in Sri Lanka ★ Gewaltfreie Kampagne gegen Straßenbau in London ★ **Buchbesprechungen**: Dreyfus; L´Affiche Rouge: Wider die Mythenbildung in der französischen Résistance; Briefwechsel zwischen Landauer und Mauthner u.v.m

Graswurzelrevolution-Sonderhefte
Anarchismus und gewaltlose Revolution heute, 92 S., 8 DM. **Kritik der parlamentarischen Demokratie**, 100 S., 10 DM.

Schnupperabo (4 Ausgaben) 10 DM gegen Vorkasse. **Jahresabo** (10 Ausgaben) 35 DM.

Kirchstr. 14, 29462 Wustrow, Tel.: 05843/1403

Täglich links:

junge Welt

Die Tageszeitung

Jetzt im Test-Abo: Die ganz neue Art Tageszeitung

Ja *ich bestelle die "junge Welt"*

für 4 Wochen zum Test-Preis von 15 DM (nur Vorkasse/Scheck, Briefmarken, bar).

Name .....
Str./Nr. .....
PLZ/Ort .....
Unterschrift .....

Das Test-Abo darf einmalig wahrgenommen werden. Wird der Bezug nicht vor Ablauf der 3. Testwoche gekündigt, wandelt sich das Test-Abo in ein reguläres Abonnement um. Ich kann diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen nach Absendung (Poststempel) schriftlich widerrufen bei: Junge Welt-Vertrieb, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin

Datum/ 2. Unterschrift .....

Coupon und 15 DM einsenden an: Junge Welt, Postfach 39, 12414 Berlin

Kurdistan aktuell INSIGHT NEWSSERVICE

für Journalisten, Menschenrechtsorganisationen, Hilfswerke, Rechtsanwälte, Flüchtlingsgruppen, Asylorganisationen

Fundiert & unabhängig bringt **"kurdistan aktuell"** als Newsservice Dokumente, Hintergrundberichte, Kurzanalysen aus & über alle Parteien und Verbände in allen Teilen Kurdistans. Darunter besonders & exklusiv die unübertroffenen Nachrichtenbulletins der Menschenrechtsvereine Kurdistans und der Türkei. Dazu für Asylgruppen verwertbare Dokumentationen über Vertreibung und Fluchtursachen.

»kurdistan aktuell« erscheint ca. alle 3 Wochen. Das Heft selbst ist kostenlos. Die jährlich für Versand und Porto entstehenden Kosten in Höhe von DM 40 (Ausland DM 60) überweisen Sie bitte im Voraus auf unser Konto 1800, Frankfurter Sparkasse (BLZ 500 502 01). Bitte vergessen Sie nicht das Stichwort **»kurdistan aktuell«** und eine kurze schriftliche Bestellung.

medico international
Obermainanlage 7 ▮ D-60314 Frankfurt ▮ Tel. 069/94438-0

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :

10117 Berlin, Friedrichstr. 165, ☎ (030) 229 17 58 (auch Fax); 23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janusstr. 11, ☎ (04521) 52 12, Fax 29 33; 27367 Sottrum, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Everinghausen 42 (statt Telefon: Postkarte; 37073 Göttingen, Thomas Hardwig, Leinestr. 29, ☎ (0551) 770 40 26; 69035 Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67; 90429 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; 06844 Dessau, Peter Schneider, Kurt-Weill-Str. 31, ☎ (0340) 37 93 (auch Fax); 01277 Dresden, Büro für Freie Kulturarbeit e.V., Reinhard Lichtenhahn, Schandauer Str. 64, ☎ (0351) 396 30 71 (auch Fax); Niederlande, 1019AT Amsterdam, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (003120) 668 58 66

Fachredaktionen :

Autonome Frauenseite: 10117 Berlin, Ricarda Buch, Friedrichstr. 165, ☎ (030) 229 17 58; **Alternative Energie/Technik:** 10999 Berlin, Wuseltronik, Christian Lutz, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 - Fax (030) 618 50 75; **Grafische Betriebe:** 10999 Berlin, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; **Genossenschaften:** 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; **Handwerk:** 69035 Heidelberg, Andreas Küstermann, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 60 78; **Jugendumweltbewegung:** 37073 Göttingen, Peter von Rüden, Rasmus Grobe, Güterbahnhofstr. 10, ☎ (0551) 48 71 03, Fax (0551) 48 71 04; **Sozialpolitik:** 80337 München, AG SPAK, Dieter Koschek, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77 (Fax); **Naturkost:** 49008 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften:** 67433 Neustadt/Weinstr., Elisabeth Voß, Friedrichstr. 36, ☎ (06321) 3 27 54, Fax (06321) 3 47 01

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3/92
Herstellung:
Bildredaktion: Gabi Bergholz, 69115 Heidelberg;
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

Mailbox:
CONTRASTE-LINK-N.cl.sub.de

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NETZ

PCK für AnwenderInnen
Effektivierung des betrieblichen Rechnungswesens durch den Einsatz eines EDV-Paketes
Termin: 12.-13.1.95, Dortmund

Handwerk ohne Meister
Die Meisterpflicht im Handwerk ist auch nach der Neuordnung des EG-Binnenmarktes nicht gefallen. Im Gegenteil: Eine kürzlich erfolgte Novellierung der Handwerksordnung hat sie trotz vielfacher kritischer Stimmen erneut festgeschrieben.
Das Seminar wendet sich folgenden Fragestellungen konkreter zu:
Wie kann ich mich im Handwerk bzw. mit handwerklicher Arbeit trotzdem selbständig machen? Was muß ich beachten, damit die Existenzgründung erfolgreich verläuft? Wo kann ich mich informieren und wie gehe ich mit Abgrenzungsproblemen um?
Im Seminar werden Möglichkeiten zur Gründung handwerklicher, künstlerischer, industrieller und sonstiger Existenzen ohne Meister aufgezeigt sowie die Elemente der Gründungsplanung vorgestellt.
Auf die Gründungsvorhaben und Probleme der TeilnehmerInnen wird in diesem Seminar soweit wie möglich konkret eingegangen.
Zielgruppen sind neben ExistenzgründerInnen und MitarbeiterInnen aus Betrieben auch BeraterInnen und ProjektentwicklerInnen.
Termin: 20.1.95, Frankfurt

Vereinsrecht
Termin: 27.-29.01.95, Regensburg

Persönliche Arbeitsmethodik in der Büro- und Verwaltungsarbeit
Termin: 26.-27.01.95, Bremen

Gesprächs- und Verhandlungsführung im Beruf
Termin: 1.-2.2.95, Düsseldorf
Information & Anmeldung:
netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation
Börnestr. 10
40211 Düsseldorf
☎ (02 11) 164 95 83
Fax (02 11) 35 15 91

ÖKOM

Management by Love
Die positive, liebevolle und erfolgreiche Arbeitsstrategie
Geduld, emotionale Stärke, Teamarbeit, Konfliktfähigkeit und Schutz sind gefragt. Wo und wie können diese Qualitäten erzeugt bzw. auf Dauer erhalten werden?
Vielfach sind eben diese Kriterien als ursprüngliche Ideen und Zielsetzungen in Projekt-Konzeptionen und Selbstdarstellungen nachzulesen, sie werden aber nicht mehr gelebt oder existieren nur noch in den Köpfen weniger.
An dieser Stelle setzt das Seminar an. Die ursprünglichen tiefen Motivatoren (Ziele, Werte, Normen) werden den aktuellen Zielperspektiven bzw. Anforderungen der Praxis gegenüber gestellt und konstruktiv miteinander verbunden. Die Transaktionsanalyse bietet dazu geeignete Modelle.
Mit welchem inneren Arbeitskonzept arbeitet jedes Gruppenmitglied an seiner Selbstverwirklichung. Die 3 Konzepte **Leiden, Kämpfen, Lieben** werden mit ihren jeweiligen Vor- und Nachteilen aufgezeigt.
JedeR TeilnehmerIn soll ein Gefühl für seine/ihre konkreten Ansprüche bekommen. Es werden Hilfestellungen aufgezeigt, wie er/sie erreichen kann, liebevoller mit sich selbst, den KollegInnen, den KundInnen, den Produkten usw. umzugehen und somit das Spannungsverhältnis zwischen Produktivität und Selbstverwirklichung erfolgreicher und entspannter zu meistern.
Termin: 27. bis 29.01.95, TAT Rheine
Information & Anmeldung:
Ökom, Udo Schramm
Franziskusstr. 46
44795 Bochum
☎ (02 34) 43 48 89 (auch Fax)

RAT & PLAN

Die Auswertung ihres Steuerberaters
In diesem Seminar erfahrt Ihr, wie Daten aus den Auswertungen Eures Steuerberaters gewonnen und zur Planung in Eurem Betrieb herangezogen werden können.
Termin: 17.1.95, 18-21 Uhr
Information & Anmeldung:
Rat & Plan, Am Felde 2
22765 Hamburg
☎ (0 40) 390 81 10
Fax 390 81 86

IBPRO

Pfade durch den Informationsdschungel
16./17.1.95, jew. 10-17 Uhr, München
Handwerkliche Anleitung im Spannungsfeld von Klient – sozialer Arbeit und Arbeitsauftrag
23./24.1.95, jew. 10-17 Uhr
Besteuerung gemeinnütziger Vereine
24.1.95, 10-17 Uhr
Kreativ Rationalisieren
30./31.1.95, jew. 10-17 Uhr
Lotterien und Basare
1.2.95, 10-17 Uhr
Rhetorik und persönlicher Ausdruck
8./9.2.95, jew. 10-17 Uhr
»Das gewisse Etwas« der Führungspersönlichkeit
15./16.2.95, jew. 10-17 Uhr
Information & Anmeldung:
IBPRO
Kaulbachstr. 85/III
80802 München
☎ (0 89) 34 33 53
Fax 34 57 95

FRAUEN

FRAU UND ARBEIT

Auf eigenen Füßen stehen
Orientierung für Frauen, die sich überlegen, sich selbständig zu machen
16.1. bis 20.1.95
Beschäftigung für Sozialhilfeempfängerinnen
Hamburger Arbeits- und Beschäftigungsgesellschaft stellt sich vor und berichtet über Anstellungsmöglichkeiten (Anmeldung erforderlich!)
19.1.95
Voll auf der Rolle oder aus der Rolle fallen
Berufsrollen und ihre Hintergründe
21./22.1.95
Buchführung für Existenzgründerinnen
27. bis 29.1.95
Moderation
30./31.1.95
(An-)Leiten im Handwerk
30.1. bis 3.2.95
Rhetorik und Gesprächsfähigkeit
4. bis 5.2.95
Büroorganisation
9. bis 11.2.95
Frauen im beruflichen Auf- und Umbruch
13. bis 17.2.95
Bewerbungstraining
13. bis 19.2.95
3 Abende, 1 Wochenende
Geld richtig anlegen – aber wo?
Infoveranstaltung über alternative Geldanlagemöglichkeiten in Kooperation mit TRION Geldberatungs eG
15.2.95 19-22 Uhr (Anmeldung erforderlich)
Überzeugen in Wort und Bild
Eine Einführung in die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
20. bis 24.2.95
Wirtschaftlich und sozialpolitisch im selben Betrieb
Entwicklungsmöglichkeiten von wirtschaftlichen Standbeinen für soziale Betriebe, Mischformen zwischen totaler Subventionierung und wirtschaftlicher Selbständigkeit
27.2. bis 3.3.95
Information & Anmeldung:
Frau und Arbeit e.V.
Grindelallee 43
20146 Hamburg
☎ (0 40) 44 49 60

COMPUTER

Special: Mädchen-Kurse
»Wir lassen uns den Spaß nicht verderben!«

Weil die Jungen die Mädchen nicht 'ran lassen, brauchen sie Kurse für sich! Kurse, in denen Mädchen alle Fragen stellen können, in den sie den Zugang zu der »männlichen Technik« finden.
Die **Frauen-Computer-Schule** startet deshalb 1995 mit zwei Angeboten für Mädchen:
nachmittags 1. bis 3.3. von 15 bis 17.30 Uhr
vormittags 19. bis 21.4. von 10 bis 13 Uhr
In diesen Kursen lernen sie spielerisch, was an der Kiste wirklich dran (bzw. drin) ist, wie die maus zu bedienen ist und wie einfach und schnell kleine Grafiken gestaltet werden können. das macht Spaß – und ist optimal, um in die »Geheimnisse« der Datenverarbeitung einzustiegen.

Kombis stark gefragt
Dabei geht es nicht um Mode oder Autos, sondern um die **Kurs-Kombination: DOS, Windows und Word für Windows**. Genau das ist die Mischung, die heute sehr viele Frauen brauchen – sei es zu Hause, weil jetzt endlich ein PC angeschafft wurde – sei es im Büro, wenn schön gestaltete Texte gefragt sind. Die **Kombis der Frauen-Computer-Schule** finden entweder tagsüber (eine Woche), halbtags (zwei Wochen von 9-12 Uhr) oder abends (zweimal pro Woche von 18-12 Uhr) statt. Die einzelnen Termine können bei der u.a. Anschrift der Frauen-Computer-Schule abgefragt werden.

Expertinnen schulen Expertinnen auf DOS und Macintosh – für Grafikerinnen und andere Kreative!
Die Grafik- und Designbranche ist heute ohne die EDV nicht mehr vorstellbar. Berufliche Weiterbildung ist deshalb in dem EDV-Bereich sinnvoll, der spezielles Wissen von Grafikerinnen für Grafikerinnen vermittelt. Weit verbreitete Anwendungen sind Grafik-Programme wie QuarkXPress und PageMaker. Die Bildbearbeitung am Computer ist heute ohne Photoshop nicht mehr vorstellbar.
Termine und weitere Infos über:
Frauen-Computer-Schule
Angelika Huber
und Elisabeth Seidel
☎ (0 89) 167 55 89
Fax 168 80 25

SOZIALPOLITIK

Sozialstaat in der Krise: Ursachen und Auswege
Das Wort von der Krise des Sozailstaates ist in aller Munde. Gefordert wird ein Umbau der sozialen Sicherungsinstrumente. Wie kann dabei verhindert werden, daß entweder noch stärkere bürokratische Bevormundung des einzelnen oder aber soziale Schutzlosigkeit eintritt? An diesen Fragen soll bei dem Seminar gearbeitet werden.
Themen der Vorträge: Sozialstaat in der Krise · Was ist soziale Sicherheit · Wie sichern wir die Renten? · Selbstverwaltung und Staat · Heilimpulse für das Gesundheitswesen · Wie finanzieren wir die soziale Sicherheit u.a.
Termin: 9. bis 12. März 1995
Anmeldung & Information:
Institut für soziale Gegenwartsfragen
Haußmannstr. 44a
70188 Stuttgart
☎ (07 11) 236 89 50
Fax 236 02 18

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

SPONSORING

So findet man Sponsoren!
Termine: 4.2.95 in Mönchengladbach
18.2.95 in Stuttgart
Programm und Anmeldeformular:
Europäische Sponsoring Börse (ESB).
c/o Team Informations Center AG
Postfach 88
CH-9010 St. Gallen
☎ (0041/71) 23 78 82
Fax 23 78 87

UMWELTRECHT

Umweltrecht und Ethik
Tagung für JuristInnen und andere Interessierte
Termin: 20. bis 22.01.95
Anmeldung & Information:
Evangelische Akademie
Akademieweg 11
73087 Bad Boll
☎ (0 71 64) 79-0
Fax 79-440

SCHON BESTELLT ?

BUNTE SEITEN 1995
Marktplatz der ökologisch verantwortungsvollen und politisch engagierten Betriebe und Projekte. Erstmalig als Handbuch und stark erweitert. Für 30 DM (im Abo 20 DM) gegen Vorkasse erhältlich über die CONTRASTE-Redaktionsanschrift.

CONTRASTE-REGISTER

Register Nr. 1-100

9 Jahre CONTRASTE. Sach-, Personen- und AutorInnen-Register.
Gegen DM 50,– (Vorkasse) zu beziehen über:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg

MEDIEN

Seminarreihe:
Grafik und Layout
Soziale und kulturelle Einrichtungen erstellen Broschüren, Handzettel, Werbeanzeigen und Plakate, um ihre Inhalte, Programme, Themen und Diskussionsbeiträge an die interessierte Öffentliochkeit zu bringen und für Veranstaltungen und Angebote zu werben.
Optisch gut verpackt und angeboten finden Informationen leichter den Weg zum/zur Leser/in. Wer von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden will, muß wissen, wie man mit den Mitteln der Gestaltung die Aufmerksamkeit des/der LeserIn weckt. Ansprechende Veröffentlichungen sind für jede Initiative oder Einrichtung ein Muß.
Termin: 21. bis 22.01.95
Information & Anmeldung:
Nürnberger Medienakademie e.V.
Sigrid Zauter
Holzschuherstr. 6
90439 Nürnberg
☎ (09 11) 26 88-46)
Fax (0 89) 13 14 06

DAS ANDERE GELD

Alternative Geldmodelle – Zirkulationsgesicherte Währungen
Die öffentlichen Kassen sind leer. Die Unternehmen halten Ausschau nach Billiglohnländern und arbeitseinsparender Produktion. Der Mauerbruch bescherte nach dem Jubel erst einmal eine Menge Arbeitslosigkeit, Firmen und Hoffnungen gingen zu Bruch. Aber nicht nur bei uns, sondern in ganz Europa verlieren immer mehr ihre Arbeit unabhängig von vorübergehenden Konjunkturschwankungen. Welche Rolle spielt dabei das Geld? Was für gesellschaftliche Spielregeln gewähren dem einen Teil der Bevölkerung leistungsloses Rieseneinkommen, welches der andere Teil laufend erarbeiten muß? Sind diese Geldspielregeln wirklich so unveränderbar? Welche Wege gibt es aus den ökologischen und sozialen Sackgassen unserer Wirtschaft? Wenn unser Geld durch einen währungstechnischen Kunstgriff ebenso altern könnte wie die Waren, die der Händler noch vor dem Verfallsdatum an den Kunden bringen muß, müßte dann nicht plötzlich der/die Geldbesitzer/in auch zusehen, wie er das Geld wieder sinnvoll los wird, bevor es ihm nutzlos zwischen den Fingern zerinnt? Geschichtliche Episoden deuten auf eine wirtschaftliche Belebung bei stabilen Preisen hin, dann, wenn auch Geld systematisch altert. Für die Lebensqualität ist wohl nicht in erster Linie entscheidend, mit welcher Umlaufgeschwindigkeit das Geld anderes Geld bewegt und zwar dorthin, wo sie gebraucht werden.
Ist es nicht angesichts dieser Millionen von Arbeitslosen einer gedanklichen Mühe wert, über neue Wege des Wirtschaftens nachzudenken? Die Ansätze aus dem Arbeitskreis gewaltfreie Wirtschaft stehen erneut zur Diskussion und warten auf Konkretisierung. Wir wenden uns an jedermensch, der die Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Ausgleiches als Grundbedingung für dauerhaften sozialen Frieden erkannt hat. Fachleute sind zu diesem gesellschaftlichen Dialog eingeladen. Nur in der ernsthaften und kompetenten Auseinandersetzung lassen sich Scheinlösungen von echten Alternativen unterscheiden.
Was ist schon heute auf lokaler und regionaler Ebene diesbezüglich möglich? Welche Erfahrungen liegen vor mit TALENTEN, WÄRA, BONUS, LETS, Green Dollars, Barteranteilen und GOLDESEL-Konto?
Termin: 3. bis 5.2.95
Information & Anmeldung:
Arbeitskreis »Geldwerkstatt«
Fränkisches Bildungswerk für Friedensarbeit e.V.
Hessestr. 4
90443 Nürnberg
☎ (09 11) 28 85 00
Fax 28 85 14

UTOPIE

Utopie-Projekt Münster:

Zukunftswerkstätten:
Chancen und Gefahren spiritueller Utopien
Eduard Gugenberger
Roman Schweidlenka
21./22.1.1995
Stämme werden bestimmt nicht überleben!
Christian Sigrist
21.1.1995
Utopie als Produkt veränderter Spielregeln
P.M.
4./5.2.1995
Eine Struktur für die Freiheit
Jan Sten
4./5.2.1995
Plädoyer für ein Ende der Männerwirtschaft
Veronika Bennholdt Thomsen
18./19.2.1995
Utopie ohne Zwangsbeglückung
Horst Stowasser
18./19.2.1995
Provos, Hippies ... und weiter?
Roel van Duyn
4./5.3.1995
Freistaat Christiania – ein »soziales Experiment«
Morten Kristiansen
4./5.3.1995
Die »Geistige Republik Zitzer«
Werner Paczian
4./5.3.1995
»Männer-Utopien«/Frauen-Utopien
N.N./Erich Landrocker
18./19.3.1995
Synthetische Utopien und Traumwelten
N.N.
25./26.3.1995
Detailierte Infos:
Utopie-Projekt Münster
c/o Umweltzentrum
Scharnhorststr. 57
48151 Münster

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,— DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

— **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

— **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

— **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.